Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 48 (1970-1971)

Heft: 3

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A-Z. Zürich 1 | 48. Jahrgang Nr. 3 Juni 1970 | Achtmal jährlich

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der ETH Zürich und der Dolmetscherschule

Redaktion: Christian Rentsch, Werner P. Troxler, Steffen Lindig, Beatrice Engler | Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Telephon 47 75 30 Auflage: 18 500 | Druck und Versand: Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG, Werdstrasse 21, 8021 Zürich, Telefon 27 09 50 | Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37 8001 Zürich, Telefon 23 83 83

Experimentierphase: Noch Hoffnungen?

Nachdem am 9. Juni der Senatsausschuss verschiedene Beschlüsse gefasst hatte, die den Forderungen des GStR, wie sie in der Sondernummer des »zürcher student« vertreten wurden, keineswegs Rechnung trugen, kam es am darauffolgenden Tag zu einer Protestaktion, welche in einer symbolischen »Besetzung« der Aula endete. Die drei Berichte, zum Teil etwas zu schnell geschrieben, als dass man jedes Wort auf die Goldwaage legen könnte, geben einen Ueberblick über Ablauf und Wirkung der harmlosen und – das ist zu betonen – gewaltlosen Aktion der Studenten.

Die Redaktion

Im Oktober 1969 hatte die Schweizerische Hochschulkonferenz mit der Zustimmung der Vertreter Zürichs an alle Universitäten die Empfehlung auf Durchführung einer Experimentierphase verabschiedet. Erst am 12. Mai 1970, also mehr als 7 Monate später, kam diese Angelegenheit in den Entscheidungsgremien der Universität Zürichs zur Sprache. Der Senatsausschuss entschied sich nun aber, vorerst die Mitsprache isoliert zu behandeln und auf diese »Experimentierereie« erst einen Monat später, am 9. Juni, einzutreten.

Die unannehmbaren Beschlüsse der Professorenschaft in der Frage des Mitspracherechtes auf allen Ebenen und die Vertagung des Entscheides über die Experimente erweckten ein tiefes Misstrauen unter der Studentenschaft, wie es in den folgenden Wochen sich in zahllosen Wandzeitungen und am Teach-in vom 8. Juni gezeigt hat. Im Lichthof wurde dann auch beschlossen, sich am Mittwochmorgen um 11 Uhr in der Eingangshalle zusammenzufinden, um unmittelbar nach der Senatsausschussitzung vom Dienstagabend über die Ergebnisse von den beiden studentischen Vertretern informiert zu werden und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Am Mittwochmorgen musste nach erfolgter Information jedem klar werden, dass die Universitätsleitung mit der Ueberweisung der Materie an eine unförmige, nur dem Senat verantwortliche Kommission, ohne Studentenvertreter, *die alte Verzögerungs- und Verschleppungstaktik konsequent weitergeführt* hatte. Nach den bitteren Erfahrungen, die man zwei Jahre lang mit der Einsitznahme von Studentenvertretern im Senat und Senatsausschuss gemacht hatte, beschloss die Versammlung, den professoralen Verhandlungsstil nicht länger hinzunehmen und das Senatszimmer für eine Viertelstunde symbolisch zu besetzen, wobei jede Gewaltanwendung von vornherein ausgeschlossen war. Da das Senatszimmer mit seiner kostbaren Innenausstattung plötzlich verschlossen war – wie, nebenbei gesagt, bis gegen 17 Uhr auch das Rektorat – wurde, auf das Angebot des Universitätssekretärs eingehend, die Fortführung der Diskussion in die Aula verlegt und diese bis auf weiteres als besetzt erklärt.

Ein spontan gebildetes »Aktionskomitee« stellte nun ein provisorisches Programm auf, welches die Diskussion in Fachgruppen über die materiellen Auswirkungen der obrigkeitlichen Beschlüsse, die Tagung des GStR in der Aula statt wie üblich in der unteren Mensa, eine Aufführung des Studententheaters gegen Mitternacht hin, ein anschliessendes Sleep-in sowie für den Donnerstagmorgen um 10 Uhr ein Hearing mit der Dozentenschaft vorsah.

Inzwischen hatte Rektor Wehrli an einer Sitzung ausgerechnet desjenigen Gremiums, das diese Experimentierphase empfohlen hatte, der Schweizerischen Hochschulkonferenz nämlich, die Hiobsbotschaften aus Zürich erfahren, mit den Worten »In Züri isch de Tüfel los« den ersten Zug Bern – Zürich bestiegen und bei seinem Eintreffen in der Alma mater einem Funktionär erklärt, dass er die Besetzung nur bis 24 Uhr dulden könne.

Auf 17 Uhr bat das Büro des Senatsausschusses eine KStR-Delegation aufs Rektorat, um ihr zu eröffnen, dass nun eine *gemischte Kommission vorgesehen sei, dass die Arbeit unverzüglich aufgenommen werde und dass die nächste Sitzung um eine Woche, auf den 23. Juni, vorverschoben werde.*

Die Besetzung der Aula hatte also eine Modifikation der noch nicht einmal 24 Stunden alten Beschlüsse erreicht, wobei dieser neue Beschluss über alle sonst so heiligen Fomalitäten hinweg recht eigenmächtig vom Büro gefasst worden war.

Gegen 18 Uhr meldete sich eine Abordnung des Aktionskomitees beim Rektor, welche den Willen zur Besetzung auf 24 Stunden und den Wunsch nach einem Hearing mit der Dozentenschaft, wozu schon sämtliche Dekane eingeladen worden waren, zum Ausdruck brachte. Rektor Wehrli sagte eine Antwort auf 22 Uhr zu und konnte endlich das Mittagessen einnehmen.

GStR befürwortet die Besetzung der Aula

Der GStR trat wie gewohnt um 19 Uhr 30 zusammen, verweigerte zwar die beantragte Dislozierung in die Aula, *unterstützte nach langer Diskussion aber das Aktionskomitee in allen Punkten.* Gegen 22 Uhr sprach wie vereinbart eine vom GStR mandatierte Delegation beim Rektorat vor, um mitzuteilen, dass die Besetzung nicht um 24 Uhr, sondern erst am Donnerstagmittag um 12 Uhr aufgehoben werde und dass der Studentenschaft viel an einer Diskussion mit den Professoren am Hearing vom Donnerstag gelegen sei. Das Büro legalisierte darauf die Besetzung um weitere 12 Stunden, erklärte aber, dass diese »Provokation« einer besetzten Aula unmöglich mit einer »Gemeinschaftsfeier vergoldet« werden könne.

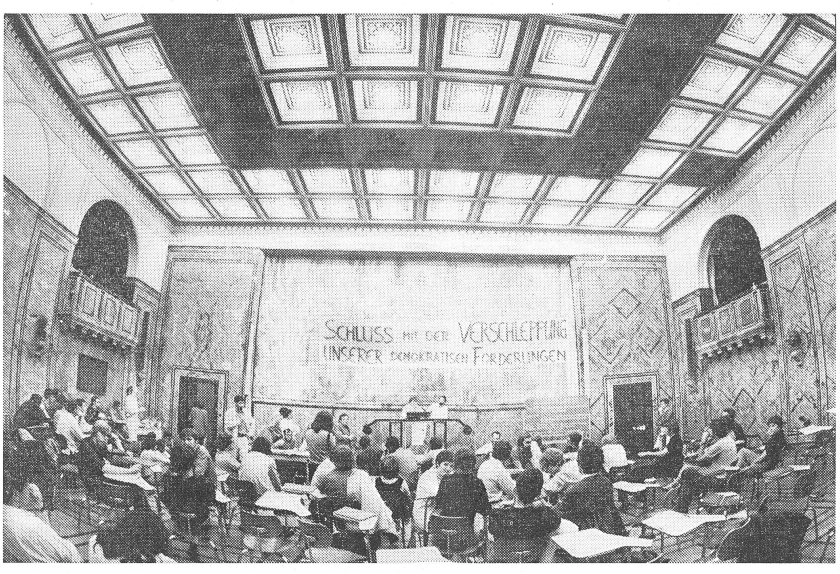
Dazu widerhallte das ganze Haus von den Megaphonen der Psychologen, die ihre Kommilitonen zum Vorlesungsstreik aufforderten. Allfälligen »Lösungsvorschlagsheilanden« unter den Dozenten sei es nicht verboten, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Nachdem in den späteren Abendstunden die Gruppe der Besatzer ziemlich zusammengeschmolzen war und das Studententheater mit seinem Auftritt ausblieb, herrschte gegen 24 Uhr nach Auflösung des GStR wiederum Hochbetrieb in dieser ehrwürdigen Halle, die ja eigentlich nur für festliche Anlässe zur Verfügung steht. Diskussionen über die weitere Strategie der Studentenschaft, Beratungen über die Gestaltung des Hearings, eifriges Malen von Wandzeitungen bis in die frühen Morgenstunden beherrschten die Szene.

Am Donnerstag fanden sich um 10 Uhr über 1000 Kommilitonen in der Aula ein, um am angekündigten Dozentenhearing teilzunehmen. Da aber die Dozentenschaft mit wenigen Ausnahmen durch Abwesenheit glänzte, mussten sich die Zuhörer mit der Information über die Ereignisse der letzten Stunden und mit dem Solidaritätstelegramm des VSS zufriedengeben. Abschliessend wurde eine Resolution genehmigt, die den Rektor aufforderte, das am Donnerstag verweigerte Hearing im Laufe der nächsten Woche durchzuführen. Am Nachmittag hat sich dann der Rektor bereit erklärt, auf die Resolution einzugehen, und auf *Mittwoch, den 17. 6. 70, um 10 Uhr* in der unteren Mensa zu einem offenen Gespräch eingeladen.

Putzequipen machten sich nun ans Werk, lieferten wie vereinbart um 12 Uhr die Aula in tadellosem Zustand ab und erbrachten so den Beweis, dass es uns allen *nicht einfach um ein zügelloses Happening, sondern mit der Aulabesetzung darum gegangen ist, zu zeigen, dass studentische Forderungen bedauerlicherweise oft nur am schlechten Willen der Dozenten scheitern.* Leider siegen eben nicht immer die besseren Argumente, leider muss dem Dialog oft nachgeholfen werden.

Alfred Sulzer



»Besetzung der Aula« – neue Aera in der Zürcher Studentenpolitik?

Lieber Leser,

es war eigentlich nicht meine Absicht, über ein »seriöses« Thema zu schreiben – ich hätte lieber über rosa Elephanten, den letzten Trickfilm oder über rote, gelbe und schwarze Ameisen aus aller Welt berichtet. Das studentische Tagesgeschehen scheint mir aber doch zu wichtig, als dass es einfach übergangen werden könnte. Es gibt natürlich »Candides«, die glauben, »tout irait bien dans le meilleur des mondes«, wenn nur alle diese Bärtigen, die lästigen Ausländer, die dekadenten Intellektuellen, die Verladenen, die Agitatoren, die Müssiggänger, die Roten und die Kommunisten nicht Uneinigkeit, Agitation und Unordnung ausstreuen würden. Wären sie alle nicht da, würden Ruhe, Freude, Harmonie und die Justiz herrschen. Die Studenten würden sich mit ihren Studien befassen, sich von Zeit zu Zeit einen Witz über die Bourgeoisie leisten, um nach Beendigung ihres Studiums zu Männern zu werden wie alle andern auch. Sie würden sich Rang und Namen verschaffen, heiraten, in eine »richtig« denkende Partei eintreten, viel Geld verdienen, kurz, sie würden bei zunehmendem Alter immer höher steigen in der Hierarchie der Bourgeoisie und nur noch vor ihren Enkelkindern von ihren »liberalen« Studentenideen erzählen. Sie würden sterben, gesegnet und respektiert – amen.

Wie sieht nun aber die Wirklichkeit aus? Eine aufgeregte »Minderheit« lehnt diese Ideale ab und behindert die »schweigende Mehrheit« bei der Arbeit. Es scheint mir, dass diese sogenannte schweigende Mehrheit einen breiten Rücken hat. Es stimmt, dass die Mehrheit der Studenten arbeitet und in Ruhe ihr Studium beenden will. Es ist aber auch eine Tatsache, dass es sich bei der Mehrheit der Studenten um verantwortungsbewusste Männer und Frauen handelt, die denken gelernt haben – es sei denn, man halte das Denken schon für eine Dekadenzerscheinung. Lässt sich diese Mehrheit wirklich nur durch schlechte Schäfer vom rechten Weg ablenken, lässt sie sich willenlos herumschieben? Es muss sich hier um einen Skandal handeln oder um einen Widerspruch. Um einen Skandal, wenn sie so dumm ist, ihre Interessen nicht wahrzunehmen – um einen Widerspruch, wenn dieselben Studenten, die sonst denken können, nicht erkennen wollen, wo der Fehler wirklich liegt. Hier würden unsere »Candides« sagen: »Sie lassen sich manipulieren« und dabei denken, dass sich Intelligente nicht erwischen lassen. Damit ist nun auch das grosse Wort »Manipulation« gefallen. Unglaublich, was man heutzutage alles manipulieren kann. Es genügt, dass die »schweigende Mehrheit« etwas beschliesst, das den »richtig« Denkenden nicht gefällt, und schon wird angenommen, sie werde manipuliert. Oder anders ausgedrückt: Die »schweigende Mehrheit« ist nur eine gute Mehrheit, solange sie unbeweglich bleibt. Sieht sie ihre Irrtümer zu langsam ein, werden am besten disziplinäre Massnahmen ergriffen, im schlimmsten Fall kann man auch prügeln oder schiessen.

Ich möchte nun auf eine Sache kommen, die uns besonders angeht: das ETH-Gesetz. Während der Zeit des Referendums und während der Euphorie des Erfolgs glaubte jedermann, dass dies nun der Beginn einer neuen Zeit sei. Wir glaubten an den Fortschritt und schliefen auf den Lorbeeren ein – um beim Aufwachen festzustellen, dass aus dem Mitbestimmungsrecht ein einfaches Zuhören geworden war. Man war wohl bereit, den grossen Kindern zuzuhören, aber Entscheidungen sind eine ernste Sache und nur für Männer. Die Bitterkeit und die Enttäuschung der verantwortlichen Studenten sind also kaum verwunderlich. Sollen sie weiter Statisten sein? Natürlich könnten wir uns auch weiterhin in süssen Illusionen wiegen. Anlässlich des letzten DC der VSETH wurde eine Entscheidung gefällt, die den Rücktritt vorsah. Da viele Delegierte jedoch abwesend waren, wurde diese Entscheidung in Frage gestellt. Der Streit ist ausgebrochen.

Michel Tchang

IN DIESER NUMMER

Unlust an der Studentenpolitik 3

SONDERBEILAGE: Die Situation an der ETH 5

Zentralstelle: Gewinngier oder studentische Selbsthilfe? 9

Englische Hochschulpolitik 11

Die Westberliner Linke 1970 13

Philosophie und Ideologie 17

Schwedens Weg zur demokratischen Gesellschaft 21

Film: Willie Boy 23

Redaktionsschluss: 1. Juni

Bericht aus dem Senatsausschuss

oder: Können Zürichs Studenten noch an Argumente glauben?

Bekanntlich hatte der GStR dem Senatsausschuss am 12. Mai beantragt, einen Ermächtigungsparagraphen in die Universitätsordnung aufnehmen zu lassen. Dieser hätte den Fakultäten ermöglicht, die Art und Weise der Beteiligung von Studenten und Assistenten an ihren Beratungen und Beschlüssen selbst festzulegen. Nicht Mitsprache oder Mitbestimmung an sich waren also verlangt worden; lediglich die Möglichkeit hiezu sollte den Fakultäten eingeräumt werden! Diese grosszügige Lösung lehnte der Senatsausschuss ab und zog den Vorschlag mit dem vielzitierten Negativkatalog vor; man wollte den Fakultäten lediglich erlauben, Studenten bei Sachfragen beizuziehen, schloss aber jegliche Mitbestimmung aus und verbot die Mitsprache bei Berufungen ausdrücklich: man müsse nämlich verhüten, dass einzelne Fakultäten »vorprellen«, dass Spannungen zwischen konservativen und fortschrittlichen Professoren entstehen, dass zurückhaltende Abteilungen durch progressivere in ihrem Entwicklungstempo etwas beschleunigt werden könnten. Vergeblich suchten die Studenten nach rational begründeten Argumenten.

Der GStR sah durch solche Restriktionen die Experimentierphase in entscheidenden Bereichen blockiert. Er wollte daher die Mitsprache und Mitbestimmung für den Augenblick zurückstellen und schraubte mit neuen Anträgen seine Forderungen auf ein Minimum hinunter: auf Universitäts- und Fakultätsebene seien sofort paritätische Kommissionen einzusetzen, welche ihre Tätigkeit noch in diesem Semester aufnehmen sollten. Die Studenten wollten nichts als die Bereitschaft zu Gespräch und Zusammenarbeit und, daraus folgend, einige Ergebnisse vor den langen Sommerferien. Sie unterstrichen diese Postulate durch Wandzeitungen, eine Sondernummer des »zs« und das Teach-in vom 8. Juni. Die Verhandlungen im Senatsausschuss am nächsten Tag gestalteten sich desto mühsamer. Die stimmberechtigten Mitglieder dieses Gremiums konnten sich zwar zu der Empfehlung durchringen, die Fakultäten möchten die geforderten Kommissionen einsetzen, schränkten diese aber gleichzeitig auf Anregung und Koordination von Experimenten auf Institutsebene ein. Die Bildung einer Universitätskommission, welche einen umfassenden Vorschlag für eine Rahmenordnung zur Experimentierphase (im Sinne der Hochschulkonferenz) ausarbeiten sollte, wurde – wenn auch knapp – zugunsten eines Antrags verworfen, welcher diese Aufgabe der bestehenden »Senatskommission zur Vernehmlassung des Universitätsgesetzes« überwies. Dieses Gremium, welches nur aus Professoren besteht, sollte durch den Senat am 10. Juli – auf den Zeitpunkt nach Erfüllung des alten Auftrags – in diese Experimentierphase umgewandelt werden. Sie sollte sich durch Assistenten und Studenten ergänzen sowie auch die Aufgabe übernehmen, die zukünftige Leistung der Universität zu studieren und einen Einführungserlass zum Bundesgesetz über die Hochschulförderung auszuarbeiten. – Dadurch schien die studentische Mitarbeit ins nächste Wintersemester und die Experimentierphase in eine ferne Zukunft verschoben. Der Verdacht, die Professoren betrieben bewusste Verzögerungstaktik drängte sich auf. Dass dies nicht nur der Eindruck und eine böswillige Fehldeutung der Studentenvertreter war, zeigte die Tatsache, dass die Assistenten unmittelbar nach diesem Beschluss einen Rückkommensantrag auf die vorher zurückgestellte, eingeschränkte Mitsprache in den Fakultäten einbrachten, um doch wenigstens bei Sachfragen mitreden zu können! Der Senatsausschuss hat das studentische Drängen als unrealistisch bezeichnet, als ob die Postulate völlig neu wären; daher sei wieder einmal mehr an die unselige drittelparitätische 21er-Kommission erinnert, welche vor mehreren Semestern bereits ein Modell für die Philosophische Fakultät I ausgearbeitet hat, gegenüber dessen Konzeption sich die heutigen Forderungen geradezu bescheiden ausnehmen.

Geht es wirklich nur mit Druck?

Die Enttäuschung der Studenten über die neuerliche Verschiebung ihrer Anliegen fand am Mittwoch in der Besetzung der Aula ihren sichtbaren Ausdruck. Die Atmosphäre in der Alma Mater war aufs höchste gespannt. Der Rektor – vorzeitig von der Hochschulkonferenz zurückgekehrt – war zu einer Einigung bereit. So fanden sich das Büro des Senatsausschusses und die Präsidenten des Kleinen und des Grossen Studentenrates zu einer Besprechung der Lage zusammen, – und wo man abends zuvor noch an verriegelten Toren gerüttelt, schien sich plötzlich ein gangbarer Weg zu öffnen: die Professoren willigten ein, die strittigen Punkte in einer zusätzlichen Sitzung des Senatsausschusses am 23. Juni nochmals zu diskutieren und zugleich den Antrag zu stellen, sofort eine gemischte Experimentierkommission zu bestimmen; diese sollte aus den drei Professoren des Büros (Rektor, Altrektor und Aktuar) und einem Vertreter der juristischen Fakultät sowie dem Universitätssekretär, je einem Delegierten der Assistenzprofessoren und Privatdozenten und je zwei Vertretern der Assistenten und Studenten zusammengesetzt sein. Dadurch wird der Beschluss, die bestehende Senatskommission mit der Experimentierkommission zu koppeln, rückgängig gemacht und ein rascheres Tempo eingeschlagen. Das neue gemischte Gremium soll seine Aufgabe unverzüglich übernehmen, noch vor Semesterschluss an wenigstens zwei Sitzungen erste Ergebnisse erzielen und während der Ferien die Arbeit weiterführen. – Der Grosse Studentenrat ging am gleichen Abend auf dieses Angebot ein.

Ein kleines Teilziel scheint erreicht. Die Umstände aber, deren es hiezu bedurfte, haben jene Studenten, welche mit Argumenten Politik treiben wollen, weder ermutigt noch ihre Position gestärkt.

Max Baumann, Vertreter der Studentenschaft im Senatsausschuss

Nur ein Missverständnis?

Auf unzähligen Wandzeitungen, Flugblättern und in Zeitungsartikeln haben in letzter Zeit Studenten darzulegen versucht, was sie unter einer »Experimentierphase« an der Universität verstehen. Es ist deshalb unnötig, an dieser Stelle noch einmal die ganze Diskussion aufzurollen. Jedenfalls kann von Seiten der Professoren nicht einfach behauptet werden, die Studenten hätten zuwenig klar ausgeführt, wie eine Uebergangsphase bis zu einem Unigesetz aussehen soll. Nicht deshalb drohte die Experimentierphase zu einem »Papiertiger« zu werden, sondern weil die Professoren bisher darum herumgekommen waren, dazu Stellung zu beziehen.

Mindestanforderungen der Studenten . . .

Im Hinblick auf die Senatsausschussitzung vom 9. Juni, wo dieser Punkt von den Professoren endlich beraten werden sollte, hatte der GStR seine Vertreter im Senatsausschuss (SA) wie folgt mandatiert:

1. Der vom SA vorgesehene Rahmenparagraph soll nicht mehr weiter verfolgt werden, da er eine Experimentierphase in entscheidender Weise verunmöglicht (vor allem, weil Mitbestimmung von Studenten auf Fakultätsebene nicht vorgesehen ist und auch Mitsprache nur in eingeschränktem Masse erlaubt).
2. Auf Universitätsebene ist sofort eine paritätische Experimentierkommission einzusetzen, welche zuhanden der Senatssitzung vom 10. Juli einen umfassenden Vorschlag für eine Rahmenordnung zur Experimentierphase auszuarbeiten hat.
3. In allen Fakultäten soll ebenfalls eine Experimentierkommission eingesetzt werden, welche Vorschläge für die Struktur- und Studienreform ausarbeitet.

Am Teach-in vom 8. Juni hatte der Präsident der Studentenschaft die Professoren beschworen, auf diese Forderungen einzugehen, da sie ja so »gemässigt«, aber gerade aus diesem Grunde *Mindestforderungen* seien. Nun ist es mit Mindestforderungen so eine Sache: Man kann solche zwar verbal postulieren; dann sollte man aber auch den nötigen Druck ausüben, um sie auch wirklich durchzusetzen.

. . . und deren »Modifizierung«

Was wurde nun tatsächlich von den Studenten an der SA-Sitzung vom 9. Juni erreicht? Statt der sofortigen Einsetzung einer paritätischen Experimentierkommission wurde eine Professorenkommission damit beauftragt, bis zum Senat vom 10. Juli zu prüfen, in welcher Form es überhaupt möglich sei, Studenten beizuziehen.

Was den dritten Antrag betrifft, so wurde den Fakultäten lediglich empfohlen, Kommissionen einzusetzen, welche Vorschläge für Experimente auf *unterer* Ebene (Seminarien, Institute, aber nicht Fakultätsebene) abgeben können.

Am Schluss der Sitzung war zudem nicht klar, ob der bisherige, vom SA ausgearbeitete Rahmenparagraph mit den erwähnten restriktiven Bestimmungen auch wirklich fallengelassen werde.

Protest aus einem Missverständnis heraus?

Die Reaktion der Studenten, wie sie sich in der Besetzung der Aula äusserte, erfolgte *nicht aus einer Fehleinschätzung der Lage.* Es kommt einer Verharmlosung gleich, wenn der Rektor am 11. Juni erklärte, die Beschlüsse des SA vom 9. Juni seien von einem Teil der Studenten als Verzögerungstaktik *missverstanden* worden. Sie waren nur zu gut verstanden worden. Eben weil die äusserst gemässigten Forderungen der Studenten wiederum bis zur Unkenntlichkeit »modifiziert« worden waren, musste ein Zeichen gesetzt werden, dass wir nicht unter allen Umständen bereit sind, »Wohlverhalten« zu zeigen.

Die recht harmlose Protestaktion zeitigte dennoch ihre ersten minimen Resultate. Noch während der Aulabesetzung erklärte sich das Büro des SA bereit, sich dafür einzusetzen, dass der SA bereits wieder am 23. Juni tagen und dass dort eine gemischte Experimentierkommission eingesetzt werde.

Die Auseinandersetzung geht weiter

Der GStR nahm dieses Angebot an, machte aber die unmissverständliche Bedingung, dass die Kommission nach dem 23. Juni sofort zu arbeiten beginne und bis zum Senat am 10. Juli Vorschläge ausarbeite.

Die Studenten sind einen kleinen Schritt weitergekommen, mehr nicht. Wie die bisherige Auseinandersetzung um die Experimentierphase gezeigt hat, kommt eine demokratisch organisierte Universität nicht einfach dadurch zustande, dass man sich bereit erklärt, »miteinander zu reden«. Dieses Gespräch muss auch Konsequenzen haben, d. h. es müssen die entsprechenden institutionellen Reformen durchgeführt werden. Die Professoren mögen zwar beteuern, sie wollten eine Hochschulreform ja gar nicht verzögern. Allein die bisherige Arbeitsweise der universitären Gremien lässt dies vorläufig nicht als sehr glaubwürdig erscheinen. Wenn z. B. der Senatsausschuss 2- bis 3mal im Semester, der Senat gar nur einmal tagt, so ist dies einfach eine institutionalisierte Verschleppung.

Wenn man dies berücksichtigt, wird es etwas verständlicher, weshalb die Studenten das Tempo unter allen Umständen beschleunigen wollen.

Ueli Mägli

Der Streik am Psychologischen Institut

Am 26. Mai 1970 setzte die Institutssitzung durch, dass auf 1. Juni der direkte Zugang zu den Büchern für die Studenten geschlossen werde, was einer völligen Verunmöglichung der Arbeit aller Studenten gleichkommt, da die Bücher infolge des Fehlens eines Stichwortkataloges unauffindbar sind. Dieser drastische Entscheid führte allen Studenten die ständig wachsenden untragbaren Zustände an einem einschneidenden Beispiel vor Augen.

Mit einem Happening wollten wir Studenten am 9. Juni 1970 die Missstände am Institut und die daraus resultierenden Forderungen den Behörden und der Oeffentlichkeit aufzeigen. Die Vertreter der Behörden lehnten jedoch ein Erscheinen ab. Das veranlasste uns, eine Resolution an die Erziehungsdirektion abzufassen und dieser durch einen Vorlesungsstreik Nachdruck zu verleihen.

Worum es geht

- *Bibliothekfrage* und *Raumproblem*
- Fehlen einer *Institutssatzung* (die unter anderem die studentische Mitbestimmung *garantieren* würde)
- Fehlen eines *Verwaltungsorgans* (die bestehende Institutssitzung ist ein informelles Diskussionsgremium ohne Kompetenzen)
- mangelhafte *Finanzgestion*
- Fehlen einer *Konzeption* des Psychologiestudiums für Zürich
- Blockierung der *Studienreform* durch Partikularinteressen der einzelnen Lehrstuhlinhaber

Wortlaut der Resolution

an die Erziehungsdirektion:

»Die am 9. Juni 1970 im Psychologischen Institut versammelten Psychologiestudenten beschliessen:

Die Psychologiestudenten protestieren gegen die prekären Raumverhältnisse in ihrem Institut. Seit fünf Jahren sind die Missstände, die mittlerweile eine sinnvolle Ausbildung in Psychologie verunmöglichen, den Behörden bekannt – geändert hat sich seitdem nichts. Auch Vorstösse von seiten der Dozenten blieben erfolglos. Wir fragen die Erziehungsbehörden an, wie lange die unhaltbaren Zustände am Psychologischen Institut noch andauern, wie lange also die Studenten noch warten müssen, bis ein ungehindertes Studium wieder möglich wird.

Wir fordern Auskunft darüber, welche kurzfristigen Massnahmen und langfristigen Pläne die Erziehungsdirektion für das Psychologische Institut bereit hat.«

Die ersten Erfolge

- Bereits hat sich die Mehrzahl der Psychologiestudenten mit ihrer Unterschrift hinter diese Resolution gestellt.
- Folgender Antrag und Zusatzantrag wurde vom Grossen Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät I einstimmig angenommen:

Antrag

an der 3. ordentlichen GFR-Sitzung am 11. Juni 1970, 12.15 Uhr, eingebracht von Werner Frei, Hist. FGP.

1. *Text:* Der Grosse und Kleine Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich stellt sich hinter den Streik der Fachschaft der Psychologiestudenten und unterstützt ihre Forderungen im vollen Umfang.

Zusatzantrag KFR:

2. Der Grosse und Kleine Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät I sprechen den Psychologiestudenten ihren Dank für ihre Aktion aus, weil die Krisensymptome am Psychologischen Institut auch in anderen Instituten und Seminarien akut sind und so im Bewusstsein einer breiteren Oeffentlichkeit deutlich gemacht werden.
3. Grosser und Kleiner Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät I fordern alle Studenten der Philosophischen Fakultät I auf
   a) die Psychologiestudenten bei der Organisation ihres Streiks zu unterstützen,
   b) sich durch Einschreiben in die Unterschriftenliste (Eingangshalle der Universität) mit den Psychologiestudenten zu solidarisieren.
- Die überwiegende Mehrzahl der Vorlesungen (11 von 15) fielen aufgrund des Aufrufs zum passiven Streik aus. In den übrigen betrug die Beteiligung 10 bis 25 Prozent der normalen Teilnehmerzahl.
- Durchweg positives Echo in den bedeutenden Tageszeitungen im Raume Zürich und anderen schweizerischen Blättern.

Ein exemplarisches Beispiel

der prekären Situation:

Raumverhältnisse in der Bibliothek: *Für 450 Studenten stehen 50 qm als Arbeitsraum zur Verfügung.* Nach dem Berechnungsmodell von Heinz Heckhausen (»Psychologische Rundschau«, Band 19) müsste für ebendiese Studentenzahl *achtmal mehr Raum* vorhanden sein (400 qm). Im Psychologischen Institut Tübingen haben 425 Studenten im Vergleich mit Zürich sogar *zehnmal mehr Raum!*

In unseren Raumforderungen wollen wir uns der realistischen Formel von Heckhausen anschliessen – und dabei die Wachstumsrate im Fache Psychologie zusätzlich zu bedenken geben: sie übertrifft nach Angaben von Heckhausen an den nordrhein-westfälischen Universitäten diejenige anderer Studienbereiche. (Sie ist zweieinhalbmal so gross wie für das Fach Soziologie und dreimal grösser als in Chemie.)

In Zürich sieht es konkret so aus: Die Studentenstatistik des Psychologischen Instituts gibt folgendes Bild für die Jahre 1964 bis 1970:

	Haupt- und Nebenfachstudenten
1964	195
1966	280
1967	301
Dez. 1968	353
Dez. 1969	430
Juni 1970	450

Prognose für Dezember 1970: 550 Studenten

Institutssitzung wie Studentenschaft sind sich einig, dass das Bibliothekproblem eine Raum- und Personalfrage ist.

Die Raumfrage ist jedoch nur der konkrete Anlass, an dem sich unser Missbehagen zu formulieren begann. Die restriktive Bibliothekordnung hatte dabei Auslöserfunktion.

Unser Institut hat keine Satzung, die seine Organisation und die Kompetenz seiner Organe festlegen würde. Es hat zwei Direktoren, die sich über ihre Kompetenzen nicht einig sind. Es hat ferner als informelles Debattiergremium die bisher absolut kompetenzlose Institutssitzung. Das Fehlen der Institutssatzung macht das Institut unverwaltbar:

- Differenzen in der Konzeption des Psychologiestudiums lassen sich nicht bereinigen. Schlimmer: Das Problem der inhaltlichen Koordination des Lehrangebots und des Ausbildungsziels kann kaum diskutiert, sicher nicht gelöst werden.
- Rein verwaltungstechnische Probleme lassen sich ebenfalls nicht lösen. (Von daher erklärt sich z. B. die gegenwärtige Finanzmisere.)

Unser Streik gibt *auch* unserem Unwillen über diese internen »Strukturen« Ausdruck.

Unabhängig von der Dauer des Streiks fordern wir:

- *eine Institutssatzung, gegründet auf dem Prinzip des Mitbestimmungsrechts aller Beteiligten*
- *die Ausarbeitung und Durchführung einer Studienkonzeption.*

Komitee FG Psychologie

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 700.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit! Auskunft und Beratung:

Foto-Druck aku Agentur ZÜRICH

B. Krummenacher
c/o Techn. Chem. Institut ETH
Universitätsstrasse 6, Zürich

»zürcher student«

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich, der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich und der Dolmetscherschule Zürich.

Erscheint achtmal jährlich.

Redaktion: Steffen Lindig, Christian Rentsch, Werner P. Troxler, Beatrice Engler.

Verantwortlich für Produktion, Vertrieb, Werbung und Finanzen: Christian Rentsch.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz; Telephon (051) 47 75 30. Postscheckkonto 80-35598. Sekretärin: Valeria Frey.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (051) 27 09 50.

Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37, 8001 Zürich, Telephon (051) 23 83 83, Postscheckkonto 80-286334.

Einzelbezugspreis 80 Rappen, Jahresabonnement Fr. 6.– auf Konto 80-35598.

Die im »zürcher student« erschienenen Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder; diese deckt sich nicht unbedingt mit derjenigen der Redaktion, einzelner Redaktoren oder der Studentenschaft. Offizielle Mitteilungen der Studentenschaften sind entsprechend bezeichnet.

Ein Vorstandswechsel im VSS

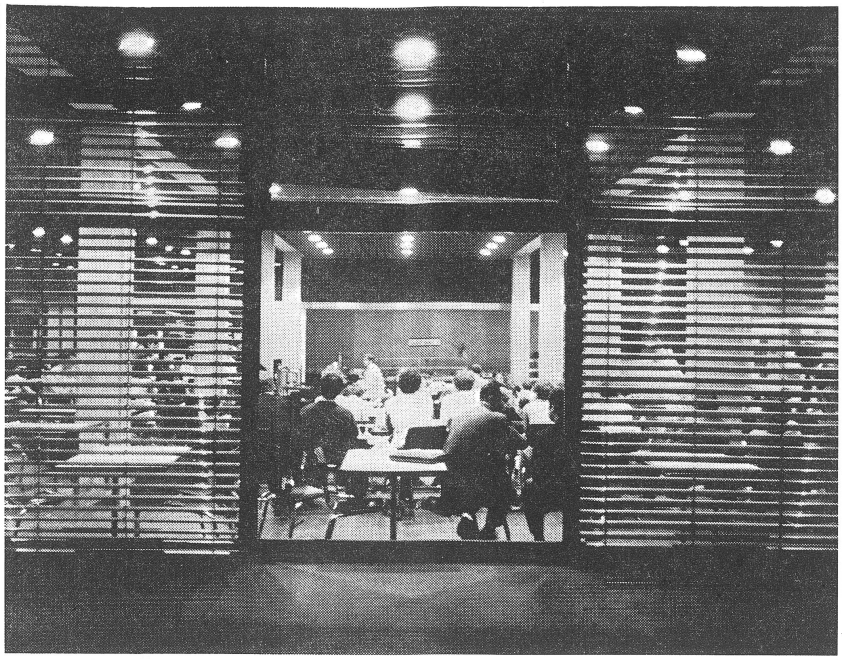
Mit dem 50. Jahreskongress, der über das vergangene Wochenende wissenschaftspolitische Prominenz aus dem In- und Ausland in Lausanne vereinigte, ist die Amtsdauer des alten VSS-Vorstandes zu Ende gegangen. Peter Knoepfel, Peter Widmer und Alfred Gebert sind auf diesen Tag hin zurückgetreten. Neu in den Vorstand gewählt wurden Peter Wettler, Zürich, für Information und Jean-Patrice Hofner, Neuchâtel, für das Soziale. Wir gratulieren den beiden neuen Vorstandsmitgliedern herzlich und hoffen, dass die vorläufig vakant gebliebenen Posten des Präsidenten und des Ressorts für Universitäres in den nächsten Wochen noch besetzt werden können.

Mit dem Rücktritt von Peter Knoepfel, Peter Widmer und Alfred Gebert geht ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte des VSS zu Ende. Zum ersten Male wurde versucht, die Politik unseres Dachverbandes im Rahmen einer Gesamtkonzeption zu führen und die verschiedenen Vorstösse und Aktionen auf explizit formulierte politische Ziele auszurichten. Es ist fast unmöglich, alle die verschiedenen Projekte, die im vergangenen Jahr angegangen und durchgeführt wurden, wieder in Erinnerung zu rufen. Am bekanntesten dürfte wohl das »Lausanner Modell« sein, das nun kurz vor der Phase der politischen Realisierung steht: Noch diesen Herbst sollen die für die Verfassungsinitiative nötigen 50'000 Unterschriften gesammelt werden, sofern sich die Studentenschaften positiv zum vorliegenden Modell aussprechen. Mit dem »Lausanner Modell« hat der VSS wahrscheinlich zum erstenmal ein Projekt entwickelt, das wirklich gesellschaftspolitische Bedeutung aufweist und zugleich eine reelle Chance auf politische Realisierbarkeit besitzt.

Auch im Gebiete der Hochschulreform ist der VSS im letzten Jahr äusserst aktiv gewesen. Er hat unter anderem die Initiative zur Experimentierphase an den schweizerischen Universitäten ergriffen und zugleich mit dem Projekt des Institutsreports den Studenten ein Mittel in die Hand gegeben, die Situation an ihrem konkreten Studienplatz zu analysieren. – Neuland betreten hat der VSS auf dem Gebiete der Nationalen Bildungspolitik. Dieser Bereich, der so brennende Probleme wie den numerus clausus, den Ausbau der Hochschulen und die Verteilung der Forschungsmittel beinhaltet, wird für uns Studenten von Jahr zu Jahr wichtiger. Es ist das Verdienst des abtretenden Vorstandes, dass er diese grundlegenden Probleme rechtzeitig erkannt und Ansätze für eine nationale Bildungspolitik des VSS erarbeitet hat.

Damit sind nur die bekanntesten Projekte und Vorstösse, die im abgelaufenen Amtsjahr den Vorstand beschäftigt haben, gestreift worden, vieles muss aus Platzgründen unerwähnt bleiben. Vor allem wäre hier auf die schwierige und delikate Frage der Strukturreform des VSS hinzuweisen, die noch nicht hat zu Ende geführt werden können. Der abtretende Vorstand hat denn auch vor allem in den letzten Monaten unter den ungelösten Strukturproblemen gelitten (Auflösungserscheinungen in einzelnen Studentenschaften, Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbandes über sein Selbstverständnis und seine Aufgabe, Ueberlastung des Vorstandes, usw.). Wenn so auch die Arbeit der drei Vorstandsmitglieder durch diese Umstände oft stark erschwert wurde, dürfen sie doch mit der Gewissheit von ihrem Amte zurücktreten, dass sie für den VSS wegweisende Arbeit geleistet haben – Arbeit, von der wahrscheinlich erst der nächste Vorstand voll profitieren wird. -er

FREIHOFER
Buchhandlung für Medizin
Rämistrasse 37
Zürich 1
Tel. 47 92 22



Wann schliesst der GStR den Laden?

Zwei links – zwei rechts

»Wir müssen es erlernen, die Probleme allseitig zu betrachten, nicht nur die Vorderseite der Dinge zu sehen, sondern auch ihre Kehrseite. Unter bestimmten Bedingungen kann Schlechtes zu guten Ergebnissen und Gutes zu schlechten Ergebnissen führen.«

Viel Lärm um nichts

Auch eine Devise. Eine einfache. Es sich einfach machen. Die Argumente gewissermassen in der Hosentasche bereithalten. Kennt man. Könnte immerhin zu guten Ergebnissen führen. Königsliebe und anständige Studenten. Pluralisten. Oder eine andere Devise: zwei links, zwei rechts. Im Kindergarten gelernt, keine Männersache. Der Spruch blieb. Auf einen linken Vorstoss folgt ein rechter Gegenstoss. Der Grosse Studentenrat plaudert stundenlang, beschliesst, kommt darauf zurück, verwirft. Und so weiter. Ein Clichébild der Demokratie produzieren. Ein Gremium arbeitsunfähig machen. Kompromisse aushandeln. Neutralisierung, Paralysierung. Die Ohnmachtserklärung ist abrufbereit. Noch lebt die Leiche. Wer denkt, schadet der Heimat. Die gemässigte Strategie wird transparent: lieber nichts machen als etwas Linkes. Totale Immobilisierung, totalitäre ... Die Oberbehörden wissen das zu verdanken. Erziehungsrat freut sich.

Demokratie, Demakrotie, Demagotie, Demakogie, Demagogie (Mordphologie?).

Unlust an der Studentenpolitik?

Jeder weiss es. Seit dem letzten Dezember. Oder mindestens fast jeder. Ein vaterländisches demokratisches, ein eindimensional senkrechtes Herz pocht in der geschwellten Brust. Geschwellte mit Rösti. Senkrechte Schweizer, senkrechtes Brett, Brett vor dem Kopf. Zwischen Weltpolitik, Allgemeinpolitik und Studentenpolitik klaffen Kluften. Eine Person und ihre Politik sind zwei. »Wir sind nicht gegen deine Politik, wir sind gegen dich!« Die bürgerliche Ideologie führt sich selbst ad absurdum.

»Wenn ein (Student) ein Problem behandelt, dann soll er nicht nur die einzelnen Teile, sondern auch das Ganze sehen.

Ein Frosch sitzt in einem Brunnen und sagt: ‚Der Himmel reicht nicht über den Brunnenrand hinaus.' Das ist unrichtig, denn der Himmel beschränkt sich nicht auf jenes Stück, das die Brunnenöffnung freigibt. Hätte der Frosch gesagt: ‚Ein Teil des Himmels ist so gross wie die Umrandung des Brunnens', dann wäre das richtig, denn dies stimmt mit den Tatsachen überein.«

(Versetze dich in den Frosch und bilde weitere logische Beispiele mit Welt- und Studentenpolitik.)

Das Wort Kastration darf man jetzt verwenden. KStR-ation, für jene die sich scheuen. Der GStR hat sich ..., indem er die Sitzungen um 23.15 schliesst. Die Studentenschaft hat sich ..., indem sie sich Mandate entzieht, der sie sich nicht bewusst ist. Kastrationen auf demokratische Weise. Was heisst Demokratie? Die Initianten dieser Politik haben die Demokratie für sich gepachtet. Sie inszenieren Spiegelfechtereien, um Phyrrussiege zu erringen. Um die ebenso sinnlose wie blinde Aktivität wenigstens interpretieren zu können. Allerhand wird dann zum Fetisch. Die Suche, die Sucht nach dem Dialog beispielsweise. Sie erschöpft sich in der Suche. Guter Wille ... demokratisch ... gesprächsbereit und so weiter. Wer immer von Demokratie schwätzt, denkt nicht eo ipso demokratisch. Aktion für freie Demokratie. AfD. Heisst f frei? Studentenpolitik bewegt sich im Bereich der beschränkten Zuständigkeit. Kompensation folglich durch Arbeitstherapie. Der Aktivismus vertritt die Wirklichkeit. Missionarisch, mission – arisch. Hoppla! Beflissenheit. Viel Spielraum bleibt in diesem Bereich der Unzuständigkeit nicht übrig: man teilt gegenseitig Prädikate aus. Demokraten befinden sich nur in den eigenen Reihen. Das versteht sich von selbst. Was übrig bleibt, ist antidemokratisch, elitär, unsozial. Beinahe wäre der Ansatz zur eigenen Diagnose geglückt. Das Wörtchen links hat noch einmal Sand in die Augen gestreut. Linksfaschismus.

»Einseitigkeit heisst, die Dinge in Gedanken zu verabsolutieren, eine Frage metaphysisch betrachten (...) Alles bejahen heisst nur das Gute wahrnehmen und das Schlechte übersehen, nur Lob zulassen, nicht aber Kritik ...«

McCarthy's ghost goes east: Hello Mr. Zwicky!

(McCarthys Geist reiste durch Europa – er rostet in der Schweiz.)

Versuch, Inhalte zu finden. Eigene Vorschläge? Zwicky statt Marcuse. Hilft nicht eben weiter. Nähseide statt Philosophie. Das Wort Experiment scheint fragwürdig für sie. Keine Experimente! Schon beim alten Adenauer gehört. Der Wolf im Schafspelz? Es tagt. Doch – wer Wölfe zu sehen sich einbildet, mag selbst gar ein Ueberwolf sein. Der rote Heilige? Franz von Assisi? (Jesus und seine Jünger waren eine radikale Minderheit.) Auch nichts. Liebe FSZ! Aha, gegenseitiges Schulterklopfen. Liberales Charisma versprühen. Hat noch gefehlt. Ob die Hagelversicherung und der Gewerbeverband mehr bezahlen als albanische Phantoms? Dow Napalm tötet keine Menschen – nur Vietcongs. Führt auch nicht weiter. Die NS-Zeitung. Die Initialen erinnern dumpf an vergangene Zeiten. Schwarzenbach ab. Immerhin ein konstruktiver Versuch, für einmal mit der Mode zu gehen. Vielleicht eher Alibi. Wer sind die Progressiven? Die »Progressiven« oder die wirklich Progressiven? Die Basis für dumm verkaufen. Profilneurotiker. Rassenphysiognomiker. Man nennt sich gemässigt und gibt damit nichts preis, weil man nichts preiszugeben hat. Ausser Intoleranz. Die Jünger McCarthys schiessen scharf.

Wahre Reaktionäre!

»Das Denken der Menschen muss sich den veränderten Umständen anpassen. Natürlich darf niemand seiner Phantasie freien Lauf lassen, ohne Rücksicht auf die durch die objektiven Umstände erlaubten Bedingungen seine Handlungen planen, gewaltsam Dinge unternehmen, die praktisch undurchführbar sind. Heute geht es jedoch darum, dass noch immer auf vielen Gebieten rechtsopportunistische konservative Ideen herumspuken, so dass unsere Arbeit auf diesen Gebieten mit der Entwicklung der objektiven Situation nicht Schritt halten kann. Die Frage steht heute so, dass viele Leute Dinge für undurchführbar halten, die ohne weiteres vollbracht werden können, wenn man sich darum bemüht.«

Konsequenzlosigkeit

Kollegialbehörde, Kompromiss, Koalition. K. u. K. Jemand wil die grosse weite Welt im Grossen und Kleinen Studentenrat nachahmen. Das bundesrätliche Vorbild im Jugendparlamentsstil. Beim Parlamentieren soll nichts herausschauen. Die Politik zeigt keine Konsequenz. Uebung in Zungenfertigkeit. Allenfalls Sprungbrett in den Gemeinde- und Kantonsrat. Filibuster, Obstruktion. Politik als Selbstzweck.

Wer wünscht, dass rational argumentiert würde, um guteidgenössische Kompromisse auszuhandeln, wünscht emotional. Auseinandersetzungen lassen sich auf verschiedenen Ebenen führen. Wenn politisch rationale und unartikuliert emotionale Interessen aufeinanderprallen, nennt man das Pluralismus. Pluralismus um die Klasseninteressen zu verschleiern. Rückfall in den Positivismus. Als ob Wissenschaft wertfrei wäre. Als ob Wissenschaft kein Produktionsfaktor wäre. Elender Partkularismus!

Die meisten Schweizer sind ausserstande, »an einem geistigen Kompromiss überhaupt noch zu leiden. Sie helfen sich, indem sie das Bedürfnis nach Grösse schlechterdings verpönen«. (Frisch: »Stiller«.)

Die Studentenpolitik verschweizern. Mit der Eigenart versehen. Eigenartig. Pluralistisch, versteht sich. Indem ein prominenter kalter Krieger und Madariaga-Anhänger die Schweizer Presse rügt, die verschiedenen Meinungen bringt, so dass man sich kein klares Bild machen könne. Klares Bild – klarer Blick. Der Zusammenhang fällt auf. Nicht denken, Schweizer bleiben.

»Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen? Fallen sie vom Himmel? Nein. Sind sie dem eigenen Gehirn angeboren? Nein. Die richtigen Ideen können nur aus der gesellschaftlichen Praxis herrühen, nur aus dem Produktionskampf, dem Klassenkampf und dem wissenschaftlichen Experiment – diesen drei Arten der gesellschaftlichen Praxis.«

Konfliktstrategie

Einseitige Einsichten führen zu einseitiger Problemlösung. Falsches Verständnis führt zu Missverständnissen. Das ist echte Morphologie, Morphologen glauben, man müsse Konflikte erst künstlich erzeugen, um sie als Aufhänger für Aktionen zu benützen. Glaubenssache. Denn Konflikte sind latent vorhanden. Zwischen Interessen, Machtbefugnissen, Privilegien – der universitären Hierarchie – und den unmündig gehaltenen Studenten. Hinter geschlossenen Türen. Exponenten der Ordinarien gegen Studentenfunktionäre. Bis zur Frustration. Gegenseitig. Wer nie am Verhandlungstisch sass, kann nicht ermessen, was Professoren unter Dialog verstehen! Konflikte in die studentische Oeffentlichkeit tragen heisst nichts anderes, als das angestammte Recht auf Information wahrnehmen. Was durchaus demokratisch ist, oder? Implizit schliesst dieses Vorgehen eine »allseitig befriedigende Lösung« keineswegs aus. Weil die Mehrheit der Studenten informiert ist, kann sie Anregungen und Vorschläge zu einer allseitig befriedigenden Lösung artikulieren. Und Studentenfunktionäre können nicht mehr länger als unrepräsentativ für die Mehrheit abgetan werden. Und so weiter.

Wahre Demokraten.

Selbstloses Martyrium. Das Schlimmste verhindern. Winkelried gleich. Die Kabinettskonflikte an die demokratische Basis tragen ist elitär, antidemokratisches Denken linksfaschistoider Tendenz. Folglich wäre Konflikte verschweigen, beschönigen, verniedlichen – Manipulation mithin – demokratisch. Oder schon rechtsfaschistoid. Aber das wäre ein Pleonasmus.

Morphologische Gesinnung. Ein Resolutionsantrag eines Mitgliedes der radikaldemokratischen Studenten (Rades): *Der GStR gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, dass der Universitätssekretär, Herr Doktor Franz Züsli, sich von einer radikalen Minderheit erpressen lassend, die Aula für eine lächerliche Demonstration freigegeben hat. Der GStR fordert den Universitätssekretär auf, seinen Pflichten nachzukommen und – wenn nötig mit Polizeigewalt – für Ruhe und Ordnung an der Universität zu sorgen und den ungestörten Ablauf der Vorlesungen, in den rechtmässig zugeteilten Hörsälen, zu gewährleisten.«*

Tatsächlicher Faschismus.

Bei der Abstimmung unter Namensaufruf enthielten sich neun GStR-Mitglieder der Stimme. Man errate, wer ...

Die lächerliche Demonstration hat immerhin einen Erfolg gezeigt. Der demokratisch gefällte Beschluss des Senatsausschusses wurde 24 Stunden später ausser Kraft gesetzt. Durch das Büro des SA.

Tatsächliche Revolutionäre!

Peter Wettler

In einer Sonderbeilage des »zürcher student« veröffentlichen wir ein Dokument des VSETH »Zur Situation an der ETH«, das am 1. ausserordentlichen Delegiertenkonvent (DC) des Semesters am 12. Juni 1970 vorgelegt und genehmigt worden ist. Obwohl unter Zeitdruck geschrieben, gehört dieses Dokument zu den wichtigsten Analysen über den momentanen Stand der studentischen Möglichkeiten einer wirksamen Hochschulpolitik. Auch die etwas ungewöhnliche Länge sollte den an Hochschulpolitik Interessierten nicht abhalten, sich mit dieser Untersuchung gründlich auseinanderzusetzen.

Christian Rentsch

Ferienkurse in England

Der beste Unterricht und die bestmögliche Studentenbetreuung = der beste Urlaub.

Prospekt und Auskunft:

The Director
Churchill House School of English Language
Ramsgate-on-Sea, Kent, England

BÜCHER

für Ihr Studium
aus allen
Wissensgebieten

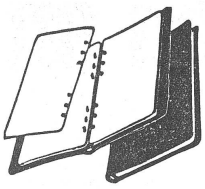
Theologie
Philosophie
Psychologie
Rechtswissenschaft
Sozialwissenschaft
Sprachwissenschaft
Geschichte und Politik
Medizin
Mathematik
Technik

Verlangen Sie bei Ihrem Buchhändler die ausführlichen Verzeichnisse

VANDENHOECK + RUPRECHT
GÖTTINGEN + ZÜRICH

Zweigniederlassung: Badenerstrasse 69, Postfach, 8026 Zürich

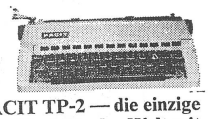
BIELLA Ringbücher und Kollegbücher



Seit Jahrzehnten eine bekannte BIELLA-Spezialität!

In vielen Formaten und Farben, mit 2, 3, 4 und 6 Ringen, elegante, gepflegte Ausführung in Leder, Kunstleder und Plastic.

In Papeterie- und Bürofachgeschäften erhältlich. Achten Sie bei Ihren Einkäufen stets auf die Marke BIELLA, es lohnt sich!



FACIT TP-2 — die einzige Portable der Welt mit «mechanischem Gedächtnis»! Schöne Schriften. Eleganter Koffer. Erhältlich durch die «Zentralstelle der Studentenschaft» und durch die SAB.

FACIT

8021 Zürich Löwenstrasse 11 Telefon 051 27 58 14
Verkauf auch durch die Fachgeschäfte

Ein charmantes Rendez-vous mit der sie + er

Treffpunkt: Am Donnerstag an Ihrem Kiosk!

..jetzt aber es

VZM

Choco-Drink

Apotheke Oberstraß Zürich 6

F. Eichenberger-Haubensak Universitätstraße 9

Seit 1889 die Apotheke der Akademiker

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 051/46 40 44

gewährt Studenten

20% Rabatt
auf Brillen und

Sonnenbrillen

10% Rabatt

auf Feldstecher, Fernrohre, Höhenmesser Lupen und Kompasse Mikroskope nach Vereinbarung

Die chemische Industrie lebt vom Wissen und Können ihrer Mitarbeiter. Denn ihre wichtigsten Rohstoffe sind keine Materialien, sondern Wissenschaft und Technik – und Träger von beiden ist und bleibt der Mensch.
Geigy setzt sich zum Ziel, den Mitarbeitern auf allen Stufen eine faire Chance zu geben, ihr Bestes zu leisten und sich ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend zu entwickeln und weiterzubilden.

Im Zentrum des Unternehmens steht der Mitarbeiter: seine Zukunft mit Geigy bestimmt die Zukunft von Geigy.

J.R. Geigy A.G., Basel

Farbstoffe
Industriechemikalien
Heilmittel
Produkte für den Haushalt und die Landwirtschaft

Geigy

NEWSWEEK

bietet Schülern, Studenten und Assistenten eine einzigartige

50%-Ermässigung: 27 Wochen Fr. 14.60
52 Wochen Fr. 28.—

Ca. 320 Millionen sprechen heute Englisch, und in Studium und Beruf ist eine gute Kenntnis des Englischen unentbehrlich. Billiger und aktueller als durch regelmässiges Lesen der Zeitschrift NEWSWEEK können Sie sich wirklich nicht in Englisch auf dem laufenden halten! NEWSWEEK ist das am häufigsten zitierte Nachrichtenmagazin der Welt. »Der Spiegel« zitiert NEWSWEEK häufig. Warum nicht gleich das englische Original lesen?
NEWSWEEK berichtet laufend über current international, news, education, religion, medicine, sports, press, business and finance, life and leisure, music, theatre, movies, books, science and space, new products and processes. (Für Wirtschaftsstudenten: Paul Samuelson und Milton Friedman schreiben in NEWSWEEK.)

Wie bestellen Sie Newsweek?

Senden Sie eine Postkarte an Zola Sonkosi, Newsweek Representative, Hauptstrasse 7/211, CH-4102 Binningen BL, mit folgenden Angaben:
Ihr Name und Ihre Adresse, die Schule oder Universität, die Sie besuchen, das Jahr, in dem Ihr Schulbesuch bzw. Ihr Studium endet, Angaben, ob Sie ein 27-Wochen-Abonnement oder ein Jahresabonnement wünschen.

Bitte zahlen Sie den betreffenden Betrag auf das Postscheckkonto Nr. 40-1276 Kreditanstalt, Spalenberg, Filiale Basel, zugunsten Zola Sonkosi A. H. 60, 175.

Zur Situation an der ETH

SONDERBEILAGE DES zürcher student

Es wurde hier versucht, das Ergebnis einiger in der letzten Zeit geführter Diskussionen zu Papier zu bringen. Wegen der kurzen Zeit – eine Woche – die uns zur Verfügung stand, war es unmöglich, verschiedene Punkte weiter zu untersuchen. Wir glauben aber, in den folgenden Seiten die wesentlichen Momente der Entwicklung und der Situation an der ETH aufgezeigt zu haben. Aufgrund dieser Elemente war es möglich, die bisherige Hochschulpolitik zu kritisieren und eine Alternativpolitik in groben Zügen zu umreissen. Viele Fragen bleiben noch offen, doch können diese nicht am Schreibtisch gelöst werden; ihre Lösung wird sich vielmehr aus der Praxis ergeben.

Studentenpolitik in der formalen Demokratie

Um die Debatte im Nationalrat und deren Resultate richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, auf die Entwicklung seit Oktober 1968 zurückzublicken.

Als die Studenten das Referendum gegen das ETH-Gesetz ergriffen, betrachteten sie es als »Irrtum« der Bundesverwaltung. Da sie glaubten, die einzigen zu sein, die vom Gesetz betroffen waren, *hielten sie es für möglich, das Gesetz zu ändern.* Die Unterschriftensammlung verlief in einer »demokratischen Euphorie«. Diese Euphorie wurde verstärkt, nachdem die verschiedenen Parteien die Nein-Parole herausgaben. Die Mehrheit der Studenten hatte dabei die *Begründung der Parteien völlig übersehen.* Das Vertrauen in den »demokratischen Weg« vergrösserte sich nach der Volksabstimmung (obwohl sie verschieden interpretiert werden konnte), und besonders nachdem es den Studenten gelungen war, einige wichtige Postulate in der nationalrätlichen Kommission durchzusetzen.

Die *Enttäuschung* nach der ETH-Debatte im Nationalrat vom 16. März *war daher um so grösser.* Es muss hier sogleich beigefügt werden, dass Hoffnungen auf den Ständerat fehl am Platze sind: Der Ständerat ist von jeher konservativer gewesen als der Nationalrat (das Journal de Genève schrieb deshalb, dass eine solche Entscheidung des Nationalrates erfreulich sei, weil sonst Differenzen mit dem Ständerat unvermeidlich wären).

Das Referendum als politisches Mittel?

Da einige Leute noch daran glauben, dass die Studenten durch das Ergreifen des Referendums eine »Macht« erhalten haben und dass sie in einer guten Verhandlungsposition im Hinblick auf das neue ETH-Gesetz sind, müssen wir das *Mittel des Referendums* noch einmal darstellen.

In der Schweiz gelten Initiative und Referendum als »grosse Lobbies«, als *Ausdruck der Macht einer bestimmten Interessengruppe.* Dies können wir an folgendem Beispiel zeigen:

Vor jeder AHV-Revision lancieren die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und eventuell die christlichen Gewerkschaften sowie ein »überparteiliches« (bürgerliches) Komitee je eine *Initiative.* Alle drei Initiativen werden dann nach dem Kuhhandel im Parlament zurückgezogen.

Die Unterschriften dienen nur dazu, zu zeigen, dass eine bestimmte Interessengruppe Macht besitzt.

Die *Drohung mit dem Referendum* – die von der BGB und vom Gewerbeverband besonders oft benützt wird – erfüllt die gleiche Funktion, aber im negativen Sinn: Die Initiative zeigt, dass eine Forderung erfüllt werden muss, das Referendum hingegen, dass eine Regelung unannehmbar ist.

Nach verschiedenen Politologen gilt die folgende Faustregel: Ist eine der drei grossen Gruppen (Grossindustrie und Banken, resp. Freisinn, Bauern und Gewerbeverband resp. BGB, Gewerkschaften, resp. SP) mit einer Vorlage nicht einverstanden – und ergreift deshalb das Referendum –, so wird diese Vorlage in der Volksabstimmung verworfen.

Dieses Spiel mit Initiative und Referendum wird aber ausschliesslich von den drei oben erwähnten Gruppen geführt. Ein Aussenseiter hat darin keine Chancen. Dies zeigt die lange Liste der erfolglosen Vorstösse des Landesrings, obschon diese sehr populär waren (Beispiel: Kampf gegen die Teuerung).

Wenn der Aussenseiter trotzdem Erfolg haben sollte, *wird der Volksentscheid im Parlament einfach nicht respektiert.* Das können wir z. B. am Referendum des Touring-Clubs gegen die Erhöhung des Benzinpreises sehen: Der Preis wurde trotz Volksentscheid sogar um 12 Rp. erhöht.

Somit entlarven sich die sogenannten Volksrechte als *reine Ideologie.* Diese Ideologie hat zwei Funktionen: Erstens kann man behaupten, dass das jetzige System durch Referendum und Initiative veränderbar sei, und zweitens kann man in regelmässigen Abständen mit diesem Ritual und »Uebereinstimmung« von Volk und Regierung durchexerzieren.

Die letzte »überparteiliche« Initiative für die 8. AHV-Revision lieferte uns diesbezüglich ein sehr hübsches Beispiel: Die Parteien, welche die Initiative lanciert haben, besitzen 90% der Sitze im Ständerat und 60% jener im Nationalrat.

Parteipolitik und studentische Illusionen

Nach den obenerwähnten Spielregeln hätten die Parteien das Referendum der Studenten – wie irgendein anderes Aussenseiter-Referendum – *ablehnen* können. Die Gründe der politischen Parteien, nun die Nein-Parole herauszugeben, sind während der Referendumskampagne ausführlich untersucht worden. Wir werden sie hier kurz wiederholen:

a) Einige Technokraten sahen im Referendum das Mittel, um *notwendig gewordene Strukturreformen durchzuführen.* Dieser Gedanke war schon im Postulat von Nationalrat Eisenring (eingereicht als Motion am 8. Dezember 1967; Beschluss des Nationalrates am 1. Okt. 1968: Die Motion wird unverändert als Postulat angenommen) enthalten. »Dieses Postulat bezieht sich nämlich einzig auf eine wirkungsvolle Organisation der Leitung der ETH im Sinne moderner Unternehmungsführung« (Nationalrat Bieri am freisinnigen Parteitag im Mai 1969).

b) Durch die Nein-Parole hat sich *keine Partei verpflichtet, auf irgendeine Forderung der Studenten einzugehen.* Für den Freisinn konnte die »Offerte an die Reformwilligen, Gemässigten unter den Studenten« nicht heissen, dass »die aus studentischen Kreisen vorgebrachten Wünsche und Forderungen zum vornherein akzeptiert werden«, (. . .) »sie kann nur ihre ernsthafte Prüfung zusichern«. Für die Katholisch-konservative Partei bedeutete die Nein-Parole, dass man die »studentischen Forderungen unter die Lupe nimmt«.

c) Aber wesentlich war der Wille der Parteien, *die Studenten nicht zu enttäuschen.* »Diese Studenten bedürfen der Unterstützung: Ein Ja zum ETH-Gesetz dagegen würde den Extremisten Auftrieb geben und die gemässigten Studenten der Partei entfremden« (Christlichsoziale). »*Politik ist auch Psychologie,* das sollte uns daran hindern, das Vertrauenskapital, das uns die Jugend entgegenbringt, zu verschrotten.« »Man würde mit einer Zustimmung zum Gesetz viel mehr den extremistischen Gruppen einen Gefallen erweisen, die damit den Beweis hätten, dass die demokratischen Mittel nicht zum Ziele führen können« (Freisinn).

Diese Haltung der Parteien hat den Beweis nur um ein Jahr verschoben. Die Parteien haben uns erlaubt, »Referendum« zu spielen – es blieb beim Spielen.

Studentische Forderungen unter verschiedenen Gesichtspunkten

Dadurch haben die Studenten aber mindestens die Erkenntnis erworben, dass die demokratischen Formen eben nur Formen sind und dass deren Inhalt durch die Interessengegensätze bestimmter Gruppen gegeben wird. Wir wollen jetzt auf den Inhalt der studentischen Forderungen kommen.

Diese Forderungen können von verschiedenen Standpunkten aus analysiert werden. Vom Standpunkt der Studenten aus sollten sie alle einen *emanzipatorischen Charakter* haben: Sei es die Mitbestimmung bei der Ausarbeitung der Studienpläne, sei es die Transparenz der Entscheidungen im Schulrat, sei es die Möglichkeit zur Abschaffung der Prüfung. Alle diese Forderungen können – wenn überhaupt verwirklicht – dazu beitragen, den Studenten grössere Zusammenhänge klarzumachen.

Diese Forderungen erscheinen in den Augen der Technokraten unter einem *ganz anderen Aspekt.* Sie streben eine *Funktionalisierung der Universität* an. Für die Technokraten sind einige Forderungen der Studenten willkommen, wenn sie *Spannungen abbauen* und *»Leerläufe« beseitigen* können. Dies kann nur *die Rentabilität des Betriebs »Universität« erhöhen.* Forderungen wie z. B. die Abschaffung der Prüfungen sind für die Technokraten unannehmbar. Die straffe Gestaltung der Studienpläne, die Angleichung zwischen Lausanne und Zürich, die Beibehaltung des Wortes »Vordiplom« im Gesetz, dies waren die grundsätzlichen Forderungen u. a. der »Gesellschaft für Hochschule und Forschung«, in der ein Direktor des Schmidheiny-Konzerns als Vizepräsident zeichnet.

Für die Technokraten ist es an sich egal, ob die Studenten im Schulrat anwesend sind oder nicht. Falls dieses Gremium »offen« wird, werden eben die »wichtigen« Gespräche, wo man »offen« sprechen muss, einfach ausserhalb der Schulratssitzung stattfinden.

Diese Technokraten-Haltung wurde im Nationalrat u. a. durch die Nationalräte Götsch, Gut usw. vertreten (vgl. Protokoll der Nationalratsdebatte).

Die Grenze zwischen Forderungen, die erfüllbar sind – *weil sie harmlos sind* –, und Forderungen, die den Interessen der Wirtschaft widersprechen, ist für die Studenten von *grundlegender* Bedeutung.

Es gibt noch einen weiteren Standpunkt, um die Forderungen der Studenten zu analysieren: nämlich jenen der Reaktionäre (BGB usw.). Diese Leute glauben, dass *jegliches Zugeständnis an die Gegner ihre Privilegien in Frage stellt.* Sie kämpfen daher ihr Leben lang für die Erhaltung des Status quo.

Diese Leute sehen nicht einmal ein, dass die Mitsprache das beste Mittel der Herrschenden ist, um Spannungen abzubauen. Die Reaktion der Dozenten an der ETH kann in die gleiche Kategorie eingereiht werden (vgl. Briefe an die Nationalräte).

Ausser drei Nationalräten (Binder, Gerwig, Arnold), welche die Forderungen der Studenten verstanden und sie auch brillant vertreten haben, war die

Mit unerschütterlichem Vertrauen in die formale Demokratie: Werbung für das ETH-Referendum 1968.

Zu dieser Beilage

Dieser Artikel soll einige Haltungen von Mitgliedern des VSETH-Vorstandes zur Situation im VSETH widerspiegeln.

Seit längerer Zeit bemerkt man im VSETH eine Unsicherheit und Unentschlossenheit, um nicht zu sagen, eine Krise. Wir beschäftigten uns meist mit aktuellen Randproblemen und liessen uns von den Ereignissen hin und her hetzen. So diskutierte man über

- *Mitsprache von Studenten bei der Professorenwahl im Schulrat (höchst wichtig und dringlich für die Emanzipation des Einzelstudenten!)*
- *Unterstützung von Hilfsorganisationen in Vietnam (wie revolutionär!)*
- *Diskussion im Delegiertenkonvent über eine mögliche Besetzung des Schulrates (die Idee war so explosiv, dass sich schon der DC selber in ein Chaos auflöste)*
- *Stellungsnahme mit einer Broschüre zur Einrichtung eines Soziologieinstitutes an der ETH (die Broschüre hat kaum ein Verständnis mitglied nur vom Begrifflichen her verstanden)*
- *etc.*

Es war eine erkenntnisreiche Zeit, wir merkten sogar, dass der imaginäre Basisstudent nach der Abstimmung über das ETH-Gesetz wieder in seinen Märchenschlaf verfiel; hilfesuchende Rufe, Bitten und Appelle an ihn blieben ohne Echo.

Und so rang man sich zu einer »absolut neuen« Erkenntnis durch:

»So kann es nicht mehr weitergehen!«

Doch einigen kam der Ausspruch bekannt vor. Ach ja, so hiess eine Veröffentlichung des VSETH vor 5 Jahren!

Stehen wir heute tatsächlich noch an der gleichen Stelle?

Damals spürte man eine Diskrepanz zwischen der althergebrachten, studentischen Bieratmosphäre und einem neuen politischen Auftrag. Dann nahm die Politisierung auf Funktionärsebene zu und erreichte ihren Höhepunkt im letzten Jahr in der Abstimmungskampagne zum neuen ETH-Gesetz.

Heute sehen wir das Dilemma darin, dass die politische Arbeit der Funktionäre mehr der Erhaltung eines hierarchischen Systems und der Repräsentation dient als einer unterstützenden Beratung des Einzelstudenten. Erschreckt müssen wir feststellen, dass Gruppen in Semestern und Abteilungen gegen den Druck konservativ-patriarchischer Kreise kämpfen und dass wir mit der Experimentierphase auch gerade den Freiheitsraum für Verschulung geschaffen haben. Kurz gesagt, die Politik des VSETH ist zum Eigenzweck geworden und nicht eine Unterstützung aktiver Gruppen, die Missstände zu verändern suchten.

Politischer Eunuch! Dies ist die gelungene Bezeichnung für den VSETH-Vorstand im jetzigen Zeitpunkt. Tatsache ist, dass es die heutige Zusammensetzung des Vorstandes nicht erlaubt, zu politischen Fragen eine einheitliche Meinung zu äussern. Da im Vorstand der Wille zur Zusammenarbeit vorhanden ist, will nicht eine Mehrheit eine Minderheit übergehen.

Diese Haltung hat uns in eine umstrittene Lage gebracht und uns mit Recht oder Unrecht zum politischen Eunuchen gestempelt.

Wendepunkt oder Sackgasse?

In der abgedruckten Analyse »Zur Situation an der ETH« ist die neue Zielsetzung der Politik formuliert.

Sicher ist, solange ein VSETH-Vorstand so unterschiedlich zusammengesetzt ist – Mitglieder mit rein administrativen Aufgaben und Mitglieder mit nur politischen Arbeiten – und diese nicht die politische Linie und die Aufträge des DC akzeptieren können, solange wird der Auftrag des DC ein erinnerungswürdiger Teil der Akten sein.

Ob der Vorstand aus eigenen Kräften oder durch eine andere Gruppe fähig ist, die Konsequenz aus der jetzigen Situation zu formulieren und dieses auch durchzusetzen, kann man nur hoffen.

Doch eines steht trotzdem fest:

So kann es nicht mehr weitergehen

Erich Basten, Vizepräsident des VSETH

ganze Debatte ein *Kampf zwischen Technokraten und Reaktionären.* Wenn man die ganze Presse ein bisschen anschaut, dann sieht man, dass – mit Ausnahme einiger liberaler Zeitungen – der gleiche Kampf stattfindet mit den genau gleichen »Argumenten«.

Somit sind die Grenzen einer studentischen Politik klar gezogen: *Das Minimum, das wir erreichen können, ist das, was die Reaktion dulden will, nämlich nichts. Das Maximum, das wir erreichen können, ist das, was die Technokraten dulden, nämlich alle Forderungen nach einer Rationalisierung und Funktionalisierung der Universität, wie es sich die Wirtschaft vorstellt.*

Studentische Reaktionen auf die ETH-Debatte im Nationalrat

Die Stellungnahme der offiziellen Studentenschaften beweist eine völlige Verkennung der effektiven Situation. Es ist äusserst lächerlich, wenn man sagt, dass der »Nationalrat ins studentenfeindliche Lager gezogen ist«. (VSS)

Als ob 200 Interessenvertreter etwas anderes machen könnten, als eben diese Interessen zu vertreten . . .

Es wäre noch absurder zu glauben, dass man durch »Aufklärung des Volkes« das Problem »breiten Schichten des Volkes zugänglich machen könnte« (VSS), um dadurch das Parlament zu beeinflussen. Hier ein Hinweis auf die Abstimmung Schwarzenbach im Parlament (Nationalrat 120:1, Ständerat 32:0): Die tatsächliche Meinung im Volke dürfte zeigen, inwieweit das Parlament das Volk repräsentiert . . . (Obwohl in diesem Fall ein Nein des Parlaments durchaus »im Interesse des Volkes« war.)

Der VSETH-Vorstand hat in seinem Communiqué darauf hingewiesen, dass die Nationalräte nicht informiert waren. Wir möchten behaupten, dass die Gesellschaft für Hochschule und Forschung *genau über den Stand der Entwicklung an der ETH informiert ist* und dass sie genau weiss, was sie macht, wenn sie ihre technokratischen Forderungen aufstellt. Das gleiche gilt für den prominenten Vertreter der Reaktion, den »Zivilverteidiger« und Nationalrat Prof. W. Hofer, der seit Jahren an der Universität Bern doziert.

Die Wortführer im Nationalrat waren also Leute, die informiert waren und die genau wussten, warum sie die Forderungen der Studenten ablehnten.

Es ist allerdings bezeichnend für die »Reformfachidioten«, dass sie diese Grenze *einer* studentischen Politik als die Grenze *der* studentischen Politik betrachten.

Wir wollen hier kurz *die vom VSETH eingeschlagene Politik* darstellen, und eine *Alternative* skizzieren.

Wenn die Emanzipation der Studenten als Legitimation der Reformforderung angesehen werden kann, dann basiert die bisherige Politik auf der Idee, dass *eine Aenderung der Strukturen zu einer Aenderung des Bewusstseins führen kann.* Dies muss aber nicht unbedingt stimmen, insbesondere dann nicht, wenn die Strukturänderung formal bleibt, d. h. wenn z. B. durch die Einführung der Mitbestimmung der Studienplan nicht relevant geändert wird.

Der VSETH hat anscheinend diese Idee als absolut richtig angenommen, da die heutigen Strukturen an der ETH (fester Studienplan, grosse Belastung der Studenten, unzählige Leistungskontrollen) eine Bewusstseinsbildung der Studenten erschwert haben.

Die Tatsache, dass die Basis ziemlich unpolitisch war, hat sicher dazu beigetragen, dass der VSETH eine Politik eingeschlagen hat, die eine *aktive Zusammenarbeit der Studenten erforderte.* Das Referendum und die Ausarbeitung der Uebergangsregelung waren – ausser den Happenings, der Unterschriftensammlung und des Tages der Diskussion in den Abteilungen (Nov. 1968) – eine Angelegenheit der Studentenfunktionäre. Ausserdem verlangte der gewählte Weg – »demokratische Weg« – ein Abseitsstehen der Basis. Die Parole lautete: »Keine Demonstration, sonst wird das Volk gegen uns stimmen.«

Das Fiasko dieser Politik dürfte jedem klar sein. Die 150 000 Franken, die man ins Referendum steckte, sind aber doch nicht ganz verloren. Die Studenten haben durch das Referendum neue Kenntnis erworben: Da in er Schweiz die Ideologie der Volksrechte sehr stark ist (»Warum demonstrieren, sie können doch eine Initiative lancieren . . .«), war dieser Prozess des Referendums eine Notwendigkeit für die Studenten. Sie könnten sich nun vom ideologischen Ballast befreien, und sie wären heute in der Lage, eine neue Politik einzuschlagen.

Die »Reformfachidioten«

Einige Leute haben aber den Weg – die Strukturänderung – als Ziel erklärt. Ein bürokratischer Apparat wurde für die Strukturänderungsforderungen eingesetzt. *Dieser Apparat funktioniert weiter, ohne dass man sieht, dass sich einige Dinge geändert haben.* So kommt es zum Beispiel vor, dass der Vorstand des VSETH, nachdem gewisse schlaue Politiker die Frage der Dozentenwahl dramatisiert haben – damit die anderen Forderungen in den Hintergrund treten –, dieses Spiel mitgemacht und versucht hat, noch einen kleinen Kompromiss herauszuschlagen. Die Politik des VSETH wird vom Gegner diktiert, die studentische Autonomie ist verlorengegangen.

So kommt es, dass der VSETH-Vorstand eine neue Politik einschlagen will. Da er eingesehen hat, dass *in den Verhandlungen seine Macht zu klein war,* will er jetzt ein *»Standesdenken der Studenten«* (A. Lenz) entwickeln. Er will die Masse der Studenten aktivieren, um sie als Machtfaktor zu benützen. Er hofft damit, in der Aufteilung des Kuchens zwischen den Interessengruppen einen angemessenen Teil zu bekommen.

Eine solche Verselbständigung der studentischen Politik *muss bekämpft werden.* Es muss auch verhindert werden, dass der Vorstand weiterhin dieses Spiel im Parlament mitmacht. Deshalb drängt sich die folgende Konsequenz auf:

Da der Inhalt der Uebergangsregelung nicht von einigen »uniformierten« Parlamentariern oder von einer unsachlichen Argumentation abhängt, sondern vom Interessengegensatz zwischen den Emanzipationsbestrebungen der Studenten einerseits und den Anforderungen der Industrie und den Privilegien der Reaktion anderseits, unternimmt der VSETH-Vorstand keinen Schritt mehr im Hinblick auf die Beratung der Uebergangsregelung und des neuen Gesetzes.

Konsequenterweise sistiert er auch seine Vertretung in der Expertenkommission.

Die technokratische Offensive an der ETH

Eine Analyse des Schweizerischen Wissenschaftsrates vom November 1967 über den »Ausbau der schweizerischen Hochschulen« ist der erste Versuch, die Entwicklung, die lange Zeit *unkontrolliert* vor sich ging, wieder in den Griff zu bekommen. Sie legte den Grundstein zum Hochschulförderungsgesetz, das mit dem ETH-Gesetz 1968 von den Räten verabschiedet wurde. Sie gab den Anstoss zu einer Reihe von Strukturreformen, wie sie im folgenden am Beispiel der ETH aufgezeigt werden. Die ETH scheint in dieser Beziehung von allen Hochschulen am weitesten fortgeschritten zu sein, die realisierten Strukturen müssen nur noch effizienter ausgestattet werden. Vorerst jedoch eine kurze *Darstellung der Leitideen des Wissenschaftsrates:*

»Ein zielstrebiger Ausbau der schweizerischen Hochschulen setzt eine vorgängige Studienreform voraus. Es sind vor allem zwei Umstände, die an den kantonalen Hochschulen die Effektivität der Ausbildung beeinträchtigen:

a. Die durchschnittliche Studiendauer ist sehr hoch.
b. Die Quote der erfolgreich abgeschlossenen Studien ist zu gering.

Die Intensivierung und Raffung des Studiums sowie die Verbesserung der Erfolgsquote sind Hauptziele einer Studienreform. Der volkswirtschaftliche Nachteil, der in der heutigen übersteigerten Studiendauer und der geringen Erfolgsquote liegt, ist weit grösser als die finanzielle Mehrbelastung, die ein intensiviertes Studium für die Allgemeinheit bewirkt.«

Dabei lässt es der Wissenschaftsrat nicht bewenden. Er liefert gleich das Rezept mit, wie der Investitionsaufwand pro Jahr und Student volkswirtschaftlich vorteilhafter gestaltet werden kann, wo man am besten »intensiviert und rafft«: . . . Neugestaltung des Unterrichts . . . Zahl der Dozenten vermehren . . . Hilfsmittel der Ausbildung verbessern . . . Persönliche Betreuung der Studierenden institutionalisieren . . . und wörtlich: »Eine Intensivierung des Studiums ist wesentlich von einer klareren Gliederung des Ausbildungsgangs abhängig. Das zum Diplom oder Lizentiat führende Grundstudium muss deutlich von der Weiterausbildung geschieden werden. Auch innerhalb des Grundstudiums mag eine Trennung in zwei oder mehrere Ausbildungsstufen naheliegen (. . .) Die daran anschliessende Weiterausbildung wäre nur einem selektiv beschränkten Kreis von Absolventen des Grundstudiums offenzuhalten. In ihr hätte sich vor allem die geistige und wissenschaftliche Formung des kommenden Forschers zu vollziehen. Ferner wäre auf dieser Stufe der Brückenschlag zu anderen Disziplinen (. . .) zu vollziehen.«

»Eine Vergrösserung der Erfolgsquote kann durch zwei Massnahmen erreicht werden: durch eine bessere, vor allem durch eine frühzeitige Eignungsselektion einerseits und durch eine zielbewusstere Anleitung und Betreuung der Studierenden anderseits. Die von massgeblichen schweizerischen Psychologen (Biäsch und Meili) durchgeführten Erhebungen haben gezeigt, dass rund ein Sechstel der schweizerischen Bevölkerung über jene überdurchschnittlichen intellektuellen Fähigkeiten verfügt, die ein akademisches Studium voraussetzt. Die wirkliche Begabtenreserve ist hingegen kleiner als ein Sechstel. Studium und akademischer Beruf setzen auch moralische oder besser: nicht intellektuelle Anforderungen voraus. Es darf angenommen werden, dass der Anteil der an sich befähigten Anwärter auf einen akademischen Beruf nicht wesentlich über einem Achtel der Bevölkerung liegt (. . .), das heisst, dass man in der Ausschöpfung der männlichen Begabtenreserven bis nahe an die Grenzen vorstösst.«

Verzicht auf umfassende Ausbildung zugunsten der Spezialisierung

Angesichts einer zunehmenden Stofffülle in allen Bereichen der Wissenschaft sehen sich die Studenten gezwungen, ihr Studium *zu verlängern oder abzubrechen.* Mit den institutionalisierten achtsemestrigen Studiengängen an der ETH ist eine Verlängerung nicht erwünscht, wie der Abschnitt über »Gliederung der Studien« zeigt. Bei Studienplanreformen wie sie zurzeit im Gange sind, entschliesst man sich deshalb, *auf umfassende Ausbildung zu verzichten und in Zukunft Spezialisten auszubilden.* Dies wird ermöglicht durch die Schaffung einer grossen Anzahl neuer Studiengänge. An der Abteilung VII sind es deren fünf, an der Abteilung II sogar sechs.

Dadurch wird eine *engere Verkoppelung von Berufsbild und Studiengang* erzielt (s. Steinbuch, Programm 2000). Um den Inhalt ihrer Studiengänge festzulegen, wenden sich die Abteilungen an die Praxis. Umfragen bei der Industrie, bei ehemaligen Absolventen und an anderen Orten werden ausgewertet und in neuen Studiengängen kristallisiert, welchen gemeinsam ist, dass der Absolvent der Hochschule nach kurzer Studiendauer in der Wirtschaft sofort verwendbar ist.

»Unsere Vereinigung hat sich stets aktiv mit der Schulung der Verkehrs- und Strassenbaufachleute auf allen Stufen beschäftigt. Im Augenblicke, da die ETH-Z einen neuen Lehrplan einzuführen im Begriffe ist, und da die ETH-L eine weitere Etappe im Ausbau ihres Unterrichts prüft, ist es verständlich und notwendig, dass sich die VSS eingehend mit der Ausbildung des Bauingenieurs in den Bereichen Strassenbau und Verkehrswesen beschäftigt. Der geschäftsleitende Ausschuss der VSS steht in dauerndem Kontakt mit dem Schulrat der technischen Hochschulen und mit den interessierten Professoren. (. . .) Es genügt indessen nicht, lediglich den Wunsch zu äussern, dass die jungen Diplomanden eine stets vertiefte Ausbildung in unseren Fachgebieten bekommen sollen, (. . .) wir müssen im Gegenteil den Professoren unserer Hochschulen konkrete Vorschläge unterbreiten.« (Aus einer Umfrage der Vereinigung schweizerischer Strassenfachleute, 24. 4. 70.)

Eine entsprechende persönliche Befragung, die vom ORL-Institut durchgeführt wurde, zeigt, wie diese konkreten Vorschläge der Praxis etwa aussehen können: In Fächern wie sozialhygienische Fragen im Städtebau, Planungssoziologie, Psychologie etc. sind im Rahmen der Vertiefungsrichtung Planung und Verkehr »gute Kenntnisse« nicht erforderlich. Dagegen werden in den Fächern Realisierungsplan, Zweckmässigkeitsprüfung, Kostenertragsrechnung usw. »gute Kenntnisse« gewünscht.

Ein grosses Angebot an hochspeziellen Wahlfächern gibt dem Studenten noch die *Illusion, seine Ausbildung frei wählend vervollständigen zu können.* Weiter wird dem Studenten die Spezialisierung mit dem Vorwand schmackhaft gemacht, er werde dadurch *entlastet.* Dass dies ein Vorwand ist, zeigt die Reform an der Abteilung VII, wo zwar auf dem Papier einige Stunden abgestrichen wurden, die gewonnene Zeit jedoch zur Vorbereitung der Semesternotenprüfung verwendet werden muss. Die aktuelle Entwicklung in Richtung Spezialisierung entlarvt auch die im Zyklus »Bildungsanforderungen in der industriellen Welt« entworfenen Thesen von der umfassenden Ausbildung der Ingenieure als hohle Phrasen. Wären dies keine Phrasen, so würden jene Kreise bestimmt Mittel und Wege finden, ihre schönen Ideen in die Realität umzusetzen.

So formuliert Hans C. Bechtler in seinen »Gedanken über die Ausbildung des Ingenieurs zur Führerpersönlichkeit«, dass sich »der Normalstudienplan auf die *gründliche Pflege solider wissenschaftlicher Grundlagen konzentrieren«* soll, dass die »Industrie es als eine ihrer Aufgaben betrachten muss, die Hochschulabsolventen in den sie interessierenden Spezialfächern auszubilden« und dass solche Fächer, die man als »allgemeinbildend« bezeichnet, »intensiv zu pflegen« seien. In der Wegleitung zum neuen Studienplan der Abteilung II steht schlicht: »Das Studium bis zum Diplom umfasst acht Semester. Es ist unterteilt in zwei Abschnitte, das Grundstudium und das Vertiefungsstudium . . . für das Vertiefungsstudium sind folgende sechs Vertiefungsrichtungen (=Spezialstudien) vorgesehen . . .«

Und als einleitende Bemerkung zum Studienplan der Abteilung VII: »Als vermutlich beste Lösung ergab sich bald das Projekt, den Studiengang in den höheren Semestern in *Fachrichtungen aufzugliedern* (. . .). Ein solches Studienschema (. . .) ermöglichte eine Neuordnung des Studienganges ohne zeitliche Verlängerung.«

Die Verdrehung der Wirklichkeit, wie sie Herr Bechtler betreibt, wird in ihrer ganzen Verlogenheit offenbar, wenn man weiter unten zu hören bekommt, was für »konkrete Resultate« er sich aus seinen Vorschlägen erhofft: »*Einmal einen besseren Wirkungsgrad in der Nutzung der Arbeit des Ingenieurs.*«

Die Trennung Grundstudium – Aufbaustudium – ND-Studium

Es ist nicht »effizient«, der grossen Masse von akademischen Arbeitern eine breitere Ausbildung zu geben. Einer Auswahl von »Fähigen« wird deshalb ein Nachdiplomstudium ermöglicht; die einen werden *noch stärkerer* Spezialisierung unterzogen und finden in der Forschung Verwendung. Andere erhalten das *Rüstzeug für Führungsaufgaben* in Fächern wie »technische Betriebswissenschaften«, die sorgfältig von ihrem gesellschaftlich-politischen Inhalt gereinigt sind (s. Ein Modellfall der Soziologie).

Zulassungskriterien sind nicht die Studienleistungen, sondern vor allem *nichtintellektuelle Eigenschaften, die durch Beibringung von Empfehlungsschreiben nachgewiesen werden müssen* (Schulratssitzung vom 3. Oktober 1969). Der Schulrat erkennt klar, dass für die Zulassung zum Nachdiplomstudium ein *Numerus clausus* eingeführt werden muss; und er fordert, dass diese *Zulassungsbedingungen sofort* und nicht erst unter dem Druck des Raummangels aufgestellt werden.

Die Trennung des Studiums in Diplom- und Nachdiplomstufe entspricht genau den Forderungen der Wirtschaft auf der Schwelle zur sogenannten »zweiten technischen Revolution«. Die rigorose Selektion ist eine *Garantie für die Zuverlässigkeit des ausgebildeten Kaders.* Die in unserem Klassenbildungswesen ohnehin bestehende Selektion nach sozialer Herkunft – der Wissenschaftsrat spricht, wie eingangs erwähnt, von einem Achtel der Bevölkerung, der intellektuell und charakterlich in der Lage sei, ein Studium an der (bürgerlichen) Hochschule zu absolvieren – wird für das ND-Studium nochmals verschärft. Hier sollen nur Leute zugelassen werden, die sich den Interessen der herrschenden Klasse verpflichtet fühlen oder sie aus individuellem Opportunismus akzeptieren.

Die Verschärfung der Prüfungen und Kontrollen

In einer Studienreform, die die Intensivierung und Raffung des Studiums sowie die Verbesserung der Erfolgsquote zum Hauptziel erklärt, haben *Prüfungen und Kontrollen* eine zentrale Bedeutung.

Durch die durch Prüfungen erzwungene *Konzentration auf wohlausgewählte Fächergruppen* wird ein Abweichen von den offiziellen Studienplänen verhindert. Daneben ermöglichen Prüfungen eine frühzeitige »Elimination von Versagern« (Wissenschaftsrat) und erhöhen die Durchlaufquote. Ständiger, starker Prüfungsdruck *verhindert kritisches Denken und fördert Charaktere, die sich bedingungslos anpassen können.* Prüfungen verunmöglichen Emanzipation und gesellschaftlich relevantes Handeln. Durch Prüfungen werden beruflich-gesellschaftliche Statusmerkmale erteilt. Diese dienen der Aufrechterhaltung des Mythos von der *universitären Elite.* Zweck dieses Mythos ist die Verhinderung der Einsicht in die Klassensituation des Akademikers. *Er soll nicht erkennen, dass seine Stellung im Produktionsprozess immer mehr derjenigen der proletarischen Klasse entspricht.*

Im Unterschied zur Universität ist an der ETH das Prüfungswesen schon stark ausgebaut und entspricht ziemlich den Intentionen des Wissenschaftsrates. Die »Ständige Kommission der ETH« bekennt sich zwar in ihren »Ueberlegungen zur kurzfristigen Verbesserung des heutigen Prüfungssystems an der ETH-Z« zur Einsicht, dass

– »ein Prüfungssystem stets im Zusammenhang mit dem Unterricht betrachtet werden muss, in den es eingebaut ist«,
– »das Prüfungsproblem im Zusammenhang mit der Frage der zukünftigen Studiengestaltung erneut aufzugreifen und unter Umständen ganz neuen Lösungen entgegenzuführen ist«,
– »hier dann auch zu untersuchen sein wird, in welchem Ausmass Prüfungen überhaupt notwendig sind und wodurch sie sich motivieren lassen.«

Trotz diesen Einsichten vermeidet es die Ständige Kommission der Dozenten, konkrete, einschneidende Aenderungen vorzuschlagen: »Die kritische Untersuchung der heute praktizierten Prüfungen zeigt, dass gewisse Mängel sich sehr wohl beheben lassen, ohne dass das gesamte Unterrichtssystem geändert werden muss.« Für die Ständige Kommission wird es im besten Fall bei der Behebung dieser kleinen Mängel bleiben. Die gegenwärtigen Bestrebungen an den Abteilungen sowie die Diskussion am Prüfungsseminar im WS 1969/70 sowie Aeusserungen des Schulrats zeigen eindeutig, in welcher Richtung die Entwicklung verläuft: »Eine Bewertung der Leistung der Kandidaten wurde allgemein als notwendig erachtet. Dabei sollen sowohl schriftliche Arbeiten als auch eigentliche Prüfungsleistungen bewertet werden. Bewertet werden soll *jede vom Kandidaten besuchte Lehrveranstaltung.«* (Schulratssitzung vom 3. 10. 69, Trakt. 2.36 Nachdiplomstudium und Weiterbildung, Bericht über die Arbeit des beratenden Ausschusses.) »Rund 70% der Studierenden sind an Vorlesungen und Uebungen sehr interessiert. Leider fehlen aber bei etwa 30% die nötigen Grundlagen bzw. das Interesse, und das zeigt sich dann auch regelmässig in den Vordiplomprüfungen. Es wäre dringend zu wünschen, dass die Prüfungsordnung im Sinne einer früheren Elimination der Versager geändert würde. Die Ergebnisse der Uebungen sind dann befriedigend, wenn von unserer Seite die nötigen Ansprüche gestellt werden und wenn es uns gelingt, diesen Ansprüchen Nachachtung zu verschaffen. Leider ist das zur Zeit besonders schwierig, da vielfach die Ansicht vorherrscht, seriöse Arbeit lasse sich durch Diskussion ersetzen.« Prof. Dr. H. Ziegler vom Lehrstuhl für Mechanik in Beantwortung der Umfrage der Ständigen Studienplankommission 12. 2. 1970.) (Aus der Broschüre »Leitbild einer Hochschulreform«, W. A. Hoellinger, Bildungsexperte im Nestlé-Konzern, u. a.) »Sporadische Prüfungen sind durch eine laufende, ununterbrochene Leistungsbewertung zu ersetzen.« (These 9)

In diesen Aeusserungen offenbart sich das tatsächliche Programm, das heute im Zeichen und unter dem Vor-

WURZEL
bei der
Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST
FÜR DAS
WISSENSCHAFTLICHE
BUCH

wand der Experimentierphase pragmatisch an den einzelnen Abteilungen verwirklicht wird: *die Einführung einer begleitenden Leistungskontrolle mit Rechtsfolgen.* So werden an der Abteilung II Uebungen, die bisher frei innerhalb gesetzter Termine bearbeitet werden konnten, neuerdings in halbtägiger Klausur unter Aufsicht des Assistenten gelöst und anschliessend bewertet.

An der Abteilung VII wurden Semesternoten eingeführt, die für das Vordiplom zählen, was zur Folge hat, dass ungefähr jede Woche eine Klausur stattfindet. Die Semesternoten ersetzen die Vordiplomprüfung im entsprechenden Fach. Da dies eine Erleichterung für den Studenten bedeute, wurde je ein weiteres Fach ins VD-Programm aufgenommen.

An der gleichen Abteilung werden in einem Fach neuerdings Uebungsnoten gegeben und den Studenten mit der Begründung, man wolle damit nur die VD-Note verbessern, schmackhaft gemacht.

Andere Abteilungen führen Zwischenprüfungen ausserhalb des Vordiploms ein oder geben nach dem Vordiplom der Abt. I Semesternoten, die für die Berechnung der VD-Noten mitgezählt werden.

Diese kleine Auswahl von Beispielen mag genügen. Die oben zitierte Einsicht der Ständigen Kommission in die Problematik der Prüfungen zeugt entweder von der grossen Naivität derer, die jenes Papier verfasst haben, oder es handelt sich um den bewussten Versuch, durch einige guttönende Phrasen die tatsächlichen Bestrebungen zu verschleiern.

Widerstand organisieren!

Wir haben versucht, anhand von drei Themenkreisen von *Widerspruch zwischen offiziellen Verlautbarungen und den tatsächlich durchgeführten »Reformen«* aufzuzeigen. Die technokratische Studienreform, wie sie der Wissenschaftsrat ausführlich darlegt, ist an den Abteilungen in vollem Gang. Diese Themen müssen dringend ausgearbeitet und durch andere Untersuchungen ergänzt werden, zum Beispiel: »Die Ideologie der Einheit von Forschung und Lehre«, »Einführung neuer Lehr- und Lernmethoden, Medieneinsatz, programmiertes Lernen«, die »Stärkung zentraler Verwaltungsorgane als organisatorische Folge technokratischer Hochschulreform« etc. Diese Analysen sollen der Studentenschaft ermöglichen, Schriften wie jene – eingangs zitierte – des Wissenschaftsrates und aktuelle Bestrebungen an den Abteilungen und in der Hochschule in ihrer vollen Tragweite zu erkennen. Sie sollen auch deutlich machen, dass das Engagement der Studenten in der Strukturreformdiskussion völlig verfehlt ist, und zeigen, dass es deren Funktion ist, die Studenten von ihren wirklichen Problemen abzulenken und im bürokratischen Leerlauf zu verheizen. Erinnern wir uns hier der Postulate, die während des Referendums erarbeitet wurden, und vergegenwärtigen wir uns die Kluft zwischen dem, was an der ETH mit Unterstützung der Funktionäre heute geschieht und den Zeilen und Bedürfnissen der Studenten. Der Widerstand gegen die technokratische Offensive muss sich heute an der Basis, am Arbeitsplatz, organisieren. Es ist Aufgabe des VSETH-Vorstandes, diesen Widerstand mit allen Mitteln zu unterstützen.

Ueber die Situation der Studenten an der ETH

Die Situation des Studenten ist gekennzeichnet durch einige Widersprüche, die wir hier kurz aufzeigen werden:

1. Es besteht ein *Widerspruch zwischen der »akademischen Freiheit« und der Realität.* Der Student ist den zwei mächtigsten Repressionsapparaten der Gesellschaft ausgeliefert, nämlich dem Staat und der Familie. Der Student glaubt, er sei frei und unabhängig; er ist aber vollständig *abhängig von der Familie* (Finanzen) *und vom Staat* (Stipendien, Darlehen, Prüfungen). Dadurch wird dem Studenten die Rolle des Erwachsenen abgesprochen.

2. Es besteht ein *Widerspruch zwischen der Ablehnung der Autorität und der Unterwerfung.* Der Student schimpft gegen Vorschriften, deren Sinn er nicht versteht. Er ist aber z. B. glücklich, dass er eine Uebung richtig gemacht hat, dass er die Prüfung mit 5,5 und nicht mit 4,5 bestanden hat usw. Wenn er einen Praktikumsbericht abgibt, macht er alles, um den Assistenten zu befriedigen.

Dieses Verhalten ist verständlich. Denn in unserem gesamten Bildungswesen gilt das Prinzip: Gut gearbeitet hat, wer gelernt hat, was Autorität (Lehrer) für gut und richtig findet.

3. In unserem Bildungswesen existiert eine beschränkte Anzahl genau *vorgeschriebener Bildungswege.* Die Entscheidungen für den einen oder anderen Weg (Gymnasium, Oberrealschule, Berufsschule) hängt darum nur in sehr geringem Mass von Bedürfnissen ab, die aufgrund einer »Selbstanalyse« erkannt wurden. Sie ist vielmehr bedingt durch eine *systembedingte Zwangsmotivation.*

Einen der aus diesem Zustand resultierenden Widersprüche zitieren wir aus der Freiburger Studentenzeitung Nov. 68: »Studenten sind schizophren. Was sie innerhalb ihres Studiums hören oder tun, ist nicht das gleiche wie das, was sie ausserhalb des Studiums machen. Sie studieren ein ‚intellektuell', d. h. für ihre jeweiligen persönlichen intellektuellen Bedürfnisse, unbefriedigendes Fachstudium. Diese Bedürfnisse müssen deshalb in einer ‚davon getrennten' Freizeit befriedigt werden, d. h. der Student ist im Interesse der eigenen Selbsterhaltung gezwungen, ständig zwei Rollen zu spielen. Solange er sich im Rahmen der Universität bewegt, mimt er den eifrig interessierten Fachstudenten. (Wäre es nicht vielleicht angebracht, die Problematik noch etwas stärker, sozusagen reliefartig, herauszuarbeiten?) Ausserhalb der Universität aber tritt er als der forsche junge Mann auf, der sich ein paar lustige Semester macht und nur tut, was er unbedingt tun muss. (‚Für diese Semester habe ich meine Testate, jetzt kümmere ich mich einen Dreck um diesen Scheisskram(') Innerhalb eines Studiums findet er nichts, was ihm Spass macht, darum muss er abends in die Beiz und ‚einen drauf machen'. Er verrichtet seine Arbeit lustlos und unter Zwang und sucht sich danach, ebenso gezwungen, das versagte Vergnügen. Wenn dann jemand wie eben diese Linken auch im Bereich der ‚Freizeit' in einer Fachsprache daherredet, reagiert er sauer. Wer gegen eingeübte Rollenzwänge verstösst, spürt zuerst die Aggression derjenigen, welche diesen Zwängen ausgeliefert sind.«

4. Der Student wird im Glauben gehalten, *künftige Elite* zu sein, und wähnt sich deshalb in einer *privilegierten Stellung.*

a. Es besteht ein *Widerspruch zwischen diesem Privilegierungsaberglauben und der ökonomischen Situation des Studenten.* 90% der Studenten verdienen weniger als ein Hilfsarbeiter. Dieser Konsumverzicht in der »Konsumgesellschaft« wird von den meisten Studenten wegen ihrer Ideologisierung und Entfremdung nicht einmal bemerkt. Manche sind sogar stolz darauf und bauen sich eine adäquate Ideologie auf (Bohème, Durststrecke). Diese ökonomische Situation während des Studiums gibt später die Berechtigung, mit »gutem Gewissen« eine Ausbeuterstellung einzunehmen. (Der Sadist ist zugleich Masochist.)

b. Es besteht ein *Widerspruch zwischen diesem Privilegierungsaberglauben und dem tatsächlichen künftigen Beruf.* Auch hier lebt der Student in einer irrealen Welt, weil er die Realität nicht akzeptieren will. Er glaubt, zu den 2% zu gehören, die tatsächlich später in der Hierarchie steigen können. Von der *Existenz eines Akademikerproletariats* will er nichts wissen.

5. Es besteht ein *Widerspruch im Bestreben, gemeinsame Probleme individuell lösen* zu wollen. Der kleinbürgerliche Student mit seinem Individual- und Erfolgsdenken wird immer versuchen, für sich allein eine Lösung zu finden. Dies beginnt im Semester, wo die Leistungskontrolle und -ideologie die Probleme individualisiert *(ich* kann es schaffen), und endet mit dem »Standesdenken« der Studenten (d. h. partikuläre Lösung für Studentenprobleme).

6. Es besteht ein *Widerspruch zwischen den kreativen Möglichkeiten im Fachbereich und der Verwertung der Kenntnisse durch die Industrie.* Dies zeigt sich deutlich am Beispiel des Architekten, der jahrelang studiert, wie man eine Stadt planen kann, wie man Wohnstätten bauen könnte, und der später in einem Architekturbüro Schlafkasernen bauen muss.

Die Vorlesungen, die den Interessen der Studenten nicht entsprechen, wohl aber denjenigen der Industrie, müssen durch Zwangsmittel (Klausuren, Prüfungen) den Studenten aufgezwungen werden. Die persönliche Motivation für das Studium wird allmählich abgebaut und durch eigentliche Repression ersetzt.

Es wird nicht gelingen, diese Widersprüche den Basisstudenten in einer zum Teil abstrakt gehaltenen Analyse, wie das hier gemacht wurde, zu zeigen. Nun anhand von praktischer Arbeit und Diskussionen im Semester wird sich der Student einiger dieser Widersprüche bewusst werden.

Eine Alternativpolitik

Wir haben gesehen, dass der VSETH-Vorstand nicht in der Lage war, eine befriedigende Analyse der Debatte im Nationalrat zu geben. Er war auch nicht in der Lage, die Situation an der ETH zu verstehen. Somit hat er uns nichtssagende Arbeitsgrundlagen vorgeschlagen.

Die Ursache dieses Versagens des Vorstandes kann in der persönlichen Zusammensetzung gesucht werden. Dies führt aber sofort zur Zusammensetzung des DC, und dort erkennt man, dass das Problem ein Strukturproblem ist.

Der Grundwiderspruch besteht darin, dass die richtige Antwort auf die technokratische Offensive nur eine politische sein kann und dass der VSETH nicht in der Lage ist, diese Antwort zu geben. Er kann dies nicht, weil der Wahlmodus der Delegierten die »schweigende Mehrheit« *im Moment* begünstigt. Als »offizieller demokratischer« Vertreter einer unpolitischen Basis kann der VSETH nicht politisch handeln (siehe auch Beispiel der Uni). Wir möchten betonen, dass es sich hier um eine momentane Unfähigkeit handelt. Es ist durchaus möglich, dass der VSETH dann, wenn die Studenten weniger »apolitisch« sind, wieder eine Rolle spielen kann. Wären aber in der heutigen Phase die aktiven Studenten in der Legislative besser vertreten, so würde damit *nichts* an der bestehenden Situation geändert. Das Beispiel der Universität (politisches Mandat) hat die Grenzen einer Politik »von oben« klar gezeigt. *Die offizielle Studentenschaft ist strukturell nicht in der Lage, das Bewusstsein des mythischen »Basisstudenten« zu verändern.*

Es würde auch sicher nicht genügen, die politische Aktivität auf Abteilungsebene zu verlegen. Die Fachvereine sind im allgemeinen ebensowenig in der Lage wie der VSETH-Vorstand, eine richtige Antwort auf die technokratische Offensive zu geben. (Siehe dazu den Bericht der Fachvereine der Abt. VII, der die Einführung der Zwischenprüfungen unterstützt hat.)

Richtlinien für den Vorstand

Die Tatsache aber, dass der Vorstand ein »politischer Eunuch« ist, ist nicht so gravierend. Sowohl aus dem 2. Teil der »Grundlagen für die Arbeit des Vorstandes« wie aus der effektiven Tätigkeit des Vorstandes sieht man, dass der Vorstand in erster Linie *bürokratische Arbeit* zu erledigen hat. Für die Probleme wie z. B. Krankenkasse, kulturelle Veranstaltungen, Mensapreise usw. kann irgendein Funktionär eine richtige Lösung finden. Und tatsächlich sind höchstens 5% der Arbeit des Vorstandes politisch relevant.

Im ersten Teil haben wir die Haltung des Vorstandes in bezug auf das Parlament behandelt. Es bleiben also noch zwei Tätigkeitsfelder des Vorstandes zu analysieren: *Die gemischte Kommission und die Vertretung im Schulrat.*

Da die *gemischte Kommission* – die die Vorbereitung für die im Gesetz vorgesehene Reformkonferenz begonnen hat – und auch die spätere Reformkonferenz nach Gesetz keine Kompetenzen haben, werden diese zwangsläufig zu einem *Diskussionsklub degenerieren,* wo man das berühmte »Gespräch« durchexerzieren wird.

Neue Organisationsform und neue Politik

Die Politik, die von diesen Semestergruppen verfolgt wird, kann in zwei Teile zerlegt werden.

a. Das Bewusstsein kann man definieren als die *Einsicht in den Widerspruch zwischen dem, was objektiv möglich ist, und der Wirklichkeit.* Es scheint sich eine neue politische Linie abzuzeichnen, die die heutigen Strukturen als Ausgangspunkt benützt, *ohne sie zu ändern,* und die als Resultat objektive Möglichkeiten zeigt: also eine *Bewusstwerdung der Entfremdung* der Studenten. Dies bedingt natürlich, dass sich erstens der Student seiner eigenen Situation bewusst wird, zweitens, dass ihm eine Alternative geboten wird, die er als wünschenswert erachten kann.

Diese Bedingungen können dank der Experimentierphase leicht realisiert werden. Indem in den Semestern oder Abteilungen (wo der Widerstand der Dozenten am kleinsten ist) Modellfälle geschaffen werden, welche die Möglichkeit einer Aenderung glaubhaft machen können.

Diese Negation des Status quo ermöglicht eine Reflexion über den Status quo sowie die Einsicht über das Vorhandensein von Alternativen.

b. Das zweite Moment dieser Politik ist der *Widerstand gegen die technokratische Offensive.* Jeglicher Schritt in Richtung Funktionalisierung muss als Anlass für Diskussionen und Aktionen in den Semestern genommen werden. Die Bereitschaft der Studenten, diese Probleme zu diskutieren, ist eindeutig. Es wird einfach sein, die *politischen Implikationen* solcher Schritte klarzumachen. Diese Politik läuft unter der Parole »Widerstand« und nicht »Kampf« gegen die technokratische Offensive. Es ist, wie im ersten Abschnitt gezeigt, prinzipiell hoffnungslos, gegen die Notwendigkeit der Reorganisation des ETH-Betriebs im Sinne der neuen Bedürfnisse der Industrie etwas unternehmen zu wollen.

Gegen die »Reformfachidioten«

Genug mit der Vogel-Strauss-Politik! Während der Vorstand in einem dreitägigen Seminar über Abschaffung der Zwänge, der Prüfungen und über die Autonomie der ETH plaudert, werden in den Abteilungen neue Zwischenprüfungen eingeführt.

Genug mit den Reformfachidioten! Die Leute, die in »Expertenkommissionen«, »Gemischten Kommissionen« und dergleichen sitzen, können die Interessen der Studenten *nicht* vertreten. Die hoffnungslosen Weltverbesserer sehen nicht einmal ein, dass die Reformen, die sie anregen wollen, entweder belanglos sind und deshalb akzeptiert werden oder im Widerspruch zu den Interessen der Herrschenden stehen und deshalb abgelehnt werden. Diese Studenten-»Vertreter« sehen auch nicht ein, dass sie einfach als *Alibi für die Mitarbeit der Studenten dienen.*

Prinzipiell sollen die Studenten in allen Kommissionen, Abteilungskonferenzen usw. keine Mitsprache oder Mitbestimmung haben – geschweige denn verlangen. Um die Informationen zu bekommen, wird einfach ein *Beobachter* in diese Gremien gesandt. (In einer Abteilung hat die Abteilungskonferenz den Beobachterstatus für den Studentenvertreter verweigert; sie möchte Mitarbeiter. Der »Quisling« wird gesucht . . .)

Zum Schluss werden noch kurz die im Text aufgestellten Forderungen zusammengefasst:

1. Der VSETH-Vorstand distanziert sich von jedem Schritt in bezug auf die Beratung des ETH-Gesetzes im Parlament.
2. Der VSETH sistiert seine Vertretung in der Expertenkommission.
3. Vor jeder Schulratssitzung veröffentlicht der Vorstand die Traktandenliste im WOKA und organisiert eine Diskussion über die Traktandenliste, nachdem die Studenten in der Vororientierung die nötigen Unterlagen geholt haben. Dazu muss diese Vororientierung öffentlich sein, und der Vorstand wird beauftragt, dies mit allen Mitteln durchzuführen.
4. Um die Transparenz auch in den Abteilungen zu erreichen, werden die Traktanden der Abteilungskonferenz veröffentlicht und in den Abteilungen diskutiert. In den Abteilungskonferenzen werden die Studentenvertreter nur dann teilnehmen, wenn sie einen konkreten Auftrag von der Basis haben.
5. Die aktiven Studenten, die bereit sind, Widerstand gegen die technokratische Offensive zu leisten, sollen sich in den Semestern organisieren. Die Parole ist: *»Kampf gegen Reformfachidioten! Widerstand gegen technokratische Offensive!«*

Der DC sollte deshalb seine Vertreter aus diesem Gremium zurückziehen.

Für die *Vertretung im Schulrat* schlagen wir folgendes vor: Da der VSETH die Traktandenliste der Sitzungen des Schulrates jeweils 14 Tage vor den Sitzungen bekommt, wird er sie vor jeder Sitzung allen DC-Mitgliedern und allen Fachschriften zukommen lassen mit einer Einladung für eine Besprechung dieser Traktanden. Somit werden nur die Interessierten oder Betroffenen an der Vorbereitung mitmachen. Darüber hinaus wird der Vorstand verpflichtet, alles zu unternehmen, um die technokratische Offensive zu entlarven und dagegen Widerstand zu leisten.

Bis jetzt wurde die Alternativpolitik *negativ* definiert. Einerseits weil wir dem Vorstand sagten, was er ausserhalb der ETH unternehmen resp. nicht unternehmen muss, und anderseits, weil festgestellt wurde, dass der VSETH-Vorstand nicht in der Lage war, die Arbeit an der Basis zu erfüllen.

Die Alternativpolitik muss von einer anderen Organisationsform getragen werden: *Die aktiven Studenten, die bereit sind, gegen die technokratische Offensive etwas zu unternehmen, sollen sich in den Semestern gruppieren.* Diese Gruppierung hat keinen Anspruch darauf, irgendwie repräsentativ zu sein. Anhand von syndikalistischen Ansätzen wird sie versuchen, eine politische Artikulation der Probleme zu geben. Aus dem, was im Abschnitt über die Situation der Studenten gesagt worden ist, geht hervor, dass die Politik an den Fachproblemen des einzelnen Studenten (und nicht an den Problemen aller Studenten) ansetzen muss, um diesen Fragen eine politische Dimension zu geben.

Die Alternative zu den Studentenparlamenten: die Semestergruppen.

FIDES

Informatiker(innen)

Ausbildungsgang für Systemanalyse und Datenverarbeitung

Unsere Firma ist führend auf allen Beratungsgebieten und verfügt über eine der leistungsfähigsten elektronischen Rechenanlagen der Schweiz. Wir vermitteln Ihnen in einem systematischen Lehrgang die Kenntnisse, die für einen Fachmann in elektronischer Datenverarbeitung unentbehrlich sind, damit Sie später in der FIDES als Fachspezialist tätig sein können.

Lehrziel: Gründliche Ausbildung in wissenschaftlicher und kaufmännischer elektronischer Datenverarbeitung, Betriebswirtschaft, Mathematik und Anwendung dieser Gebiete bei der praktischen Bearbeitung von Datenverarbeitungsproblemen.

Dauer: Beginn: 19. Oktober 1970. Ende 30. April 1973.

Ort: FIDES Zürich, Gotthardstrasse 35

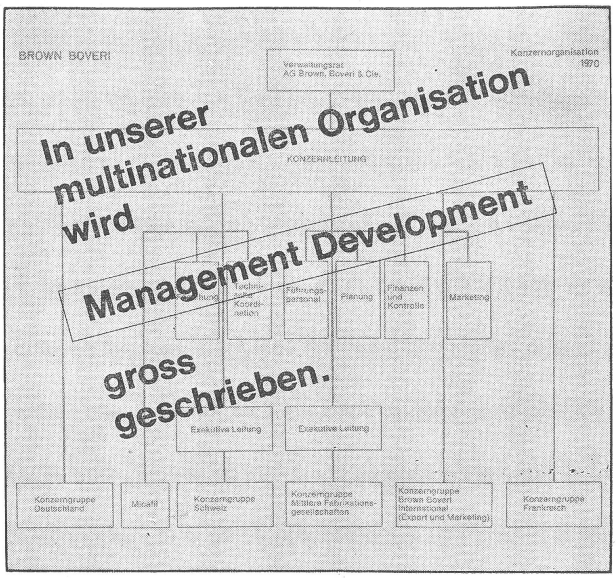
Leitung: Für die fachgerechte Ausbildung ist die FIDES Treuhand-Vereinigung, Abt. Systemberatung, verantwortlich.

Bedingungen: Der Lehrgang ist für die Teilnehmer kostenlos, zudem wird während des Lehrganges ein Praktikantensalär ausbezahlt. Wir besitzen ein Personalrestaurant.

Voraussetzung: Abgeschlossene Mittelschulausbildung oder gleichwertige Kenntnisse.

Nähere Auskünfte und Bewerbung: Es ist eine umfassende Dokumentation vorbereitet worden. Wünschen Sie diese Unterlagen und Bewerbungsformulare, wenden Sie sich bitte unverbindlich an die FIDES Treuhand-Vereinigung, Abt. Systemberatung, Tel. (051) 25 78 40, intern 530, Fr. Gygax.

Da Teilnehmerzahl beschränkt ist, ist frühzeitige Anmeldung von Vorteil.



BROWN BOVERI

Kontaktstelle: Direktor Dr. G. Bütikofer
Chef des Konzernstabes für Führungspersonal
Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie.
5401 Baden/Schweiz

Neue Zürcher Zeitung

Jetzt zweimal täglich

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 14 Tagen oder mit einem bis zu 30% verbilligten Studentenabonnement:
für 3 Monate Fr. 15.50 (statt Fr. 17.25)
für 6 Monate Fr. 26.40 (statt Fr. 33.—)
für 1 Jahr Fr. 43.50 (statt Fr. 62.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z. St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 14 Tagen.

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15 50
für 6 Monate zu Fr. 26.40
für 1 Jahr zu Fr. 43.40

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Ort/Postleitzahl: _____

Hochschule: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Bedenkliches oder Bedenkenswertes deutscher Kommunikationswissenschaftler?

Nieder mit der »publizistischen Ideologie«

»Je kapitalistischer, desto besser« – diese polemische Faustregel, angewandt auf die Presseverleger, mag schockieren. »Der missachtete Leser«, dieser Vorwurf an die Adresse der Journalisten, ist unmissverständlich, und die Behauptung: »Die Pressekonzentration ist ein natürlicher Gesundschrumpfungsprozess«, ist eine These, die aufmerken lässt. Doch sind sie letztlich nichts anderes als Konsequenzen einer ganz bestimmten kommunikationspolitischen Perspektive.

In schweizerischen Landen atmete man auf, als der Bericht der Kartellkommission über die Pressekonzentration die Situation der schweizerischen Presselandschaft als noch nicht so furchterregend und bedenklich darstellte, wie man das oft genug vorher behauptet hatte. Leider – möchte man da sagen; denn so konnten grundsätzliche Ueberlegungen zur Kommunikationspolitik noch einmal auf die lange Bank geschoben werden. In all den Kommentaren und Analysen zu diesem Bericht fand man eigentlich nirgends die »Gretchenfrage«, die in diesem Zusammenhang zu stellen gewesen wäre: Besteht eigentlich eine signifikante Beziehung zwischen wirtschaftlicher Konzentration und Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit? Mit der Beantwortung dieser Frage steht und fällt die Zuständigkeit der vom Bundesat beauftragten Kartellkommission, die wirtschaftliche Situation und die damit verbundene mögliche Gefährdung des schweizerischen Pressewesens zu untersuchen. Dass man von dieser Voraussetzung ausging, steht ausser jedem Zweifel.

Der Popanz der Pressekonzentration

Doch gerade diesen Schluss bezeichnete der kürzlich als *Gast des Journalistischen Seminars in Zürich* weilende *Münchner Kommunikationswissenschaftler Hans Wagner* schlechterdings als Popanz. Ganz im Gegenteil: je grösser das Presseunternehmen, desto stärker wird der Zwang privatwirtschaftlicher Orientierung. Dieses Regulativ ist von entscheidender kommunikativer Tragweite und bedeutet, dass der Verleger und der Reaktionsstab sich vermehrt auf die Bedürfnisse der Leser einstellen müssen. Diese als »Anpassungsjournalismus« verpönte Einstellung auf den Leser ermögliche jedoch das, was man das »Gespräch der Gesellschaft« nennt; dies ist der zentrale Gedanke der Münchner sozialen Kommunikationswissenschaft.

Journalist als Vermittler

Genau hier setzen die Kritik und die Generaloffensive auf die »publizistische Ideologie« ein. Für das Funktionieren des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses in einer Demokratie ist Voraussetzung, dass die Presse nicht das Forum bestimmter Meinungen von Journalisten und Kommentatoren ist, sondern ein Medium darstellen sollte, in dem allen in der Gesellschaft relevanten Meinungen der Weg zur Publikation offensteht. Es geht nicht an, so meinen Peter Glotz und Wolfgang R. Langenbucher, ebenfalls zwei Kommunikationswissenschaftler der Münchner Schule, dass eine Hundertschaft Journalisten und eine Handvoll Verleger den Meinungsaustausch der Gesellschaft kontrollieren und noch durch Redaktionsstatute sanktionieren lassen. Der Journalist muss nichts anderes als ein »Kommunikationsingenieur« sein, oder wie es die Kommunikationswissenschaftler formulieren: »Notwendig wäre eine Umorientierung des journalistischen Ethos vom Ideal des »Erziehers« und »Führers« auf das des Gesprächsanwalts, des Vermittlers.« »... zuerst Gesprächsleiter und Moderatoren und dann erst gleichberechtigte Mitsprecher im demokratischen Meinungsbildungsprozess«, heisst es an anderer Stelle.

Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung

Mit gleicher Schärfe wird auch gegen die berühmte und wohl am weitesten verbreitete Vielfaltsthese vorgegangen, die als Hauptargument gegen die Pressekonzentration ins Feld geführt wird. Diese besagt kurz zusammengefasst, dass die Informations- und Meinungsfreiheit des Bürgers nur durch eine »vielfältige Zeitungslandschaft« gesichert werden könne. Je mehr Zeitungen es gebe, desto leichter könnten die verschiedenen Meinungen, die in der Gesellschaft zur Artikulation drängen, zu Wort kommen. Deshalb sei es notwendig, die Konzentration der Presse aufzuhalten und die kleinen und mittleren Zeitungen gegen die machtlüsternen Grosskonzerne zu erhalten.

Die Rezipientenforschung hat aber festgestellt, dass in der Regel 80% der Abonnements-Zeitungsleser nur eine Zeitung lesen, d. h. also, dass die Lektüre von zwei regionalen oder lokalen Tageszeitungen sehr selten ist. Schlicht und einfach ausgedrückt: Jede Zeitung hat für ihren Leser in gewissem Sinn ein Monopol inne. Die verfochtene Vielfalt der Presse ist für diesen Leser also gänzlich irrelevant, sie nützt ihm nichts, da er es sich weder zeitlich noch finanziell leisten kann, mehr als eine Zeitung zu lesen. Deshalb das Postulat: Nicht die Vielfalt der Zeitungen sei sicherzustellen, sondern die Vielfalt *in* der Zeitung. Weil diese Forderung noch weitgehend unverwirklicht sei, bestehe eine Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung.

The kernel of truth

Diese Thesen, so angriffig sie auch sein mögen, bedenkenswert und fragwürdig bleiben sie doch. Zugegeben: in jedem Land sieht sich die Presselandschaft anders an, es sind andere Faktoren und Interdependenzen im Spiel, auch die historische Dimension dieses Mediums ist national unterschiedlich. Doch eines steht fest: Wir können nicht mit kommunikationspolitischen Ueberlegungen warten, bis wir vor unliebsame Fakten gestellt werden, die möglicherweise vermeidbar gewesen wären. Kommunikationspolitik darf nicht einfach von Fall zu Fall quasi aus dem Hemdsärmel geschüttelt werden. Sie darf auch nicht auf Ueberlegungen beruhen, gegenwärtige und vergangene Zustände in der Kommunikationslandschaft zu sanktionieren. Kommunikationspolitik ist und bleibt ein Gebot für die Politiker wie für die Wissenschaft. Ohne die Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Kommunikationsforschung bleiben kommunikationspolitische Konzepte ohne die notwendige, für die Zukunft unerlässliche Tragweite.

Zukunft der Zeitung

Denn gerade ein prospektiver Blick in die nahe und fernere Zukunft zeigt deutlich, dass sich die Massenmedien auf die je eigenen Möglichkeiten werden beschränken müssen, dass jedes Kommunikationsmedium bestimmte Funktionen des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses übernehmen wird. Deshalb wird auch eine Zeitungskonzeption, eine Art des Zeitungsmachens, die diese Entwicklung zum Trotz nicht mitmachen will – sei es aus ideologischen Gründen oder der viel gerühmten »Journalistenmoral« wegen –, über kurz oder lang keine Existenzbasis mehr haben. In diesem Sinn ist Pressekonzentration wahrlich ein Gesundschrumpfen. Um die der Zeitung der Zukunft entsprechenden Funktion (qualitativ hochstehende Hintergrundsberichterstattung, Ausbau des Regionalen und Lokalen) erfüllen und die an sie gestellten neuen Informationsbedürfnisse befriedigen zu können, werden sich viele Presseunternehmungen zusammenschliessen müssen.

Vielfalt tut not

Es bleibt auch weiterhin eine Tatsache, dass der Meinungsbildungsprozess nur zu einem sehr geringen Teil direkt über die Massenmedien läuft. Das Schlagwort »Die Presse – die meinungsbildende Macht« ist durch die Massenkommunikationsforschung schon längst widerlegt worden. In der zwischenmenschlichen Kommunikation, in der engeren sozialen Umgebung, dort bildet sich die Meinung des Individuums. Soll der Bürger jedoch eine Meinung bilden können, so braucht er in seiner täglichen Konfrontation mit den Massenmedien nicht vornehmlich filtrierte Kommentare und einseitige Fakten, sondern ein möglichst breites Spektrum von Informationen; dies um so mehr, als die Kommunikationsforschung festgestellt hat, dass der Rezipient Informationen selektiv aufnimmt. Er bevorzugt also Meinungen, die ihn in seiner Ueberzeugung bestärken. Findet er in seiner Tageszeitung so und so nur solche Informationen, die ihn bestätigen, entgeht er jeglichen potentiellen Konfliktmöglichkeiten und damit möglichen Meinungs- und Verhaltensänderungen.

Die vorgelegten Thesen sind Konsequenzen einer bestimmten kommunikationspolitischen Perspektive. Wichtig will mir in diesem Zusammenhang scheinen, dass Kommunikationspolitik nicht im Elfenbeinturm der Hochschule allein ausgebrütet werden darf (dieses Eindrucks kann man sich bei den Thesen der Münchner Kommunikationswissenschaftler manchmal nicht erwehren), genausowenig wie sie im Gewühl der täglichen politischen Arbeit aus dem Boden gestampft werden sollte. Kommunikationspolitische Ueberlegungen müssen in Zusammenarbeit zwischen Politik, Oeffentlichkeit und Wissenschaft erarbeitet werden. Dabei müssen die verschiedenen kommunikationswissenschaftlichen Schulen über den eigenen eitlen Schatten springen und sich zu einer Kooperation auch auf dieser Ebene treffen, um die Froschperspektive eigener theoretischer Konzepte zugunsten einer vielfältigeren Perspektivität überwinden zu können.

Thomas N. Stemmle

Die Zentralstelle stellt sich vor

Gewinngier oder Selbsthilfe?

Mit Geld, das den Studenten abgenommen worden ist, sollte man weder die Castristen Cubas noch die Juntisten Griechenlands unterstützen. Auch sollte sich ein einzelner Student nicht bereichern können am Gelde seiner Mitstudenten. Dies alles fällt für die *Zentralstelle der Studentenschaft* ausser Betracht, da sie sich als studentische Selbsthilfeorganisation weder zu politischen noch zu privatbereichernden Aktionen hinreissen lassen will oder kann. Damit keine Streitigkeiten um die Verteilung eines allfälligen Gewinnes entstehen, hat man die *Zentralstelle* von Anfang an als öffentlich-rechtliche Gesellschaft gegründet. Dadurch hat man erreicht, dass einerseits die *Zentralstelle*, unser Studentenladen, keinen Anreiz für spätkapitalistische Gewinnsüchtlinge bietet und andererseits garantiert, dass wir Studenten unsere Studienhilfs- und Verschönerungsmittel zu möglichst tiefen Preisen erhalten können. Als öffentlich rechtliche Gesellschaft arbeiten wir nämlich auf der Kalkulationsbasis »selbsttragend« und sind steuerfrei. Dass sich diese rechtliche Form bewährt hat, beweisen die ständig wachsenden Verkaufsziffern, das immer grösser werdende Artikelsortiment, der Ausbau verschiedener Sparten und die damit verbundene steigende Popularität unserer Selbsthilfeorganisation.

Unser Laden arbeitet mit wenig Aufwand: Er wird durch eine aus fünf Studenten bestehende Zentralstellen-Kommission, genannt ZEKO, beaufsichtigt und verwaltet. Zwei weitere studentische Mitarbeiter, die zu Tiefstlöhnen, entsprechend den Tiefstpreisen, arbeiten, sind »hauptamtlich« für die Ressorts Schallplatten und Offsetdruck verantwortlich, während die übrigen Ressorts – Präsident, Quästor, Aktuar, Information und PR, Skripten, Personal, Photokopierdienst, Sortiments- und Preisüberwachung, Medizin, Rechtsberatung – von den 5 ZEKO-Mitgliedern betreut werden, Die Zentralstelle ist damit ein rein studentisches Unternehmen. Obwohl die ZEKO oft genug – pro 14 Tage mindestens einmal – im Einsatz ist, arbeiten ihre Mitglieder für eine symbolische Entschädigung von 50 Franken pro Semester.

Der Verkaufsbetrieb wie auch der Einkauf und die Buchhaltung unterstehen der Geschäftsführerin, Frau Frey. Ihr steht vorläufig eine hauptamtliche Papeterie-Verkäuferin, Fräulein Stutz, zur Seite, in Stosszeiten soll nach Möglichkeit eine Aushilfs-Verkäuferin mit Charme dazu beitragen, dass die Aufregung nicht zu gross wird.

Damit gegenüber den Studenten, also den Ladenbesitzern, alles korrekt geht, lassen wir unsere Buchhaltung und Geschäftsgänge jährlich einmal durch die *Eides Treuhand* revidieren.

Was kann die Zentralstelle uns nun eigentlich bieten? Die Antwort ist einfach: Tiefstpreise! Alle Studienmaterialien, selbst die ausgefallensten Artikel, wie Ophthalmo-laryngo-pharyngo-Otoskope, aber auch einfache Carand'Ache-Bleistifte. Falls einmal ein Artikel nicht käuflich sein sollte, so ist es doch noch besser, in einem Warenhaus zu schauen, anstatt auf die Verkäuferin zu schiessen.

Neu hat die Zentralstelle einen *Schreibservice* aufgebaut. Innert kürzester Zeit werden sämtliche Texte, auch Formeln, druckfertig auf einer IBM-Maschine geschrieben. Eine Offset-Druckerei erledigt ebenso kurzfristig den Druck dieser geschriebenen Dissertationen, Skripten usw. Und alles dies unter den Preisen einer Super-Discount-Druckerei.

Dass ob all dem Ausbau der Zentralstelle die Räumlichkeiten, so romantisch sie für einen Studentenladen sind, natürlich zu klein werden, soll nicht erstaunen. Immerhin ist auf den nächsten Sommer eine Dislokation unumgänglich, zumal auch schon ein grösseres Lokal im Haus Belmont zur Verfügung steht. Keine Angst – der Fussweg vom Haupteingang der Universität bis zum Haus Belmont ist genau zwei Schritte kürzer als derjenige bis zum bisherigen Laden.

Die Dislokation der Zentralstelle bedrückt und erfreut uns:

Sie bedrückt uns, indem uns tausend organisatorische Probleme entgegenkommen, sie erfreut uns, weil wir endlich Missstände beheben können, die im alten Betrieb an der Künstlergasse einfach nicht vermeidbar sind.

Um einen Laden zu schaffen, der uns Studenten ein Optimum bietet, sind wir auf möglichst viele gute Vorschläge angewiesen. Erstens sollte der Name geändert werden, da die Bezeichnung Zentralstelle der Studentenschaft oft zu Missverständnissen Anlass gibt. Selbstverständlich erhält der Entwerfer des besten neuen Namens einen Preis. Aber wir möchten auch Kritik, Anregungen. Beides soll uns ermöglichen, den neuen Laden besser zu konzipieren als den alten. Deshalb bitten wir alle Studenten um die Rücksendung des untenstehenden Talons.

Die meisten Studenten sind ja schon Kunden unseres Ladens; falls jemand noch nicht von den Vorteilen profitiert hat, sollte er Mut und Vertrauen fassen, einmal an die Künstlergasse ins Haus der Unikasse kommen und dabei an unsere Maxime denken: Selbstkosten decken – keinen Gewinn erzielen, möglichst tiefe Preise trotz möglichst grossem Angebot oder möglichst tiefe Preise dank grossem Umsatz!

Hast du das Deine zum grossen Umsatz schon beigetragen? Wenn nicht, so hol's bald nach!

Hast du das Deine zum Organisatorischen beigetragen? Wenn nicht, so sende uns raschmöglichst diesen Talon ein, vielleicht wirst gerade du einen ersten Preis erzielen!

Toni Glaser, stud. oec. publ.
Präsident der ZEKO

Wettbewerb

Gesucht: der originellste Name für die neue Zentralstelle.

Mein Vorschlag: _____

_____

Mit der jetzigen Zentralstelle bin ich zufrieden:

Ja		Nein
☐	Artikelsortiment	☐
☐	Preise	☐
☐	Oeffnungszeiten	☐
☐	Organisation	☐
☐	Bedienung	☐
☐	Information	☐

Im neuen Laden sollte man _____

_____

Einsenden bis 31. 7. 70 an die ZEKO, Kommission für die Zentralstelle, Künstlergasse 15, 8006, Zürich.

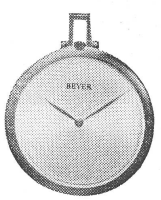
Absender nicht vergessen!

Medizinische Fachliteratur

BUCHHANDLUNG HANS RAUNHARDT

Inhaber
Gerhard Heinimann & Co.

8001 Zürich, Kirchgasse 17
beim Grossmünster
Telephon (051) 32 13 68



BEYER

Bahnhofstr. 31 Ecke Bärengasse

557 714fache Quittung

Ursache – »langes Sündenregister« . . .:

»Mit den Politikern und Wirtschaftern, die rücksichtslose Interessen wahren, wenn es um die Bodenspekulationen, den Hausbesitz, die Steuern und das Verdienen geht . . . Mit Politikern und Wirtschaftern, die dafür in der Lohnpolitik ‚recht massvoll' und im Ausbau der sozialen Sicherheit regelrechte Bremser sind – bei den Krankenkassen, bei der Altersfürsorge, im Mieterschutz. Mit den Politikern und Wirtschaftern, die für Mitsprache und Mitbestimmung kein Gehör haben. Mit Politikern und Wirtschaftern, die nicht zu verhindern vermochten, dass die unterentwickelten Gebiete der Schweiz vom Wirtschaftsboom bisher nur die Brosamen erhielten, die zusehen, wie ganze Landesgegenden relativ immer ärmer werden . . .«

(Alfred Peter, NZ vom 14. 6. 70)

Feststellungen – Folgerungen:

Das »helvetische Malaise« – es hat sich nun überdeutlich manifestiert – kann nicht mit Deklarationen überwunden werden.

Unglaubwürdig sind »Menschlichkeitsappelle«, vorgetragen von Kreisen, die damit ihre handfesten Interessen zu kaschieren suchen. Denn: dafür, dass dieselben handfesten Interessen nicht zugunsten der Solidarität, des Gemeinwohls, der sozialen Besserstellung aller geschmälert wurden, haben dieselben Kreise immer wieder massivsten Druck ausgeübt.

Wesentliche soziale und rechtliche Verbesserungen – zugunsten der Rentner, der Kranken, der Mieter, der Bezüger kleiner und kleinster Einkommen, eines echten Mitbestimmungsrechtes – sind (endlich) zu realisieren.

Andernfalls wird der Graben offen bleiben. Andernfalls werden Verärgerung und Missbehagen bei nächster Gelegenheit zu neuen (gefährlichen) Erruptionen führen.

Wesentliche Veränderungen und Verbesserungen sind das Ziel der Sozialdemokratischen Partei. – Wir brauchen dafür auch **Ihre** aktive Unterstützung.

SP

Sekretariat, Engelstr. 64, 8004 Zürich
des Kantons Zürich
Sekretariat, Engelstr. 64 8004 Zürich

PS: Alfred Peter richtet im zitierten NZ-Artikel auch Kritik an unsere Adresse. Die Glaubwürdigkeit gebietet uns, dies nicht zu unterschlagen. Es versteht sich von selbst, dass wir diese Kritik ebenfalls ernst nehmen wollen. — Wenn **Sie** der SP beitreten, können Sie mitbestimmen, dass wir diese Kritik ernst nehmen **müssen.**

Das Passwort für gute Englischkenntnisse

ESES in Edinburgh

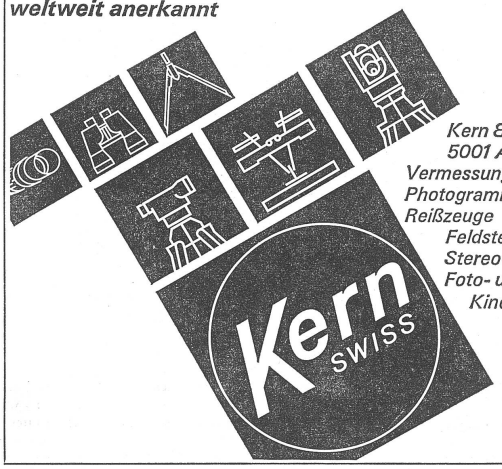
In Schottland ist eine Sprachschule speziell für Studenten eröffnet worden.

Das ESES-Lehrprogramm bietet u. a. Lektionen in »Present-Day-English«, englischer und amerikanischer Literatur, britischen Institutionen etc. Diese Kurse eignen sich für Anfänger und auch für Fortgeschrittene, deren Englisch ein »brush up« benötigt.

Nähere Auskunft und unverbindliche Dokumentation durch die

ESES-Zentralstelle für die deutsche Schweiz: M. B. Rutman, Ueberlandstrasse 393, 8051 Zürich, Tel. (051) 40 25 82.

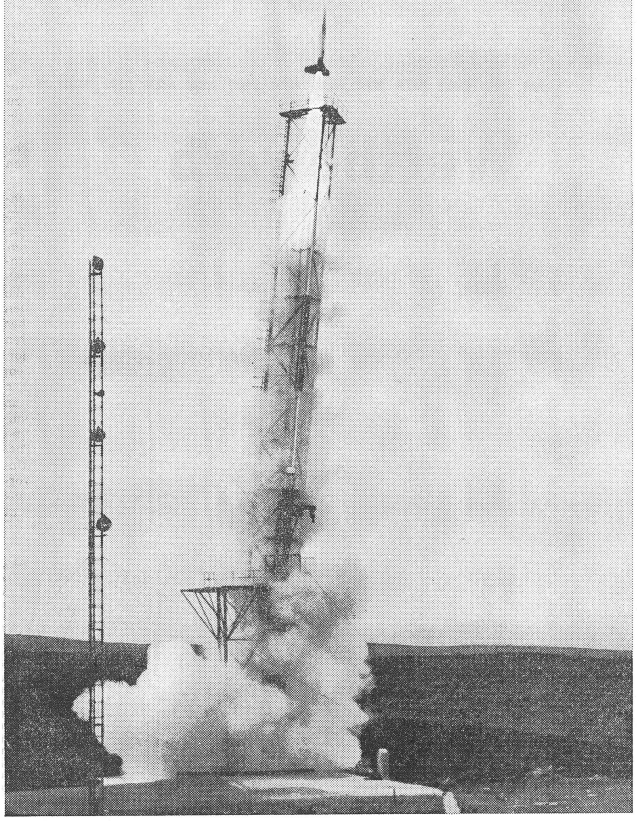
Kern-Instrumente seit 1819 weltweit anerkannt

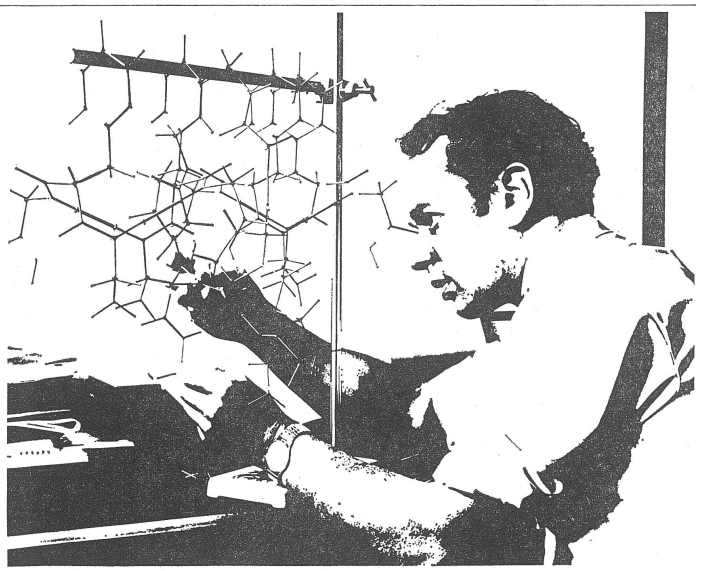


Kern & Co. AG
5001 Aarau
Vermessungsinstrumente
Photogrammetrische Instrumente
Reißzeuge
Feldstecher, Fernrohre
Stereo-Mikroskope
Foto- und Kinoobjektive

552 004

Im Oerlikon-Bührle-Konzern werden interessante Aufgaben gestellt — und gelöst





Der Urquell aller technischen Errungenschaften ist die göttliche Neugier und der Spieltrieb des bastelnden und grübelnden Forschers und nicht minder die konstruktive Phantasie des technischen Erfinders.

Albert Einstein

C I B A

Heilmittel
Farbstoffe und Pigmente
Technische Applikationsprodukte
Kunststoffe
Agrochemische Produkte
Photochemische Materialien
Farbfernsehen in Grossprojektion
Kosmetika

Englische Hochschulpolitik

Tradition und Unabhängigkeit

Von Urs Schlumpf, cand. med.

Obschon der einmalige Aufenthalt an der Sheffield University nun bereits ein Jahr zurückliegt, fällt es schwer, nicht allzu begeistert über diese Zeit einige Eindrücke niederzuschreiben. Das dreimonatige Semester (term) in Sheffield sowie einzelne Abstecher nach Oxford, Cambridge und London gaben Gelegenheit, einen vielseitigen Einblick in das englische Hochschulsystem zu gewinnen. Das britische Hochschulsystem imponiert einem Kontinentler insbesondere wegen seiner Treue und Liebe zu einer während Jahrhunderten bewährten und immer noch zeitgemässen Tradition, die sich glücklicherweise nicht von den lärmenden, ungezielten Modernismen anmassender Extremisten beeindrucken liess. Eine ureigene, zutiefst originelle, historisch in den weltberühmten Universitäten von Oxford und Cambridge begründete Hochschulerziehung ist vom lärmenden Demonstrantenrummel deutscher Progredienz weitgehend unberührt geblieben. Der selbstgefällige Fanatismus verbunden mit einem falschen Sendungsbewusstsein konnte aus Europa nicht importiert werden. Daran vermochte selbst der Aufenthalt Cohn-Bendits in London nichts zu ändern. Kein Hauch von hektischer Betriebsamkeit und überorganisierten Stundenplänen konnte die geradezu beschauliche, anregende Atmosphäre der englischen Colleges überrumpeln. Selbst an den ultramodernsten, sogenannten »civic universities« (zu denen auch Sheffield zählt), die in der Umgebung riesiger Industriezentren, wo zwar nicht jene sympathische und liebliche Umgebung den äusseren Rahmen bilden, entstanden sind, lebt der Geist von Oxford und Cambridge weiter. Das Wesentliche jedoch, genügend Zeit zur Musse und Kult (Joseph Pieper), zwei Grundpfeiler akademisch echter Bildung, wird durch eine entsprechende grosszügige und weitblickende Hochschulpolitik voll gewährleistet. Ich gestehe ein, es mag altmodisch und recht eigenwillig erscheinen, es überhaupt zu wagen, heute Positives, ja Gedanken der Begeisterung über ein derzeitiges Hochschulsystem, das von der Tradition her lebt und geleitet wird, niederzuschreiben. Was heisst schon modern, zeitgemäss, up-to-date zu sein? Wohl das, was sich heute noch bewährt und der Zeit entspricht, nicht aber bedeutet es, stetiges, krampfhaftes Suchen nach anderem und Ungewohntem. Was der Mut zur Aufrechterhaltung eigener Tradition und Ehrfurcht vor dieser Tradition bedeutet, wäre einer profunden Analyse wert. Der Vergleich von echter Gelassenheit gegenüber dem Wahn, immer das Neueste beinahe kritiklos übernehmen zu müssen, kann leider hier nicht gründlich genug behandelt werden. Der Sinn für wirkliche Toleranz, das sichere und gesunde Selbstvertrauen in die eigene Originalität müsste einmal der politischen Hybris und dem blinden Fanatismus gewisser Extremistengruppen gegenübergestellt werden. Zu was jene so sympathische Bescheidenheit und Ruhe im Gegensatz zu Hyperaktivität, die sich in Teach-ins und in einer unermesslich oberflächlichen Journalistik erschöpft, führt, kann hier leider nicht vollständig ausgeführt werden, es wurde einfach eindrucksvoll erlebt. Meine Erwartungen über englische Hochschulen, von total falschen Informationen geprägt, sind bei weitem übertroffen worden: Tradition heisst nicht schon überall Provokation und Regression, sondern heisst auch echte Originalität und Mut, zur eigenen Sache zu stehen.

Autonomie der englischen Hochschule

Die Selbständigkeit britischer Universitäten erreicht einen ungewöhnlich hohen Grad verglichen mit den kontinentalen Hochschulen und wird wohl vorläufig in dieser beneidenswerten Situation unerreicht bleiben. Selbst in finanziellen Angelegenheiten, wo der Staat zwar die Hauptquelle bietet, können ihre Gremien autonom entscheiden. Die staatlichen Gelder werden durch das University Grants Comitee (UGC), dessen Mitglieder sich grösstenteils aus Hochschuldozenten zusammensetzt, verteilt. Das UGC ist eine staatliche Institution (1919). Es soll die Regierung über die finanziellen Begehren der verschiedenen Hochschulen aufklären und beraten. Die allgemeinen Zuschüsse des Finanzministeriums werden durch das UGC selbst verwaltet. Bei der Koordination von Hochschulplanung hilft das UGC tatkräftig mit und unterstützt auch die oft experimentierenden, moderneren Hochschulen gegenüber den alteingesessenen, vom guten Ruf profitierenden Colleges in Oxford und Cambridge. Das Ausmass der unantastbaren Autonomie der Universitäten wurde vom UGC wie folgt in den »six freedoms« zusammengefasst:

1. Freie wählbare Selektion der Studenten.
2. Eigene Wahl der akademischen Lehrer (Professoren, Assistenzprofessoren, Dozenten, Lehrbeauftragte).
3. Autonome Bestimmung über Umfang von Hochschulbildung und Examensystem.
4. Freie Entscheidung über Ausdehnung bzw. Beschränkung einer Weiterentwicklung bei der stetig zunehmenden Anzahl von Neuimmatrikulierten.
5. Selbständige Kombination und Regulierung von Lehre, Forschung und Fortbildung.
6. Selbstverwaltung der finanziellen Zuwendungen für die verschiedenen Fakultäten und deren Departemente.

Als offizielle, anerkannte Grundlage über englische Hochschulentwicklung gilt der Robbins-Report (vgl. Labhart-Bericht), der 1963 zum ersten Mal veröffentlicht worden und von der Regierung vorbehaltlos entgegengenommen worden ist. Eine 1961 staatlich gewählte Sonderkommission hat das gesamte britische Hochschulwesen überprüft und aufgrund der Resultate eine perspektive Studie bis und mit 1980 ausgearbeitet. Insofern kann eine bestimmte staatliche Planung und Einflussnahme in die Hochschulpolitik nicht geleugnet werden. Es kommt dies aber niemals einem staatlichen Eingriff in die Selbständigkeit der einzelnen Universitäten gleich. Schon lange bevor der Robbins-Report publiziert worden ist, wurde die Hochschulplanung weitsichtig vom UGC mächtig vorangetrieben, so dass es bereits vor Jahren zur Eröffnung neuer Universitäten gekommen ist. Um dem immensen Expansionsplan gerecht zu werden, hat der Robbins-Report vor allem den Ausbau der bereits bestehenden Universitäten propagiert. Gleichzeitig ermächtigte der Robbins-Report die technischen Hochschulen, die CATS (Colleges of Advanced Technology), eigene akademische Grade zu verleihen. Sir Walter Moberly's Analogie umschreibt den Wert der Autonomie glänzend: »The relation between the universities and the government resembles less that between producer and consumer or between tradesman and customer than that between artist and patron. Execution of the patron must obviously leave the artist. The greatest achievements in painting or music or poetry are likely to occur when the artist chooses his own subject and is not harassed by a demand for quick results, easily appreciable by the layman.«

Vorlesungen, Seminarien und Tutorials

Die bevorzugte Methode zur Unterrichtung von Studenten bleibt heute noch die individuelle Instruktion durch einen Tutor. Ein gewisser Kompromiss zwischen der formellen Monstervorlesung und dem Tutorial, das in der Regel für eine kleine Gruppe gehalten wird, bilden die Seminarien. G. L. Brook (The Modern University, Deutsch, London 1965) ist davon überzeugt, dass das Vorlesungssystem zur Hauptsache rein historisch bedingt sei und dass man unbedingt das Schwergewicht auf Tutorials verlegen müsse. Die Magistralvorlesung tritt also in den Hintergrund und wird eher als notwendiges Uebel, denn als didaktisch sinnvolles Lehrmittel angesehen. Selbst in Schottland, wo sich das Collegesystem nicht durchzusetzen vermochte und der mittelalterliche Vorlesungsbetrieb wie hierzulande überwiegt, ist man ernsthaft bestrebt, den grösseren Anteil des Unterrichts in Form von Tutorials zu halten. Es wurde darüber nicht nur viel geschrieben und diskutiert, man hat bereits entsprechende organisatorische Massnahmen eingeleitet und konsequent in die Praxis umgesetzt. »Altough lectures have not outlined their usefulness, there is widespread agreement amang both university teachers and students with the view expressed in the UGC-Report (1936) that these should be fewer lectures and more discussion groups, tutorials and seminers. Such seminers are useful because they encourage students to cooperate actively in the process of learning instead of listening passively. They encourage the student to think for himself and to develop his critical powers, and they enable the lecturer to discover the strength and weatness of individual students« (G. L. Brook in »The Modern University«). Allerdings bildete die Vorlesung im kontinentalen Sinn an den »civic universities« bis vor kurzem das Hauptmittel der Unterrichtserteilung. Es kam dies daher, weil nicht genug Lehrkräfte für Tutorials zur Verfügung gestanden sind. Allmählich verbesserte sich das zahlenmässige Verhältnis von Lehrkörper zu Studentenschaft auch hier. Obschon sich die Unterweisung durch Tutors bei weitem nicht in einer solch selbstverständlichen Weise wie in Oxford und Cambridge, wo sogar Tutorials für einzelne Studenten an der Tagesordnung sind, abwickelt, ist das Tutorial zu einem integrierenden, nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil auch an den modernsten Universitäten Grossbritanniens geworden. Die Auffassung der neuen Dozentengeneration geht auch dahin, das Tutorial immer noch als idealste Instruktionsweise anzuerkennen. »The newer universities lay great stress on the provision of tuition in small groups as one of the most valuable means of achieving their educational aims« (»British Universities«, Sir James Mountford, Oxford unversity press, 1966).

Wo es sich um allgemein verbindliche Orientierungen zur neuesten Fachliteratur und aktuelle Forschungsergebnisse handelt, über die auch in den einschlägigen Lehrbüchern nicht nachgelesen werden kann, bleibt eine Vorlesung zweckmässig. Solche Vorlesungen dienen dann mehr der Praxis. Hier soll über konkrete Vorschläge zur Bewältigung eines wissenschaftlichen Problems oder über die Taktik, wie man ein Forschungsprogramm als solches anpackt, referiert werden. Dass es nämlich einen bestimmten Stimulus für den Studenten vom Katheder aus braucht und dass viele Studierende auf das gesprochene Wort anders reagieren als auf die Lektüre zu Hause, ist eine unbestrittene Erfahrungstatsache.

Das individuelle Tutorial (in Cambridge übrigens »supervision« genannt) birgt einen unschätzbaren Wert in sich, indem dort nicht eine anonyme Masse einem entfremdeten Lehrer gegenübersteht, sondern eine persönliche Begegnung von Lehrer und Schüler zum Erlebnis wird. Ein guter Tutor kennt das Fach (zu behandelndes Thema, einschlägige Literatur und die Arbeit im Labor) sowie die Fähigkeiten seines Schülers so gut, dass er sich ausgiebig und kritisch genug auf das wissenschaftliche Vorgehen über selbständige Quellenforschung und Aufarbeitung der Grundlagen des betreffenden Studenten konzentrieren kann. Dass die Hilfe eines Lehrers über das rein Fachliche hinausgeht, ist ein kaum genug beachteter Vorteil eines solchen Tutorials. Man bespricht zusammen die Einteilung des Studienplans, die Auswahl der Fachliteratur, macht auf aktuelle Vorträge oder geeignete Spezialkurse aufmerksam, diskutiert über spätere Assistenzstellen im In- und Ausland. Das hierzulande so oft angekreidete Informationsproblem, das ja weitgehend auch eine Hauptursache der Hochschulkrise darstellt, ist mittels eines Tutorials ideal gelöst. Der entsprechende Ort, wo ein Tutorial abgehalten wird, sind nicht etwa die allgemeinen Seminarräume einer Universität, sondern das College selbst wie in Oxford und Cambridge.

Der Student wird nun auf seine Fehler und Unachtsamkeiten aufmerksam gemacht. Dabei bleibt die Kritik zwar streng, aber tolerant und eine ermutigende, persönliche Aufmunterung zur selbständigen Bearbeitung weiterer Aufgaben wird nicht ausbleiben. Die Diskussion eines solchen Tutorials dreht sich ja stets um eine schriftliche Bearbeitung eines bestimmten Themas (vgl. Seminararbeit) oder eine experimentelle Uebung aus dem Labor, womit sich der Student selbständig während Wochen zu befassen hatte. Die Durchführung eines Tutorials bezweckt also nicht bloss eine Besprechung zwischen Lehrer und Schüler, sondern ist durchaus als kleines Zwischenexamen, als ein Test aufzufassen. Englische Hochschulatmosphäre lebt vom Geist dieser Tutorials und erschöpft sich nicht in einer monotonen Anreicherung von Fachwissen, im alleinigen Bemühen um wertvolle Kenntnisse, die mehr oder weniger stur und phantasielos im Verlaufe einiger Semester eingetrichtert werden müssen. Den britischen Hochschuldozenten geht es mehr darum, das Wissen schmackhaft, interessant zu gestalten und so zu präsentieren, dass die individuelle Neugierde geweckt und die persönliche Initiative über das reine Fachstudium hinaus wachgerufen wird. »Among the aims of a university-education must be included the acquisition of knowledge, but of far greater importance are the development of intellectual curiosity and the realization that the acquisition of knowledge will continue after the student has left the university« (G. L. Brook).

Das neueste Hilfslehrmittel, das z. B. in mehreren »teaching hospitals« an der medizinischen Fakultät Sheffields zur Anwendung kam, bildete der programmierte Unterricht mittels sogenannten »Lernmaschinen«. Es geht dabei um automatische Lichtbildapparate, in die verschiedenste Magazine, je ein Lernprogramm enthaltend, eingebracht werden können. Die ausgezeichneten Bilder aus der Klinik mit einem dazupassenden, lehrbuchartigen Text, werden alljährlich von Professoren erneuert und durchgesehen. In Sheffield gab es in verschiedenen Kliniken die »teaching rooms«, wo mehrere Projektoren je in einzelnen Nischen angebracht worden waren und den Studenten zur Verfügung standen. Das genannte Verfahren eignete sich zur Illustration und Repetition einzelner klinischer Fächer wie z. B. Dermatologie und Ophtholmogie ausgezeichnet.

Auch an den »civic universities«, wo glücklicherweise eine beachtliche Anzahl jüngerer Tutors in den offiziellen Studentenhäusern (»halls of residence«) wohnen, werden daselbst Seminarien und Tutorials organisiert. Falls auswärtige Dozenten zu einem Seminar eingeladen worden sind, werden sie jeweils aufgefordert, nach dem offiziellen Abschluss nicht unmittelbar das Haus zu verlassen, sondern sich den Studenten zu widmen. Es wird dann nach amerikanischem Vorbild eine unverbindliche Sprechstunde angekündigt, für die sich kein Student anzumelden braucht.

Um einer allzu spezialisierten Fachausbildung nicht zu sehr Vorschub zu leisten, laden dazu berufene Studentenorganisationen Professoren anderer Hochschulen oder auch anderer Fachdepartemente resp. Fakultäten derselben Universität zu Vorlesungen ein, die dann mehr der Allgemeinbildung dienen und bisweilen auch eher humoristischer Art sind. Die englischen Professoren haben für diesen geistreichen Humor, nicht zu verwechseln mit plumpem Witz, einen besonders sympathischen Sinn. Während meines Aufenthalts in Sheffield hat die »medical society« (Klinikerschaft) abendliche, mit Film und Dias illustrierte Vorlesungen über Themen wie »Over-Investigation and Under-Investigation« oder einen Gruselvortrag eines alten Gerichtsmediziners aus London mit dem Titel »The Doctor at the Scene of Crime« organisiert.

Akademische Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

Kritik am »Lausanner Modell«

Ungeachtet zahlreicher ungünstiger Faktoren verzeichnet unser Land ein beständiges wirtschaftliches Wachstum, verbunden mit steigendem Wohlstand. Einen wesentlichen Katalysator bilden dabei die Errungenschaften in Wissenschaft und Technik. Die Tatsache, dass Wissenschaft und Forschung nicht nur einen individuellen Wert haben, wie dies dem Geist der Humboldtschen Universität entsprach, hat sich unbestreitbar durchgesetzt. Im Gegensatz zu früher, wo eine scharfe Trennung zwischen Universität und Praxis bestand, haben sich heute die Hochschulen zu stark praxisbezogenen Einrichtungen entwickelt. Gerade die nach der Schrumpfung des primären Sektors einsetzende rasche industrielle Entwicklung, vor allem aber das übermässig starke Wachstum im tertiären Sektor ist nicht zuletzt auf den Einfluss von Akademikern zurückzuführen. Der sich in Gang befindende Umstrukturierungsprozess sowie die enorme Bedeutung der Technologie im internationalen Konkurrenzkampf bedingen eine bessere Förderung des akademischen Nachwuchses. Die grosszügigen Weiterbildungs- und Verdienstmöglichkeiten in Industrie, Gewerbe und Handel nehmen aber begabten Jugendlichen, welche nicht aus begütertem Elternhaus stammen, den Anreiz zu einer akademischen Ausbildung. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die sozio-ökonomische Struktur der Studierenden ein einseitiges Bild ergibt. Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder aus unteren Schichten mit gleicher Intelligenz im Verhältnis zu denjenigen aus mittleren und oberen Schichten niemals im gleichen Ausmass an den Mittelschulen und Universitäten vertreten sind. Obwohl die materiellen Möglichkeiten der Eltern als Grundvoraussetzungen für bessere Ausbildungschancen der Kinder angesehen werden müssen, dürfen die anderen Faktoren nicht ausser acht gelassen werden. Arbeiterkinder sind vor allem aus erzieherischen und sprachlichen Gründen benachteiligt. Es besteht zudem eine grosse Skepsis gegen die höheren Lehranstalten, da diese als Privileg einer bestimmten Schicht betrachtet werden und die Befürchtung vorherrscht, das Kind könnte dem angestammten Lebensbereich entzogen werden. Es ist deshalb klar, dass all die finanziellen Massnahmen, gleich welcher Art, nicht genügen, um langfristig die Chancengleichheit im Bildungswesen tatsächlich zu verwirklichen. Die Beseitigung der psychologischen Barrieren darf daher nicht aus den Augen gelassen werden, falls Reformen zu Erfolgen führen sollten.

Die neuen Stipendiengesetze sind ungenügend

Obwohl das 1964 verabschiedete Bundesgesetz über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien eine gewisse Verbesserung zeitigte, belegen die statistischen Unterlagen, dass dadurch das Problem der Studienfinanzierung in keiner Weise gelöst worden ist. Die prozentuale Zunahme der Studierenden aus Arbeiterkreisen blieb weiterhin äusserst gering (gegenwärtiger Anteil ca. 6%). Erhebungen zeigen aber auch, dass ein Grossteil der Studierenden ungeachtet des Stipendiums gezwungen ist, während des ganzen Jahres einer Beschäftigung nachzugehen, welche zum Teil einen erheblichen Anteil ausmacht und dadurch eine Benachteiligung im Verhältnis zu denjenigen bewirkt, die das Studium von den Eltern finanziert bekommen. Der Student wird aber auch wegen der besonderen Stellung in Familie und Gesellschaft beeinträchtigt. Während Berufstätige schon früh von zu Hause unabhängig sind, wird der Student seiner materiellen Unmündigkeit wegen einer grossen psychischen Belastung ausgesetzt.

Diese unhaltbaren Zustände haben den Delegierten des VSS zur Annahme eines Rohentwurfs veranlasst, der die Einbeziehung der Studierenden in ein Finanzierungssystem vorsieht. Die verlangte solidarische Eigenbeteiligung wird durch eine Rückzahlungsklausel mitberücksichtigt. Bevor ich auf die einzelnen Punkte dieses Systems (Lausanner Modell) eingehe, möchte ich kurz die zentralen Bestimmungen des Modells in Erinnerung rufen:

- Bund und Kanton bilden zur Finanzierung eine öffentlichrechtliche Stiftung.
- Nachdem das System in Kraft getreten ist, entfallen für mündige Schüler und Studenten die Stipendien.
- Der Höchstbetrag wird auf 3300 Fr. pro Semester festgelegt. Der gesamte Studienbetrag soll in der Regel 45 000 Fr. nicht übersteigen.
- Die Höhe der Rückzahlungsraten richtet sich nach der Höhe des Einkommens und des Vermögens des Bezügers.

Die juristischen Arbeitsgruppen haben festgestellt, dass das Modell nicht verfassungskonform ist, weil es die Stipendienregelung für mündige Schüler und Studenten ersetzt. Die Bestimmungen würden Art. 27quater Abs. 2 der Bundesverfassung tangieren. Falls vom Volk genügend Mittel bewilligt werden, hat der Bund nach diesem Artikel wohl das Recht, Subventionen in Form von Stipendien oder Darlehen weiterzugeben. Nun besteht aber der wichtige Unterschied zum Lausanner Modell darin, dass gemäss Abs. 2 die Beiträge des Bundes nur hinter den kantonalen Leistungen stehen dürfen. Der Massnahme ist somit eindeutig ergänzender Charakter beizumessen. Am 6. April 1970 hat nun der Delegiertenrat des VSS beschlossen, eine Verfassungsinitiative vorzubereiten, und den Vorstand beauftragt, einen Initiativtext auszuarbeiten. Falls die Urabstimmung unter den Studentenschaften positiv ausfällt, soll die Unterschriftensammlung in Angriff genommen werden.

Lausanner Modell: Nachteile zuwenig analysiert

Abgesehen von den Bedenken grundsätzlicher Natur muss festgehalten werden, dass der Beschluss, eine Initiative vorzubereiten, zu einem Zeitpunkt gefasst wurde, wo – ungeachtet des vom Vorstand angesetzten Vernehmlassungsverfahrens – die verschiedenen Stellungnahmen nicht genügend durchdacht und in das Modell integriert worden sind. Eine Untersuchung des Modells im Hinblick auf die Verwirklichung der kurz- und langfristigen Zielsetzung, nämlich

- materielle Chancengleichheit und
- Abbau der sozio-kulturellen und psychologischen Hindernisse

ergibt ein unbefriedigendes Resultat.

Eine Verbesserung der finanziellen Lage der Studierenden nach Erreichen der Mündigkeit wird die Chancengleichheit kaum fördern, da der Entscheid, ob ein Studium ergriffen werden soll, in einem viel früheren Stadium, nämlich beim Uebertritt ins Gymnasium, gefällt wird. Untersuchungen haben aber gezeigt, dass gerade auf dieser Stufe Kinder, die die geistigen Voraussetzungen für die Absolvierung einer akademischen Ausbildung erfüllen, jedoch aus nicht vermöglichem Elternhaus stammen, am stärksten benachteiligt sind.

Obwohl auch noch auf der Hochschulstufe mangelnde finanzielle Mittel zur Aufgabe des Studiums führen, so sind hier jedoch mehr noch andere Faktoren entscheidend. Um aber begabten Kindern den Uebertritt in eine Mittelschule zu erleichtern, sollten unbedingt die Stipendienleistungen verbessert werden. Es müsste zudem eine breite Aufklärungskampagne einsetzen, damit sich Eltern und Kind in finanzieller und anderer Hinsicht genaue Vorstellungen über ein Studium machen können.

Das Gleichheitsprinzip, nach dem sämtliche Studierende automatisch in den Genuss der Leistungen kommen, ist in diesem Zusammenhang fehl am Platz. Es kann nicht als gerecht betrachtet werden, wenn der finanziell Starke vom Staat die gleichen finanziellen Leistungen erhält. In Fällen familiärer Schwierigkeiten sollen die Studierenden reicher Eltern in den Genuss von Darlehen kommen, wie dies bereits jetzt der Fall ist.

Die im Modell konzipierte automatische Darlehensabgabe bietet Missbrauchmöglichkeiten, indem Darlehensnehmer, die zuvor das Studium ohne Mühe selbst zu finanzieren vermochten, die zusätzlichen Mittel zinstragend anlegen könnten. Die Immatrikulation als einziges Kriterium für eine Darlehensgewährung ist nicht ausreichend.

Die Rückzahlungsklausel entspringt der gewiss richtigen Auffassung, dass dadurch das Modell politisch eher durchzusetzen ist, als wenn es weiterhin den Charakter eines Studentenlohnes enthält. Obwohl die progressiv abgestufte Rückzahlung höchstens bis zu 100% des bezogenen Darlehens geht, kommt sie der Benachteiligung vieler Studierender gleich, die bis anhin ein Stipendium bezogen, ohne nach dem Studium mit der Belastung von Schulden beginnen zu müssen. Die dem Rückzahlungsmodus zugrunde liegende Absicht der Nivellierung der Akademikerlöhne entspringt einem der marktwirtschaftlichen Ordnung nichtkonformen Ansatz. Die Forderung der Liberalen Studentenschaft St. Gallen nach einer Rückzahlung, welche für die verschiedenen Einkommen den gleichen Prozentsatz verlangt, ist zu bevorzugen.

Keine Alternative: Staatliche statt elterliche Abhängigkeit

Obwohl das Lausanner Modell die gesetzten Ziele aufgrund der angeführten Gründe kaum zu erfüllen vermag, darf eine Ablehnung der vom VSS vorgeschlagenen Konzeption keineswegs bedeuten, dass die Zustände so zu belassen seien, wie sie gegenwärtig sind. Es geht dabei vor allem darum, die finanzielle Lage der bedürftigen Studierenden erheblich zu verbessern, da wir es uns nicht leisten können, das Bildungspotential nur ungenügend zu nutzen. Bei den zu ergreifenden Massnahmen muss jedoch der Grundsatz möglichst grosser Autonomie der Studierenden beachtet werden. Die elterliche Abhängigkeit darf nicht wie im vorgesehenen Modell durch eine staatliche ersetzt werden. Die starke Stellung des Darlehensgebers Staat wird diesen in der Formulierung der notwendigen gesetzlichen Bestimmungen gerade dazu zwingen, einschränkende Vorschriften zu erlassen, um prüfen zu können, ob der Student in seiner Arbeit der Gesellschaft wirklich einen Dienst erweise. Der diesem direkten Bezugsverhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zugrunde liegende Wissenschaftsfunktionsbegriff birgt die grosse Gefahr in sich, dass Studium und Forschung noch mehr als bisher von ökonomischer Planung abhängig gemacht werden, was für die geisteswissenschaftlichen Fächer abträgliche Implikationen mit sich brächte.

Wenn sich auch die Stipendien in der heutigen Form nicht bewährt haben, so wäre doch zu prüfen, *ob nicht durch ein Konkordat unter den Kantonen eine Nivellierung der unterschiedlichen kantonalen Leistungen erreicht werden könnte.* Die grosszügige Stipendienordnung des Kantons Zürich, welche verheirateten Studierenden Stipendien bis zu jährlich maximal 16 000 Fr. gewährt, zeigt jedenfalls, dass dem Postulat der Chancengleichheit auf der Grundlage von Stipendien vollkommen befriedigend entgegengekommen werden kann. Der Ausbau der Stipendienordnung, der auch Mittelschülern zugute kommt, hat den grossen Vorteil, dass bereits auf der entscheidenden Stufe dem Studienwilligen beziehungsweise dessen Eltern entgegengekommen wird. Wenn schon auf der kantonalen Schul- und Stipendienhoheit seitens der Behörden beharrt wird, so ist nicht einzusehen, weshalb sich die Kantone bis jetzt noch zu keiner wirksamen Angleichung der Stipendienleistungen bereit finden konnten. Denn: wenn schon die föderative Ordnung als eine unserer staatspolitischen Maximen aufrechterhalten werden soll, dann darf auch der Wille zu einer gewissen Kooperation nicht fehlen. Der Bund könnte zudem durch seine Subventionspolitik einen gewissen Druck auf die Kantone ausüben, indem eine Minimalhöhe Voraussetzung für die Errichtung von Subventionen bilden müsste. Für all jene Fälle, wo die Stipendien nicht ausreichen oder aber familiäre Schwierigkeiten eine Bezahlung des Studiums nicht ermöglichen, soll ein Darlehen gewährt werden, dem jedoch stets subsidiärer Charakter beizumessen ist.

Dem Lausanner Modell kommt gewiss zugute, dass es stimulierend auf die Verbesserung zahlreicher kantonaler Stipendienordnungen zu wirken vermag. Die materiellen Mängel, die dem System anhaften, sowie die Schwierigkeit, es politisch durchzusetzen, zwingen jedoch zur Ablehnung.

Gerold Bührer, stud. oec. publ.

Zu Hans Werder's Schwedenbericht

Wer die Absicht hat, Schweden (oder irgendein anderes Land) zu besuchen, und wer dabei möglichst viel mit der Bevölkerung in Kontakt kommen möchte, sei auf das »experiment in international living« verwiesen. Diese Organisation vermittelt private Aufenthalte in Familien (3–4 Wochen) sowie Gruppenprogramme (geführte Reisen durch ein Land, zweiwöchige Aufenthalte in amerikanischen colleges usw.) in vielen Ländern auf der ganzen Welt. Gerade in Schweden, wo die Leute – ähnlich wie die Schweizer – als eher verschlossen und reserviert gelten, ist das »experiment« eine einzigartige Gelegenheit, das Alltagsleben der Schweden und ihre Probleme aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Jedem, der ein Land nicht nur aus der Touristenperspektive erleben will, sei das »experiment in international living« herzlich empfohlen. Auskünfte sind jederzeit beim Sekretariat erhältlich: Dorfstrasse 53, 8800 Thalwil, Telephon 92 54 97.

Verband der Schweizerischen Studentenschaften

Lausanner Modell

Projekt einer neuen Art der Studiengestaltung

Schriftenreihe des VSS Nr. 1

Preis Fr. 2.50

Zu beziehen bei der Zentralstelle und dem Sekretariat der Studentenschaft

Zentralstelle der Studentenschaft

Accu-Griff / Anat. Pinzetten / Attaché case / Ballograph-Kugelschreiber / Bic-Kugelschreiber / Bic-Minen / Bleistifte / Block A 4 kar. 2- + 6-Loch / Block – Café Littéraire, weiss / Bostitch / Bostitch-Klammern / Bundesordner Biella, schmal und breit / Büroklammern Omega Nr. 5, gross und klein / Caran-d'Ache-Kugelschreiber / Caran-D'Ache-Minen für 4-Farben-Stift / Cementit / Chir. Pinzetten / Couverts: Autofix; Brabant, gefüttert; Caravane, einfach, weiss, New York, einfach, grau; Flugpost B 4, gelb / Deckgläser 18×18, 21×20, 24×32 / Diagnostic-Besteck / Doppelbogen A 4, kar. / Durchschlagpapier (Kopien) / Etuis, Plastic / Etuis, Malfix / Farbstifte Prismalo / Faserschreiber Kreuzer / Fettstifte / Fix-Pencil / Flugpost-Block A 4 und A 5 / Gummihandschuhe (Operation) / Gummis (Radier), versch. / Heine-Batterie-Griff / Heine-Ophtalmoscope / Karteikarten: A 5, weiss; A 5, liniert; A 5, kariert; A 6, weiss; A 6, liniert; A 6, kariert; Grösse I weiss und liniert / Karteikasten: A 5 und A 6, je lang und kurz; Grösse I, lang / Klappenmappen / Klemmappen, schmal und mittel / Klemmstreifen / Knopfsonden / Kohlepapier: Duplex, Plasto Clean / Konstruvit / Korrekturlack / Kreuzeretuis, 6-Farben-Filzstifte, ass. / Labormäntel, Verschluss vorn oder Rückenverschluss / Lanzetten / Latexschläuche / Legihüllen, gross, doppelt / Leitkarten, versch. / Lineale, Holz, 30 cm, ohne Masse / **LIT.-STETHOSKOP** / Locher / Lupen und 8× / Malino / **MAPPEN:** Bügelmappen (m. Aussentaschen) / RV-Mappen (mit versenkbarem Griff, mit Griff, mit RV-Tasche, o. Aussentasche); RV-Mäppchen / **MIKROSKOPE** / Mikroskopiernadeln / Mikr.-Scheren / Millimeterpapier / Nervenmesser / Opaline-Block, A 4, weiss / Operationsschürzen, Gummi / Parker 21 und Parker 45 / Parker-Patronen / Parker-Tinte / Pelikan-Fülli / Pelikan-Patronen / Pelikan-Tinte, klein und gross / Plasticgummi, Lyra / Präparatenetui / Präparatenmappe / Pressspanhefte, Stab 4° – 4 mm kar. / Pressspanhefte, 4 mm kar. – A 4 / Record-Block, A 4 / Record-Block, A 4, 4 mm kar., gelocht / A 4-Register / **REISSZEUG LYRA** / Ringbucheinlagen / A 4; kar. 4 mm, ringsum Rand; weiss; liniert; kar. seitl. roter Rand; kar. 4-Loch; 5 mm kar. / Ringbucheinlagen Stab 4°, weiss oder 4 mm kar. (Ringbücher Plastic – Dufco A 4, Mova, A 4 / Ringhefter »Viria« A 4 und A 5 / Rossier-Perkussionshammer / **ROSSIER-STETHOSKOP** / Rossier-Trichter / Scotch-Klebebänder, transparent, 12, 15 und 19 mm / Magic-Mending, invisible, 12 und 19 mm / Leerrolle / Sezierbesteck / Sichtmappen / Speedfix, farbig / Spiralhefte Stab 4° – kar. / Spiralhefter / Sudelblock A 4, 100 Bl., weiss / Schreibmaschinenblock A 4 / Schreibmaschinenfarbband, Seide und Baumwolle / Plastik / Schreibmaschinenpapier / Schulhefte: A 4, liniert; A 4, 5 mm kar.; A 4, 4 mm kar.; Stab 4°, 4 mm kar.; Stab 4°, liniert / Stempelfarbe / Stempelkissen, gross und klein / Stenoblock / **STIRNSPIEGEL** / Streichriemen / Tempo-Taschentücher / Testathefthüllen / **TONBÄNDER SCOTCH:** LS 90 m, 7.5/60 m, 13/270 m, 15/360 m, 18/540 m, 25/1100 m; DS 200 13/360 m, 15/540 m, 18/720 m; Dynarange 18/540 m, 25/1100 m / T.-Lautrec-Plakate / Transparent-Block / Tuschpatrone / Umdruckmatrizen / Verstärkerringli / Vertikalmappen / Vervielfältigungspapier A 4, 65 gm² (500 Blatt), h'weiss, h'frei / Walzenschoner / Wecolor-Ordner A 4, breit / Xylol / Zeigetaschen / Zettelgreif . . .

NEU: Schreibdienst. Auf einer IBM-Maschine schreiben wir sämtliche Semester- und Diplomarbeiten zu günstigen Preisen.

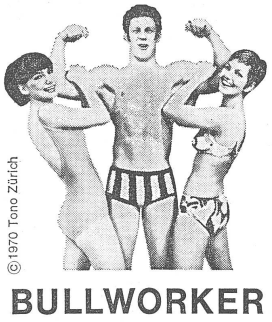
Der Laden, der uns Studenten gehört.

Herren Professoren und Studenten!

Etwas zu schreiben?

Ihre Abhandlungen, Berichte und Dissertationen werden rasch, korrekt und tadellos sauber geschrieben (auch in Englisch, evtl. Italienisch). Erfahrung und beste Referenzen! Bitte rufen Sie Tel. 84 00 81 an.

Das wär's!



©1970 Tono Zürich

BULLWORKER macht's möglich!

Mit dem BULLWORKER wird Ihr Körper in nur 5 Min. pro Tag in wirksamster Form trainiert. Wissenschaftlich erprobt. Fitness auf schnellstem Wege - dadurch grössere geistige und körperliche Leistungsfähigkeit!

BULLWORKER

das meistgekaufte Heimtrainingsgerät der Welt!

Gratis-Farbdokumentation • Ohne Risiko

JA, senden Sie mir alle Details über das superwirksame Bullworker-Training, das mir **garantiert** zu athletischen Muskeln verhilft, bei nur 5 Minuten Training pro Tag.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ Ort: _____ BT-1

Bullworker-Service der Tono AG STU-006
Dufourstrasse 145, 8034 Zürich

Als Feriengepäck: leicht, kompakt!

Psychotherapie
(051) 89 14 85

Mit linker Folklore ist auch in Zürich kein Weiterkommen.

Von der Berliner »Neuen Linken«

Wer fünf Jahre vergessen hat, eine Zeitung zu lesen, und sich jetzt versichern will, dass die Welt 1970 noch in Ordnung ist, wer von der »Neuen Linken« nichts weiss und auch nichts wissen will, der findet auf dieser Seite ein etwas verstaubtes professorales Gutachten aus Berlin. Wer die »Neue Linke« bis anhin für eine neue Schlagkombination von Joe Frazier gehalten hat, der weiss nachher, dass die »Neuen Linken« Wiedertäufer sind; wer die »Neue Linke« für eine neue Linke hielt – und sich darunter nichts vorstellen konnte –, der weiss nachher, dass die »Neue Linke« eigentlich eine alte Linke ist – und kann sich darunter auch nichts vorstellen.

Wer weder taub noch blind ist, wer in den letzten fünf Jahren auch – es gibt ja nicht nur Sozialethik, Herr Professor – Zeitungen gelesen hat, wer sich wundert, dass die Westberliner Linke in den Zeitungen gestorben ist, wer sich fragt, ob wohl das Berliner »Waffengesetz«, das Mord an Andersdenkenden legalisiert, den Berliner Kommilitonen den Garaus gemacht hat, wer die Entwicklung der Berliner Linken nicht nur als extravagantes Anekdötchen, als mutwillige Laune der Geschichte betrachtet, sondern sich gar erfrechen will, aus dem Versagen der Studentenrebellion in Berlin zu lernen, für den findet sich auf dieser Seite ein Bericht zweier Kommilitonen der FU Berlin.

Christian Rentsch

Die Bewegung der neuen Linken ist ausgegangen von den USA als moralischer Aufstand nicht nur der Studenten gegen eine Produktion um der Produktion und des Profits willen, gegen den Ueberflusskonsum mitten im Elend, gegen den Vietnamkrieg und die Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung. Hier zeigt sich bereits ein Unterschied zwischen der Bewegung in den USA und bei uns: Sie ist drüben näher an der Realität und der Geschichte, hier dagegen, entsprechend der geschichtsloseren Situation, ideologischer, phantastischer.

Neu sind an der »Neuen Linken« vor allem zwei Thesen. Einmal wendet sie sich gegen die bisherige »Leistungsmoral«. Während bisher galt: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«, sind die Möglichkeiten der Automation heute schon so weit gediehen, dass jedem Menschen ein Existenzminimum gesichert werden könnte, ganz unabhängig davon, ob und wieviel er leistet. Der Kapitalismus dagegen, so wird erklärt, hintertreibt die Fortsetzung der Automation und postuliert weiterhin die Leistungsmoral aus Profitstreben.

In einer Zeit, in der das Gelernte auf manchen Gebieten binnen weniger Jahre überholt ist, schwindet ferner notgedrungen das Ansehen der Autoritäten und so auch der Professoren. Neue Forschungszweige tauchen auf, Denkweisen setzen sich durch, für die ein 40- bis 50-Jähriger schon zu festgefahren scheint. Unsere ganzen Lehr- und Lernmethoden bedürfen der Modernisierung. Dies gibt der Bewegung ihre Spitze hinsichtlich der Universitäten.

Darüber hinaus stammt das Gedankenpotential der Bewegung aus der Weltanschauungsdiskussion und den sozialphilosophischen Kontroversen der 20er Jahre, und auch, dass sie sich als Jugendbewegung stilisiert, ist nicht ohne Vorbild. Die Aktualität ergibt sich nur durch die Anwendung alter Gedanken auf die gegenwärtige Politik. Aus der Einsicht in die permanente Reformbedürftigkeit der Gesellschaft – die von sämtlichen Autoren des Bandes geteilt wird – wird in der Neuen Linken die Totalnegation eines Weltanschauungsprotestes, ein »Lebensgefühl«. Eben dies ist es, was die wenig ältere Generation, die noch Hitler mit wachen Sinnen miterlebt hat, so sehr erschreckt. Sie erinnert sich zu deutlich, wie schon einmal die »Richtige Gesinnung« als Rechtstitel für einen Herrschaftsanspruch und für die Vergewaltigung der Mitmenschen herhalten musste. Alle Verbrechen grossen Stils wurden in unserem Jahrhundert von Gesinnungskriminellen verübt, für die in ihrer Besessenheit das Mittel durch den Zweck geheiligt ist.

Letztlich aber steht die Neue Linke trotz ihres aufklärerischen Selbstverständnisses in der Kontinuität des Chiliasmus. Mit revolutionären Mitteln will sie eine endzeitliche Utopie verwirklichen. Radikale Veränderung der Welt soll den »neuen Menschen« erzeugen. Die, die sich so säkular und poetisch gebärden, sind in Wahrheit »Wiedertäufer«. Wir stehen vor dem Phänomen einer sich wissenschaftlich tarnenden Erweckungsbewegung.

Frustriertes Bedürfnis

Unser Geist hat ein tiefes Bedürfnis nach Ganzheitserklärung. Früher wurde es durch die Religion, dann durch Methaphysik, zuletzt durch Weltanschauung gestillt. Sie alle tragen heute nicht mehr, verbindlich ist für uns nur noch die Wissenschaft, die aber jeweils nur für einen abgegrenzten Bereich zuständig ist. Das frustrierte Bedürfnis nach Totalerklärung funktioniert daher die Wissenschaft um zur Meta-Wissenschaft. So macht auch die Neue Linke, die sich auf Wissenschaft zu berufen scheint, aus ihr, wenn man näher zusieht, Religion oder Metaphysik. Ihr schiefes Verhältnis zur Wissenschaft zeigt sich bereits darin, dass sie nach wie vor am ökonomischen Marxismus haftet, der zwar im 19. Jahrhundert die soziale Wirklichkeit besser erklären konnte als alle anderen Theorien, heute dagegen, nachdem sich die Nationalökonomie längst zur hochdifferenzierten Wissenschaft entwickelt hat, durch sie überflüssig geworden und in sie aufgegangen ist (Boettcher). Der Marxismus lebt heute nur noch in Philosophie und Sozialtheorie, also genau in denjenigen nichtempirischen Bereichen, die verlassen zu haben das Verdienst von Marx war. Statt einer echten sozialökonomischen Analyse der Gegenwart finden wir bei der Neuen Linken das ethisch-ästhetische Syndrom eines »existenziellen Ekels«, emotionalen Ueberdruss an der »Gesellschaft«, die – wie vor 50 Jahren – durch die »Gemeinschaft« überschaubarer Gruppen ersetzt werden soll. Sozialwissenschaft interessiert nur als »Produktivkraft der Befreiung des Menschen« (Ludz). Nicht wegen seiner inneren Widersprüche, wie bei Marx, wird der Kapitalismus verworfen, sondern weil er »repressiv« ist und den Menschen, dem dies nicht einmal bewusst wird, zum Objekt totaler Verwaltung erniedrigt.

Auch der Anspruch auf ein politisches Mandat der Studentenschaft auf Grund ihrer wissenschaftlichen Ausbildung beruht auf einem Missverständnis der Wissenschaft, die wohl Konflikte durchschaubarer machen und Alternativen aufzeigen, nicht dagegen der Politik sachlich eindeutige Lösungen vorschlagen kann. Das kann nur eine parteiliche, in eine vorgegebene Ideologie eingefügte Wissenschaft. Dann aber folgt nicht die Politik der Wissenschaft, sondern die Wissenschaft der Politik. Ausserdem widerspricht ein politisches Mandat speziell der Akademiker der prinzipiellen Gleichheit aller Bürger. Die Forderung verrät einen Rückfall in ständestaatliches Denken. Ebenso kommt der Anspruch des Verbandes deutscher Studentenschaften (VDS), der als studentischer Dachverband im Namen aller Studenten Stellung bezieht, ein solches Mandat auszuüben, ohne die einzelnen zu strittigen Probleme zu befragen, dem faschistischen Korporationsdenken und der Einparteien-Vorstellung nahe (Lohmar).

Wichtig ist der Abriss des Historikers Gerhard A. Ritter über Geschichte und Theorie der Rätebewegung. In der Ablehnung des Parlaments, das heute nur noch der Integration der abhängigen Klasse in das kapitalistische System diene (Agnoli), des Parteiwesens und der Tendenz zum Ausgleich der Interessengruppen, aber auch im Freund-Feind-Denken (freilich nur hinsichtlich des Kapitalismus), berührt sich die Neue Linke mit Carl Schmitt. Es sind »linke Leute von rechts«. Daher gelten ihr auch als die eigentlichen Gegner, gegen die sie sich polarisiert, nicht die Rechten, sondern die Liberalen mit ihrer »repressiven Toleranz«. Ritter führt aus, weshalb die »Räte« regelmässig scheiterten und was grundsätzlich gegen sie spricht. Vor allem würde in der »Kommune«, die absolute Loyalität beansprucht, ein konformistischer Zwang herrschen.

Von besonderem Reiz sind die in diesem Zusammenhang mitgeteilten Pläne von Dutschke und Rabehl über ein befreites Westberlin. Es soll in Kollektive von jeweils 3000 bis 5000 Mann aufgeteilt werden, die sich um eine Fabrik zentrieren: Die Produzenten sollen selbst ihre Produktions- und die ganzen Lebensbedingungen beherrschen (wobei sich freilich das Grenzproblem ergibt, dass Industrie nur effektiv ist bei grösserer Gesamtplanung). Die Fabriken sind jetzt nicht nur Arbeitszentren, sondern Mittelpunkte des Lebens, sind auch Schule und Universität, und auch die Alten wohnen hier. Die bisherigen Bürokraten werden zur Emigration gezwungen oder zur Umerziehung aufgenommen. Die Arbeit, die sie leisteten, wird von Computern versehen, ebenso wie auch Justiz und Polizei abgeschafft sind. Keine Arbeitsteilung mehr. Arbeitszeitverkürzung. Aufhebung der Familie.

Michael M. Landmann
Ordentlicher Professor der Philosophie an der Freien Universität Westberlin

Befindet sich die Westberliner Linke in einem Befriedungsprozess?

Die Studentenbewegung ist am Ende

Drei militante und daher aufsehenerregende Ereignisse, die Kambodscha-Demonstration, die Befreiung des Frankfurter Kaufhaus-Brandstifters Baader und die Störungsversuche anlässlich der alljährlich stattfindenden Truppenparade der alliierten Streitkräfte, standen im Mittelpunkt der Berichterstattung der bürgerlichen Presse über linke Aktivitäten. Doch eine Wendung ist eingetreten: Wurden noch vor einiger Zeit die »Unruhestifter« in linken Kreisen gesucht, so werden heute fraglos anarchistische Gruppen dafür verantwortlich gemacht. Die studentische Linke scheint nach Ueberwindung ihrer antiautoritären Phase auf dem Wege zu sein, sich in das System der »Ruhe und Ordnung« zu integrieren. Wieder einmal zeigen sich die unabhängigen Organe der Oeffentlichkeit unfähig, innere Prozesse und theoretische Auseinandersetzungen als Voraussetzung für geschichtliche Entwicklung zu begreifen.

Nach diesem Verständnis erscheinen studentische Proteste als letztes Aufbäumen vor der endgültigen Systemintegrierung. Dennoch treiben organisierte Gruppen, die sich als Protagonisten studentischer Politik verstehen, den Kampf an der Hochschule als konsequente Weiterentwicklung ihrer bisherigen Linie weiter. Seit kaum einem Jahr haben sich innerhalb verschiedener Fächer nahezu 20 Rote Zellen gebildet, die die studentische Massenorganisation bilden: Sie verfolgen das Ziel, alle sich sozialistisch verstehenden Studenten zu organisieren und die marxistische Wissenschaftstheorie als Bestandteil ihrer Agitation in die Universität hineinzutragen. In den Statuten dieser Roten Zellen ist die Arbeit an der Universität als gleichwertig neben der ausseruniversitären Praxis definiert, in der auf eine »antikapitalistische Berufspraxis« hingearbeitet wird. Die hieraus entstehenden Schwierigkeiten ergeben sich einerseits aus der Perspektivlosigkeit der eigenen Wissenschaft und anderseits aus der Notwendigkeit, die bereits vorgegebene Perspektive, die Wissenschaft habe dem Kapitalverwertungsprozess zu dienen, entgegenzuwirken. So ergibt sich für Germanisten die Schwierigkeit, mit Mittelhochdeutschkenntnissen vor rebellierenden Schülern zu stehen, so ergibt sich für Ingenieure der Widerspruch, als ausgebildete Beherrscher von lebendiger Arbeitskraft Arbeiter im Betrieb vom Ausbeutungsprozess befreien zu wollen.

Kampf an der Hochschule

Diese Schwierigkeiten und Widersprüche wirken auf den Kampf an der Hochschule zurück. Dabei sind die Kampffronten weiterhin die gleichen: Während an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität (FU) die Rote Zelle Oekonomie (»ROTZOEK«) eine Rote Woche veranstaltet, in der sie exemplarisch Lehrveranstaltungen aufsucht, um nach dem herrschenden Wissenschaftsbegriff zu fragen, besetzt die Rote Zelle Psychologie (»ROTZEPS«) seit einer Entscheidung des Akademischen Senats ihr Institut. Hier wurde beschlossen, ein mehrheitlich linkes Institut nach politischen Linien zu spalten, was der technokratischen Methode entspricht, erkämpfte universitäre »Freiräume« unter dem Schutz der Hochschulreform wieder in die Hand der Reaktion zurückzuführen. So sollen z. B. gerade die Bereiche Arbeits- und Betriebspsychologie, Ergonomie, Psycho-Physik und Physiologische Optik in den Fachbereich Erziehungswissenschaften eingegliedert werden, während die Fächer Pädagogische Psychologie, Sozialpsychologie und Sozialisationsforschung, ohne die die Erziehungswissenschaften ihrem Anspruch nicht gerecht werden können, am Restinstitut in dem ohnehin linken Fachbereich Sozialwissenschaften aufgenommen werden. Der Konflikt wird sich zuspitzen: Zusammen mit den anderen Roten Zellen der »FU« wird die »ROTZEPS« eine gemeinsame Strategie ausarbeiten, um dem Spaltungsvorhaben organisierten aktiven Widerstand entgegenzusetzen.

Ausserdem sollen zentral organisierte Kampagnen durch einen neugegründeten Hochschulausschuss der Roten Zellen durchgeführt werden, in dem eine Kampagne gegen das kürzlich eingerichtete Wissenschaftszentrum Berlin im Mittelpunkt steht: Handelt es sich doch um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die, mit Hilfe öffentlicher Mittel ungestört und jeder öffentlichen Kontrolle entzogen, Wissenschaft treiben kann, »die relevante Herrschaftsforschung privatisieren und zum direkten Anhängsel des Grosskapitals machen« kann. (Flugblatt Nr. 1 dieser Kampagne.) Die »ROTZEPS« zeigt die Parallelität des Wissenschaftszentrums zum Konflikt am eigenen Institut: »Kann der Versuch, dass Wissenschaftszentrum aufzubauen, angesehen werden als der Plan für das Kapital, relevante Forschungsvorhaben aus dem universitären Zusammenhang auszugliedern und so der Kontrolle einer politisch wachen Studentenschaft zu entziehen, so bedeutet die Spaltung des Psychologischen Instituts, dass Anstrengungen unternommen werden, die rationelle Ausbeutung systemtreuer Psychologen in den Disziplinen zu gewährleisten, die für den Kapitalverwertungsprozess relevant sind.« (Aus einer Stellungnahme der »ROTZEPS« zur Situation am Institut.)

Institutsbesetzung, Störungen von Lehrveranstaltungen, Kampagnen – Kampfformen wie zu Zeiten der Studentenrevolte –, dennoch besteht kein Zweifel: Seit vielen Monaten sind die Kämpfe der studentischen Massen an den westdeutschen Universitäten zu Ende; aber erst jetzt beginnt man, sich zum Verständnis der historischen Situation und zum Verständnis der eigenen Bewegung hinaufzuarbeiten.

Ideologien der Studentenbewegung

Die Studentenrevolte der Jahre 1965 bis 69 hat breite Teile der studierenden und lernenden Jugendlichen in antikapitalistischen Aktionen und Demonstrationen vereinigt. Sie nahm in ihren Aktionen (Schah-Besuch, Anti-Springer-Demonstrationen) die Ausmasse von Aufständen an, die zwar die Oeffentlichkeit verunsicherten, dennoch deutlich ihren Klassencharakter offenbarten. Auch revolutionäre Parolen, wie »Die Machtfrage stellen«, konnten nicht leugnen, dass diese Revolte nicht von der revolutionären Klasse, sondern von einer Menge empörter kleinbürgerlicher Intellektueller getragen wurde. Anlässlich der wilden Streiks in den westdeutschen Industriegebieten (besonders im Ruhrgebiet, im Saarland und in Bremen) im September vergangenen Jahres musste man lernen, dass trotz dem erkannten perfekten Verschleierungsmechanismus des Kapitals eine unzufriedene, für ihre Forderungen kampfbereite Arbeiterschaft im eigenen Land existiert, und damit war die Theorie vom stellvertretenden Kampf der Studenten für die Arbeitermassen ihrer Unrichtigkeit überführt.

Ende der Studentenbewegung bedeutet keineswegs Ende des Kampfes an der Universität; Ende der Studentenbewegung heisst

- Schluss mit der Theorie, dass die Arbeiterklasse durch die exemplarischen Aktionen der Studenten, durch ständige Provokationen gegen den Staatsapparat wachgerüttelt und auf die Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes hingewiesen werden müsse;
- Schluss mit der Theorie von der Transformation der Studentenbewegung in die Arbeiterbewegung, d. h. Fortsetzung der Studentenbewegung als proletarischer Klassenkampf, denn diese Transformationslehre leugnet die Tatsache, dass in den 50er Jahren offene Klassenauseinandersetzungen der Studentenbewegung vorausgegangen sind und dass in den 60er Jahren offene und verdeckte Klassenkämpfe die Studentenbewegung permanent begleitet haben, ohne dass

(Fortsetzung auf Seite 15)

SANDOZ

In der bunten Vielfalt unserer

Forschungs-
Entwicklungs-
Produktions-
Vertriebs-Abteilungen

finden Sie als

Chemiker

breiteste Einsatzmöglichkeiten. Die Grösse unseres Unternehmens ermöglicht es uns, Sie nach Ihren spezifischen Neigungen und Fähigkeiten einzusetzen, gleichgültig, ob Sie direkt von der Ausbildung kommen oder ob Sie durch bisherige praktische Berufstätigkeit bereits irgendwie festgelegt sind.

Wir geben Ihnen telefonisch gerne detaillierte Auskünfte oder erwarten Ihre Kurzbewerbung (mit Lebenslauf) unter Kennwort »Chemiker«.

SANDOZ

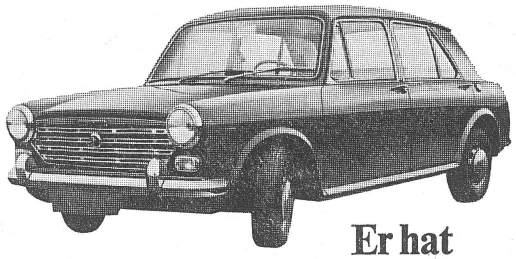
Personalwesen der SANDOZ AG
Postfach, 4002 Basel
Tel. (061) 44 00 11, intern 4810

SWISSAIR

Einige Studenten werden in den Semesterferien drei, vier oder mehr Wochen auf dem Flugplatz z. B. als Gepäckarbeiter tätig sein.

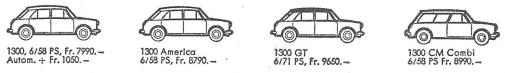
Sie interessieren sich auch? Wir senden Ihnen gerne ein Anmeldeformular.

Swissair, Personaldienst/PBB,
8058 Zürich, Tel. 83 56 11, intern 4071



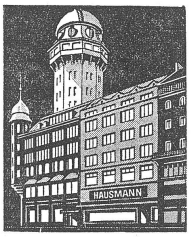
Er hat Quermotor, Frontantrieb und Hydrolastic-Federung. Austin 1300, Vorbild seiner Klasse. Das Original unter den vielen Kopien.

BRITISH LEYLAND



1300, 6/58 PS, Fr. 7990.– Autom. + Fr. 1050.– | 1300 America 6/58 PS, Fr. 8790.– | 1300 GT 6/71 PS, Fr. 9650.– | 1300 CM Combi 6/58 PS Fr. 8990.–

Emil Frey AG, 8021 Zürich, Badenerstr. 600, Telefon 051/545500



Beim Kaufe von Diagnostikbestecken, Stethoskopen, Reflex-Hämmern etc. erhalten Studenten gegen Legi nochmals **10% Sonderrabatt** auf Arztpreise.

Im führenden Fachgeschäft

Hausmann

Uraniastrasse 11
8001 Zürich
Tel. 25 77 57

Coiffeur E. Hotz

Zürich 1 **Rindermarkt 19**

Für Studenten
Ermässigung
Haarschneiden
ausgenommen am Samstag

Dienstag den ganzen Tag geschlossen

WURZEL

bei der
Zentralbibliothek

DER SPEZIALIST
FÜR DAS
WISSENSCHAFTLICHE
BUCH

Ihr Besuch freut uns

Unibar — Universitätsgebäude

Mensa der Universität

Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Tierspital
Karl der Grosse	Kirchgasse 14 (auch 1. Stock)
Olivenbaum	Stadelhoferstr. 10 (auch 1. Stock)

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Sie zählen auf Ihre Zukunft– wir rechnen damit

Sie schätzen Ihre Arbeitskraft. Für den zukünftigen Akademiker ist sie Hunderttausende von Franken wert, vielleicht eine Million. Haben Sie dieses Kapital sichergestellt?

Wer verunfallt, kann die Arbeitskraft verlieren. Unwiederbringlich. Wie steht es dann um die Zukunft, um die Karriere? Die Einkommensentwicklung eines Akademikers zeigt fast immer, dass die Arbeitskraft sein wertvollster Besitz ist. Wer sie in jungen Jahren ganz oder teilweise verliert, erleidet somit einen harten Schicksalsschlag. Weil dieses Problem so schwerwiegend ist, wollen wir es gemeinsam mit Ihnen lösen. Individuell.

Ob Sie bei einer beruflichen Tätigkeit, im Militärdienst, beim Sport, in Ihrer Freizeit oder in den Ferien verunfallen, Ihre Zukunft soll finanziell gesichert sein. Die neue Unfallversicherung der Winterthur-Unfall bietet Ihnen diese umfassende, weltweite Deckung.

Winterthur Unfall

Schweizerische Unfallversicherungs-Gesellschaft in Winterthur
General Guisan-Strasse 40
8401 Winterthur

COUPON

Bitte ausschneiden und in offenem Kuvert mit 10 Rp. frankiert einsenden an Winterthur-Unfall, Postfach, 8401 Winterthur

Ich wünsche

☐ Informationschrift «Schätzen Sie Ihre Arbeitskraft?»

Name:

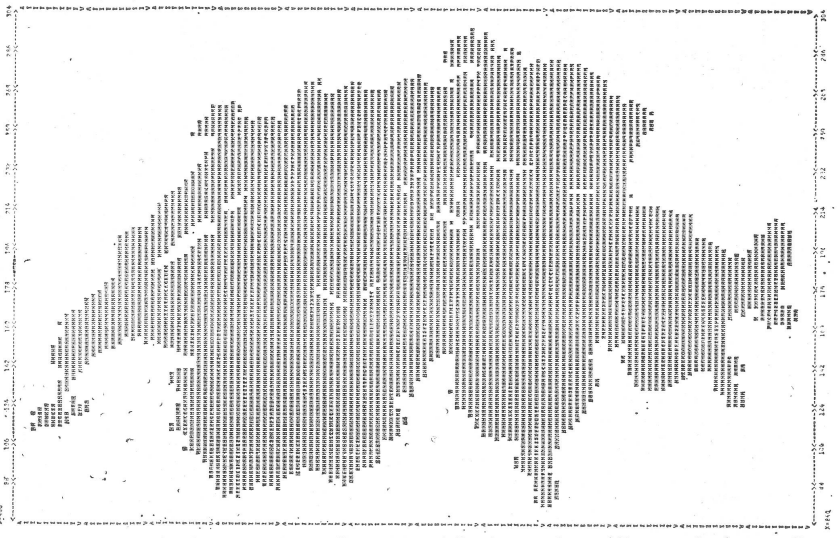
Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Französischer Charme und die Gauloises: das sind Dinge, die ich mag. Und – die Gauloises ist ja die Zigarette mit echt französischem Tabak.

L'ordinateur

au service de l'aménagement du territoire



L'ordinateur n'est qu'un instrument de travail permettant à l'aménageur de considérer tous les facteurs déterminants l'évolution d'un pays. Cette possibilité lui permet de faire une projection dans l'avenir et de tirer les consequences que peut avoir le choix de telle ou telle option. C'est au politicien de prendre ses résponsabilités.

A l'occasion du recensement de la population de cette année, certains cantons et communes ont décidé de participer à l'opération »Grille d'information« (Informationsraster). Le but de cette opération est d'intégrer les données à l'intérieur d'une grille recouvrant toute la Suisse et dont l'unité de base ou CUB (Rastereinheit) est un carré de 1 hectare. Chaque CUB sera caractérisé par un certain nombre de groupes spécifiques dont les éléments seront déterminés par une classification d'utilisation, de qualité ou de quantité. Le CUB sera caractérisé par les groupes suivants:

- *Géographique:* configuration du terrain, utilisation du sol ...
- *Economique:* la population, les déplacement journaliers, le tourisme, les classes d'âge, les revenus, la profession ...
- *Enseignement:* écoles, universités, écoles téchniques ...
- *Culture et loisirs:* théâtre, églises, restaurants, sports ...
- *Santé:* les divers hopitaux, les crèches ...
- *Administration:* commune, canton, police, prisons ...
- *Circulation:* réseau routier, ferroviaire, aérien, fluvial, la densité ...
- *Energie:* le pétrole, le gaz, l'électricité ...
- *Planification:* les plans en cours (cantonaux, communaux ...)

Dans la pratique cela se traduira pour le CUB par une série de chiffres donc chacun représentera l'élément à caractériser. Admettons que le groupe géographique soit caractérisé par le tableau suivant:

Utilisation du sol		Pente	
Elément	Code	Elément	Code
Inculte	1	0– 5%	1
Fleuve	2	5–10%	2
Lac	3	10–20%	3
Bois	4	20–40%	4
Prairies	5	40%	5
Culture	6		
Verger	7		
Vignoble	8		
Habitation	9		

Si le CUB est couvert par un bois et a une pente comprise entre 10 et 20%, il sera caractérisé, pour ces deux facteurs, par le chiffre-code 43. Pour 6 éléments répartis en trois groupes, un CUB pourra être défini par le chiffre:

432 880

qui se traduit par
- utilisation du sol: 4 (Bois)
- peute: 3 (10–20%)
- nappe d'eau souterraine: 2 (moyenne)
- route: 8 (aucune)
- chemin de fer: 8 (aucun)
- population: 0 (nulle)

Un langage d'interrogation a été mis au point pour que n'importe qui puisse en l'espace d'une journée apprendre à interroger la banque d'informations. Ce langage (ORL 1) a été élaboré en étroite collaboration avec IBM Zurich et permet d'obtenir les résultats soit sous forme de carte (voir la carte de la Suisse et la carte d'une commune), soit sous forme de tableau.

Pour déterminer le domaine de recherche, on dispose de deux mots-clefs: NUM pour l'interrogation d'un espace communal.
KOORD pour l'interrogation d'un espace géographique.

On pourra formuler des questions brûtes comme

FLN = 4

c-à-d tous les territoires couverts de bois, ou des questions »croisées«

FLN = 4, 5, 6, 8 & BON =1, 2

dans ce cas l'ordinateur cherchera tous les territoires ayant pour utilisation du sol les éléments 4 ou 5 ou 6 ou 8 et une pente avec les éléments 1 ou 2. Il est également possible d'associer les questions entre elles.

Exemple 1

NUM<1000 & FLN = 4, 5, 6, 8 & BON = 1,2

ODER

NUM<1000 & FLN = 4, 5 & BON = 1 & GRW = 1

Exemple 2

Question pour une commune:
FRAGE = 'EW>2000'; OUTPUT = EW';
TITEL = 'GEMEINDEN MIT MEHR ALS 2000 EINWOHNERN';
FRAGE = 'NUM>999';
TITEL = 'GEMEINDEN IM KANTON LUZERN';
FRAGE = 'EW<8000 & EW>2000 & (BER2+BER3) / BERT>0.5 & WEP>100';
OUTPUT = 'EW, (BER2+BER3) / BERT* 100, BERT, WEP-100';
FORMAT = 'F (8), F (12,2), F (12), F (12)';
TITEL = '2000–8000 EINWOHNER, >50% BERUFSTÄTIGE SEKTOR2+3, MEHR ALS 100 WEGPENDLER',

Ici seul les CUB répondants à la première ou à la seconde question seront séléctionées et imprimées. Pour la sortie des résultats, les mots-clefs suivant seront utilisées:

OUTPUT
indique les différents résultat à imprimer.

GRAPH
permet la sortie des résultats sous forme de carte géographique.

ZEICH
indique les signes symboliques qu'on désire faire imprimer sur les cartes et représentant un certain résultat.

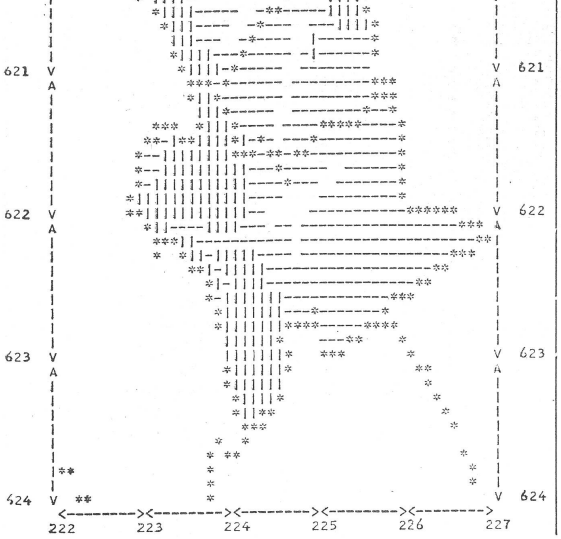
GRENZE
provoque l'impression des limites territoriales avec un certain signe également défini par l'aménageur.

A côté de ce fichier de surface, il existe deux autres fichiers: un fichier communal qui regroupe les limites territoriales de la commune et un fichier des lignes de force qui regroupe les réseaux »linéaires« (réseaux routier, ferroviaire ...) associés à un appareil le Digitizer« qui relève automatiquetail de combinaisons.
ment les coordonnées de n'importe quel point. En jouant avec ces tois fichiers l'aménageur dispose d'un large éven-

Pour améliorer cet »outil« de travail au caractère encore tres expérimental la banque doit être enrichie, c-à-d qu'il faut actualiser les données existantes et en obtenir de nouvelles, d'autre part l'essentiel pour une banque est de posséder des fichiers »vivants« donc de prévoir des procédures rapides de mise à jour qui lui évite de se figer. Enfin il faut diminuer peu à peu pour les informations traitées, les délais de réponse en substituant au temps »différé« le temps »réel«.

L'utilisation de cette banque facilitera l'évaluation des besoins, le calcul des coûts et contribuera finalement à rationaliser les choix, à l'exception du choix politique, qui lui dépasse le cadre de cet article.

Michel Tchang



Von der Berliner »Neuen Linken«

(Fortsetzung von Seite 13)

diese davon Kenntnis genommen hätte;
- Schluss mit der Ideologie der »arbeitenden Gruppen« (Betriebsgruppen, Schülerläden, Frauenbefreiungsrat etc.), die in alle gesellschaftlichen Bereiche eindringen sollen. Ihre politische Strategie lässt sich nur aus den jeweils zufälligen Praxiserfahrungen herleiten, was die zentralisierte vereinheitlichte Durchführung einer politischen Linie unmöglich macht.

Aus der Erkenntnis dieser klassenbedingten Illusion der studentischen Bewegung befinden sich verschiedene Fraktionen in einer Phase, den Bruch mit der Studentenbewegung zu vollziehen, und erkennen es als die wichtigste Aufgabe, die Arbeiterklasse zu organisieren.

In Anlehnung an diese Ideologie der »arbeitenden Gruppen« versucht die Projektgruppe Elektro-Industrie (PEI), die Arbeiterklasse zu organisieren. Obwohl die PEI keine Strategie anbieten kann und es auch nicht will, da sie die »Vereinheitlichung der Praxiserfahrungen« als Basis einer zukünftigen Strategie betrachtet, findet sie Anklang bei einigen wenigen Roten Zellen, denen die Notwendigkeit eines organisierten Kampfes sowohl im universitären als auch im ausseruniversitären Bereich nicht einsichtig ist und die weiterhin für die bisherigen Kampfformen der Studenten, wie Unterlaufung des Prüfungssystems etc., plädieren. Nach ihrer Konzeption soll der Hochschulkampf als geeignetes Mittel dienen, den Studenten die Einsicht in den Grundwiderspruch zu verschaffen, indem diese ihn selber durch die Kapitalisierung der Wissenschaft sinnlich erfahren: Während das Kapital die Naturwissenschaften und die Technik zur Rationalisierung und Automatisierung der Produktion zwecks Profiterhöhung verwertet, benötigt das Kapital die Gesellschaftswissenschaften zur Beherrschung der lebendigen Arbeitskraft. Als einzigen Ausweg kann die PEI dem Intellektuellen die Flucht aus der Universität in den Betrieb bieten, wo er am Grundwiderspruch direkt arbeiten kann. Die PEI ist deshalb von Relevanz, weil sie die Organisationsdebatte der West-Berliner Linken mitbestimmt.

Seit einiger Zeit besteht in der BRD und in West Berlin eine ausserparlamentarische Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML). Seit ihrem Bestehen hat sie es jedoch nicht verstanden, ihre Organisationsstruktur gemäss ihrem bolschewistischen Anspruch auf Betriebs- und Stadtteilzellen aufzubauen. Hierin ähnelt sie einer sozialdemokratischen Volkspartei, die den Kontakt mit sämtlichen Bevölkerungsschichten mittels Ortsverbänden, d. h. Wahlbezirken, herstellt; im Gegensatz zu einer bolschewistischen Partei, die den Schwerpunkt ihrer Agitation auf die Arbeiterschaft legt, was an den Arbeitsplätzen im Betrieb und in Stadtteilen mit mehrheitlich proletarischer Bevölkerung möglich ist. Bei verschiedenen Anlässen vermochte die Partei nicht, ihren politischen Führungsanspruch gegenüber der Arbeiterklasse entsprechend zu entwickeln: Die KPD/ML bemühte sich nicht, in die vergangenen Streiks aktiv einzugreifen, wodurch sie es auch unterliess, sich den Arbeitern, die sie doch organisieren will, als kämpfende Arbeiterpartei alternativ sowohl zu den parlamentarischen Parteien als auch zur revisionistischen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) darzustellen. In der von ihr kürzlich in West Berlin vorbildlich initiierten Kampagne gegen den Abbruch eines Krankenhauses im Arbeiterviertel Kreuzberg blieb sie dort stehen, wo auch jede studentische Kampagne stehenbleiben musste: Sie zog nicht die Konsequenz, die von ihr agitierten Arbeiter in ihrer Organisation aufzufangen. Somit muss sie sich den Vorwurf einer auf ökonomistischen Teilforderungen beruhenden Politik gefallen lassen, die sich im Aufgreifen von Lohnforderungen und Sozialkonflikten erschöpft.

Die eine Linie: Aufbauorganisation für die KPD

Die im März dieses Jahres mit ihrer »vorläufigen Plattform« an die Oeffentlichkeit getretene Aufbauorganisation für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/AO) begründet ihre politische Tätigkeit als KPD-Aufbauorganisation mit dem Ziel, »eine revolutionäre kommunistische Partei auf nationaler Ebene zu schaffen. Die Parteigründung setzt voraus, dass die Organisation auf nationaler Ebene in den proletarischen Massen verankert ist, d. h. dass die KPD-Aufbauorganisation ihren Führungsanspruch in den Massenkämpfen verwirklichen muss, indem sie die Richtigkeit ihrer politischen Linien in den Kämpfen selbst überprüft. »Einleitend versteht es die KPD/AO in ihrer vorläufigen Plattform, die Kritik der Studentenbewegung selbstkritisch aufzugreifen und anzuerkennen, da ihre Mitglieder selbst aktiv an der Studentenbewegung teilgenommen haben. Die organisatorischen Prinzipien und nächsten Aufgaben der aufzubauenden Partei leiten sich aber nicht nur aus dieser Analyse her, sondern auch aus dem historischen Verständnis für die KPD der Weimarer Republik, deren Niederlagen in den Arbeiterkämpfen als Konsequenz der mangelnden Anwendung der organisatorischen Richtlinien der Kommunistischen Internationale begriffen werden. Als organisatorisches Prinzip soll der demokratische Zentralismus angewandt werden, wie er im Statut der Kommunistischen Partei Chinas niedergelegt ist: »... die gesamte Partei muss sich der einheitlichen Disziplin fügen: Unterordnung der Einzelnen unter die Organisation, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Unterordnung der unteren Ebene unter die höhere, Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee ... Es muss eine politische Situation geschaffen werden, in der beides, sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, (...) vereint ist. »Neben Zellen in den Betrieben und Stadtteilen, den Grundeinheiten der Partei, verlieren die Zellen an den Hochschulen nicht ihre Bedeutung: Sie haben sich jetzt zu verstehen als studentische Massenorganisationen im Dienste und unter der Führung der kommunistischen Partei mit der Aufgabe, den Standpunkt der dort organisierten Intellektuellen als Verbündete des Proletariats zu bestimmen. Somit versucht die KPD/AO nicht nur Einfluss auf die Arbeit der Roten Zellen zu nehmen, sondern versucht auch, die relative Isoliertheit der einzelnen Roten Zellen aufzuheben.

Die andere Linie: Sozialistische Einheitspartei

War der West-»Berliner Extra-Dienst« noch vor Jahren das Organ der Westberliner APO, so distanziert er sich seit längerer Zeit von den Aktivitäten der organisierten Gruppen und verfolgt eine Politik, die sich der Linie der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) nähert. Die immer grösser werdende Kluft zeigte sich deutlich am 1. Mai: Als hier die Organisationsdebatte ihren Höhepunkt hatte, dennoch alle daran Beteiligten sich zu einer Demonstration durch die Arbeiterviertel Westberlins zusammenfanden, rief der »Berliner Extra-Dienst«, sich der Organisationsdebatte enthaltend, gemeinsam mit der SEW zur Gewerkschaftsdemonstration vor dem Schöneberger Rathaus auf. Hat Lenin noch die Parole »Hinein in die Gewerkschaften!« ausgegeben mit dem Ziel, die dort organisierten Arbeiter gegen den Gewerkschaftsvorstand unter der Leitung einer kommunistischen Partei zu mobilisieren, so meint der »Berliner Extra-Dienst« heute, auf den organisatorischen Rückhalt einer Partei verzichten zu können und die Arbeiter individuell zu agitieren. So weigert sich der »Berliner Extra-Dienst«, der sich zum Organ der linken Sektierer entwickelt hat, die Politik der organisierten Gruppen mitzuverfolgen, und schliesst sich anstelle dessen lieber einer stagnierenden SEW-Politik an, die augenblicklich nicht einmal in die Westberliner parlamentarische Politik einzugreifen vermag und die bei einem aufsehenerregenden Streik aller Westberliner Gymnasien schon bei Forderungen, die in der Springer-Presse zu finden waren, stehenblieb.

Barbara Schneidewind
Harro Schweizer

Zum guten Essen:

Tellerservice und Spezialitäten, indische, chinesische, japanische und indonesische Speisen. Fondues mit Käse und Fleisch.

Studentenkarte (auf 12 Essen ein Essen gratis) **All-In-Menus** (Getränk –.60, Kaffee –.60).

Glace-Spezialitäten:

Wir sind stadtbekannt für unsere feine Konditorenglace. Auf unseren Boulevardterrassen und in unserem Gartenrestaurant im »Rosenhof« können Sie sich richtig entspannen.

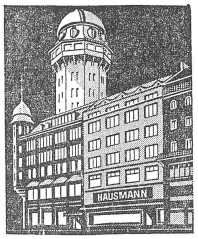
aschinger

Biber + Wellenberg

Die von Studenten bevorzugten alkoholfreien Spezialitätenrestaurants am Hirschenplatz (bei der Zentralbibliothek) 100 Schritte vom Limmatquai.

Jeden Freitag:

Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei).



Reichhaltiges, durchwegs rostfreies

Sezierbesteck

zum Schlagerpreis von Fr. 35.—

Im führenden Fachgeschäft

Hausmann

Uraniastrasse 11
8001 Zürich
Tel. 25 77 57

Anpassung gratis. Studenten 5% Rabatt.

Willy Korn

Mode für Studiker

Sonneggstrasse 21
Zürich

Lieferung nur an konz. Firmen

OTTO FISCHER AG

Elektrotechnische Artikel en gros
Zürich 5 Sihlquai 125 Postfach 8023 Zürich ☎ 051/42 33 11

In nur 14 Stunden blind maschinenschreiben!

(Oder in 12 Stunden Ihre Schreibgeschwindigkeit um 100 Anschläge steigern!)

Mit der revolutionären Sight + Sound Methode kann das heute jedermann. Dazu einzigartige Vorteile:

- Kein Üben zu Hause
- Keine eigene Maschine nötig
- Kein Bücher- und Lehrmittelkauf
- Alter und Vorbildung gleichgültig
- Freie Wahl der Kursstunden zwischen 8 und 20 Uhr
- Täglich eine Stunde
- Anfängerkurse beginnen täglich
- Schnellschreibkurse beginnen 10mal täglich
- Ermässigung für Gruppen, Schüler, Studenten, Familien und AHV-Bezüger

Überzeugen Sie sich selbst!
GRATIS-DEMONSTRATION jeden Montag und Donnerstag um 18 und 19.15 Uhr, Mittwoch 16 Uhr

SIGHT + SOUND EDUCATION
SWITZERLAND SA

Löwenstr. 23, 8001 Zürich, Tel. 27 15 00 und 27 02 21

Sonnegg-Drogerie

Die Studierenden wissen, dass sie bei uns sämtliche Toiletten- und Parfümerie-Artikel finden und besonders freundlich und gut bedient werden.

Sonneggstrasse 27, Zürich 6
beim Poly, **Tel. 47 64 59**
A. Rüedlinger

USBGS

Fluntern

Die Bank für Professoren, Assistenten, Studenten berät Sie in Ihren finanziellen Problemen, wie

Kredit

für Praxiseröffnung, Zahlungsverkehr mit In- und Ausland, Kapitalanlage.

*

Lassen Sie sich von uns beraten. Unser Verwalter H. P. Keller steht zu Ihrer Verfügung.

Telefon 47 57 47, bei der alten Kirche Fluntern, Tram 6 und 5, zu Fuss 5 Minuten ob Kantonsspital.

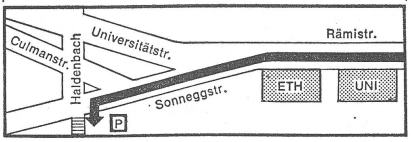
Zwar im 59. Jahrgang, aber genau so jung wie Sie!

SCHWEIZER ILLUSTRIERTE

jeden Montag an Ihrem Kiosk.

Taschenbücher!!!
rororo. Fischer.
Heyne. Ullstein.
Goldmann. Knaur.
Suhrkamp. dtv.
Wir haben alle.
Uebrigens:
Wir machen jetzt auch Fotokopien.
Für 20 Rappen.

Hier:



Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.

Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 8.30—12.15 und 13.00—18.30 Uhr

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich

Philosophie und Ideologie

Es ist müssig, in der Geschichte der Philosophie nach einem Fortschritt zu suchen. Philosophie ist in ihrem letzten Gehalt keine Wissenschaft, sondern eine Stellungnahme. Jede Stellungnahme erhält ihren Wert durch die Persönlichkeit, die hinter ihr steht.

Es gibt so viele Philosophien, wie es Philosophen gibt. Diese Philosophien unterscheiden sich nur in der unteren Ebene durch ihren logischen, wissenschaftlichen Gehalt. Auf der höheren Ebene ist die schöpferische Persönlichkeit, deren Philosophie sie ist, das Kriterium für ihren Wert.

Nur auf der genannten unteren Ebene kann man die philosophischen Systeme nach ihrer Richtigkeit vergleichen. Es hat immer grosse Philosophen gegeben, die weder das Wissen ihrer Zeit, noch die Logik, noch die Methode beherrschten.

Ist Philosophie Wissenschaft?

Dieses radikale Urteil über die Wissenschaftlichkeit der Philosophie ist keineswegs eine Minderung ihres Werts. Es darf auch nicht behauptet werden, dass die Philosophen darauf verzichtet hätten, nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu denken. Aber das Ergebnis ist eindeutig: wenn die Philosophie eine Wissenschaft wäre, müsste sie der Forderung genügen, die wir etwa an die Physik oder die Chemie oder an weite Bereiche der Biologie stellen, nämlich dass es nur eine einzig richtige Philosophie gibt. Der Gedanke, dass man mehrere, einander widersprechende Physiken oder Chemien entwickeln könnte, ist absurd, soweit es sich um nachprüfbare Erscheinungen handelt und um Theorien, die durch Experiment und Rechnung als richtig oder als unvollkommen erwiesen werden können. Selbst für die Philologie und einige andere Geisteswissenschaften, vor allem aber für die gesamte Technik gilt das Kriterium der schlüssigen Beweisbarkeit oder der Verifizierbarkeit und damit der Möglichkeit, die Anerkennung und Geltung wissenschaftlicher Erkenntnisse bei allen normal denkenden Menschen mit logisch-mathematischen Mitteln oder durch ein Zurückgehen auf die Tatsachen und Gegebenheiten zu erringen.

Als ich 1915 in den Argonnen den ersten Feuerüberfall mit amerikanischen Granaten aus Bethlehem-steel erlebte, suchte ich einen Halt in der Philosophie, die ich elf Semester studiert, und in der Religion, unter deren Einfluss ich seit meiner Jugend gestanden hatte, ohne dass ich damals schon konsequent genug gewesen wäre, die Fragwürdigkeit der Religionen mit ihren Verheissungen sowie der Philosophie mit ihren Voraussetzungen von Grund auf anzuerkennen.

In diesen Minuten physischer Angst wurde mir klar, warum ich trotz eifrigen Bemühens während meines Studiums keinem Philosophen begegnet war, weder in der Literatur noch auf dem Katheder, dem ich mich hätte anschliessen mögen. Ich sah ein, dass es eine »philosophia perennis« nicht gibt und nicht geben könne, denn *jede Philosophie hat ihre eigenen Voraussetzungen*. Jede Philosophie lässt sich bei Beherrschung der Technik des Denkens aus diesen Voraussetzungen ableiten. Ja noch mehr, jede überhaupt mögliche Philosophie ist aus einer entsprechenden Kombination von Voraussetzungen konstruierbar.

Mathematik und Logik

Daher kam mir der Gedanke, in der Philosophie das gleiche zu versuchen, was in der *Mathematik* erstmalig von Euklid geleistet wurde, nämlich durch eine systematische Analyse die den einzelnen grösseren philosophischen Systemen zugrundeliegenden Axiome zu ermitteln. Es hätte sich dann eine Tafel der Axiome ergeben müssen, die alle Voraussetzungen der betreffenden philosophischen Systeme möglichst exakt und lückenlos in ihrer einfachsten Form offenbarte.

Spätere Versuche, den Sinn der modernen mathematischen Grundsatzüberlegungen zu erfassen, führten auch methodisch zu einer Erweiterung und Verfeinerung dieser Axiomatik, ebenso wie durch Gauss, Riemann, Hilbert, Klein und andere die Aufstellung und Auswahl der Axiome zu neuartigen Geometrien und mathematischen Systemen führte, von denen sich Euklid, der das Absolute gefunden zu haben glaubte, noch nichts träumen liess.

Die Grundlagenforschung der Mathematik erweiterte unser Denken unter ständigem Zurückgreifen auf die Logik und ihre Stichhaltigkeit zu einer Vielfalt von möglichen und in sich geschlossenen, widerspruchsfreien mathematischen Systemen. Dabei wurde die Zurückführung auf die Anschauung und die Anschaulichkeit, die für Euklid die Richtschnur bei der Aufstellung seiner Axiome bedeutete, als eine engherzige, trügerische Herrscherin entlarvt und entthront. Das führte nicht etwa zu »metamathematischen Spekulationen« – ein Ausdruck, den ich von einem Philosophen hörte –, es wurden mathematische Formen entwickelt, die später auf einem langen Umweg in der Physik sich als anwendbare, also auch wirklichkeitsgetreue, realisierbare Gedankengebilde oder, besser gesagt, »Abbilder« erwiesen.

Der erste Erfolg dieser neuartigen Axiomatik waren die *nichteuklidischen Geometrien* von Gauss, Bolyai und Lobatschewskij. Später haben dann vor allem Riemann und nach ihm Klein gezeigt, dass es beliebig viele, in sich widerspruchsfreie Geometrien gibt, wobei allerdings ihre praktische Anwendung auf unsere sogenannte Wirklichkeit bis auf einzelne, erst in jüngster Zeit auftretende Gelegenheiten nicht zur Diskussion stand. Es handelt sich lediglich um den Versuch, die Grenzen des mathematischen Denkens zu erreichen. Unerlässlich war immer der Rückgriff auf die Gültigkeit der Logik, wie sie von Aristoteles formuliert und auf drei Hauptsätze zurückgeführt wurde: den »Satz von der Identität«, vom »Widerspruch« und vom »ausgeschlossenen Dritten«. Länger als zwei Jahrtausende genügte diese aristotelische Logik, die dann erst von Leibniz durch den »Satz vom zureichenden Grunde« vollendet wurde, durch diesen fundamentalen Satz, gegen den sich Alchemie, Theologie und Philosophie unbekümmert vergingen und heute noch vergehen.

Und die *Logik*? Die zuerst von Russel und Couturat eingeleiteten Untersuchungen zielen darauf ab, die Grundsätze der Logik und die aus ihnen abgeleiteten Denkformen *auf die Mathematik zurückzuführen*. Dahinter steckte natürlich der Glaube, dass die Mathematik mehr Sicherheit böte als die Logik.

Diese neue mathematische oder auch deiktische Begründung der Logik bildete bald ein eigenes Lehrfach, das Logistik heisst, ein Ausdruck, der neuerdings auch in der Vorbereitung der Kriegsführung, allerdings mit ganz anderem Sinngehalt, eine Rolle spielt.

Die modernen Logiker haben also teilweise die Versuche aufgegeben, mit Hilfe der Wörter, also des sprachlichen Ausdrucks, zu eindeutigen Begriffen zu gelangen, da sie einsehen mussten, dass in den Grenzstreifen der Denkregionen, wo letzte Begriffsschärfe unerlässlich ist, die Wortbedeutungen zu sehr flattern, um eine letzte eindeutige Mitteilbarkeit, ja auch nur eine gleichbedeutende, gleichsinnige Verwendung über einen Denkprozess hinweg zu erlauben, eine Erkenntnis, die jeder gewinnt, der aus einer Sprache in eine andere übersetzen will.

Deshalb bemühen sich diese modernen Logiker, den sprachlichen Ausdruck durch Zeichen zu ersetzen. Sie erreichen damit die erstrebte deiktische Eindeutigkeit, die Zurückführung auf den Satz von der Identität; aber der überdeckte Bereich ist so eng, dass bisher keine nennenswerten Folgerungen aus solchen Ansätzen gewonnen werden konnten. Also es bleibt: an Zeichen kann man sich sicherer halten als an Wörter. Mit Wörtern gelingt es nur dem Auserwählten, die gemeinten Begriffe bestenfalls »einzukreisen«, so dass sie in dem Empfänger die annähernd gleichen, ähnlichen oder analogen Gedanken wecken und gewollte, beabsichtigte Denkprozesse auslösen und steuern.

Diese Entwicklung beleuchtet am stärksten die Zweifel, die Mathematiker wie Logiker in die Stichhaltigkeit ihres Denkens setzen. Der Mathematiker vermisst den letzten Halt, den er in der Autorität der Logik finden will – umgekehrt: der Logiker will die Gültigkeit logischer Gedankengänge durch einen Rückgriff auf die Mathematik erhärten.

Logik und Mathematik gelten heute als die Repräsentanten letzter Exaktheit, Richtigkeit, Klarheit und Eindeutigkeit. Wenn diese beiden, mit aller Schärfe unseres Verstandes aufgebauten Wissenschaften das Bedürfnis haben, sich aufeinander zu stützen, so beleuchtet das die Relativität unseres Denkens. Im täglichen Leben bis hinauf zu den grossartigsten Konstruktionen der Technik spielt diese Unsicherheit keine Rolle, wenigstens vorläufig nicht. Aber beim Vordringen in die äussersten Regionen unseres Begreifens entscheiden sie über Dichtung und Wahrheit.

Aufruf an die demokratische Ideologie

Hinter diesem Problem steht die Frage nach der *Eindeutigkeit unserer Begriffe*. Schon die elementaren logischen Grundsätze von Aristoteles leiden unter dieser Unbestimmtheit. Das erste Axiom des Aristoteles A = A führt unmittelbar in das uferlose Gewirr der Begriffslehre hinein. In einem primitiven Bereich kann man sagen, »ein Mensch ist ein Mensch«, und das mag genügen. Aber wenn ich diesen Begriff mit seiner unermesslich vielgestaltigen, schliesslich in Milliarden Individuen sich auflösenden Bedeutung in Deduktionen verwende, die an wesentliche oder gar metaphysische Fragen rühren, dann zerflattert er in lauter undefinierbare Willkürlichkeiten. Greifbar bleibt dann nur noch der biologische Begriff des homo recentissimus. Schon die geringste Abschweifung in die Entwicklungsgeschichte führt in allergrösste Unsicherheit.

Von dieser Besonderheit des Flatterns der Begriffe machen Theologie, Weltanschauung, Politik, Gemeinschaft und Gesellschaft ausgiebig Gebrauch. Wenn schon die Mathematik mit all ihrer Präzision und Schärfe nicht zur letzten Eindeutigkeit vordringen kann, obwohl es sich um allerelementarste Begriffe und Setzungen handelt, wenn sich Irrtümer, fehlerhafte Voraussetzungen und Fehler in der Deduktion erst nach vielgliedrigen Denkprozessen herausstellen, nämlich dann, wenn man zu letzten Schlüssen und Entscheidungen kommt – wie kann man dann erwarten, dass man in der Analyse der Wirklichkeit jemals eindeutige und absolute Begriffe, also die sogenannte Wahrheit findet?

Atommeiler — Ergebnisse der Philosophie?

Eine leidige, aber durch die Geschichte sanktionierte Unsitte der Philosophen ist darin zu sehen, wenn Philosophen, manchmal schon im Titel ihres Hauptwerks, den Sinn der Mannigfaltigkeit der Welt oder der Wirklichkeit auf einige wenige Prinzipien zurückführen wollen. Eine solche Betrachtungsweise macht im allgemeinen auf Menschen, die nicht gelernt haben, scharf nachzudenken, den Eindruck tiefsten Eindringens in den Sinn der Welt und höchster Kraft.

Diese Klarheit ist jedoch trügerisch und dient nur dazu, dem Philosophen die Möglichkeit zu geben, beliebige Schlüsse zu ziehen. Ein Beispiel ist Schopenhauers Hauptschrift: »Die Welt als Wille und Vorstellung.«

In den Anfängen der Philosophie wirkten solche Argumente, die zu einer Vereinfachung der Erkenntnis führten, treffend und überzeugend. Ebenso sind darum auch die Ableitungen, soweit sie sich in vorsichtigen Grenzen halten, um nicht mit der Wirklichkeit zusammenzustossen, zunächst einleuchtend. Aber mit genau dem gleichen Recht kann man die Wirklichkeit über einen anderen Leisten schlagen. Das hat nichts zu tun mit dem äusserst erfolgreichen Bemühen der Physiker und Chemiker, mit immer neuen Einsichten die letzten und einfachsten uns zugänglichen Elemente der Natur zu erfassen.

Die Stichhaltigkeit solcher Zurückführung aller Naturerscheinungen auf allgemeingültige Elemente ergibt sich nach der Forderung von Heinrich Hertz, »Einleitung in die Mechanik«, aus der Sicherheit der Voraussage und der Verifizierbarkeit durch Experiment und Technik. Die letztere ist sicherlich das entscheidende Kriterium. Der Atommeiler und die Atombombe sind die überzeugenden Beweise für die Brauchbarkeit der physikalischen Vorstellungen von jenseits unserer Sinne und unseres Zugriffs liegenden Vorstellungen vom Wesen der Atome.

Verworrenes Wurzelwerk von Voraussetzungen

Somit gibt es keine gültige Philosophie. Es gibt keine Philosophie, die etwas Absolutes über die Welt und über uns selbst aussagen könnte. *Denn jede Philosophie ist abhängig von den Voraussetzungen, die an ihrem Anfang stehen.*

Diese Voraussetzungen sind dem Philosophierenden keineswegs lückenlos bewusst. Wäre das der Fall und wären die Philosophen ausserdem so offen, dass sie ihre Voraussetzungen wie die Grundlagenmathematiker am Anfang ihrer Abhandlungen sauber definierten, so wäre es leichter, die philosophischen Systeme miteinander zu vergleichen, gegeneinander abzumessen und ihren Wahrheits- und Wirklichkeitsgehalt zu ermessen. Dann könnte auch der Laie auf den ersten Blick feststellen, welche Philosophie auf Grund ihrer Voraussetzungen ihn anspricht, welche Weltanschauung er billigen und sich zu eigen machen will.

Noch von einer anderen Seite her muss das untersucht werden, nämlich: wenn schon der Philosoph seine Voraussetzungen kennt und nennt, so ist zunächst zu klären, ob diese Voraussetzungen plausibel, das heisst glaubwürdig sind; ferner, ob sie wenigstens untereinander widerspruchsfrei sind. Sobald nämlich die Voraussetzungen einander widersprechen, gewinnt der Philosoph die Freiheit, im Verlauf seines philosophischen Gedankengebildes je nach Wunsch und je nach der Situation wahlweise von einer der beiden einander widersprechenden Voraussetzungen Gebrauch zu machen. Damit sind Irrtümer und Fälschungen Tür und Tor geöffnet.

Ein weiteres Kriterium für den inneren Wert einer Philosophie ist: Hat der Philosoph seine Ergebnisse aus seinen Voraussetzungen durch bündige Deduktionen gewonnen, oder hat er Denkfehler gemacht, das heisst im Verlauf seines Philosophierens Gesetze verletzt, also die logischen Grundgesetze missachtet, vor allem, was am häufigsten ist, den Leibnizschen Satz vom zureichenden Grunde – oder hat er, um sein System bauen zu können, unvermittelt weitere Axiome benutzt?

Die Voraussetzungen erwachsen aus einem verworrenen Wurzelwerk. Man kann sie, wie Descartes es gewollt hat, durch eine kritische Analyse der Wirklichkeit gewinnen. Aber schon bei dieser Analyse sprechen selbst dann, wenn der Philosoph bemüht ist, unvoreingenommen zu bleiben, in wechselndem Umfang Motive hinein, die unwissenschaftlich, ja unrealistisch sind. Solche Motive haften in jedem Kopf als Residuen von Erziehung, Erfahrung und Erlebnis. Sie sind ferner bedingt durch die ererbten Anlagen, also durch alles das, was von der Rasse herkommt. Sie sind ausserdem abhängig von der Konstitution, seelisch wie körperlich, bis zu den versteckten Eigenarten unseres Organismus. Von Bedeutung sind ferner die Lebensverhältnisse und die Umgebung, die Richtung, der man sich anschliesst, der Kreis, in dem man aufgewachsen ist oder den man sich ausgewählt oder geschaffen hat. Die Matrizen für solche Motivationen ruhen, dem Träger meist unbekannt, im Unter- oder Unbewussten.

Daher ist jede Philosophie, soweit sie nicht zu ganz bestimmten Zwecken aufgestellt wurde, also zum Beispiel zur Rechtfertigung von politischen und gesellschaftlichen Massnahmen oder zur Stützung von Dogmen, in ihren letzten Ursprüngen, in ihrer Haltung und in ihrem Ziel ein Wunschbild, das bei nachhaltiger Prüfung mehr über den Autor und seine Absichten als über die Wirklichkeit aussagt.

So ist jede Philosophie, jede Weltanschauung, jede Religion zunächst nur eine *in sich selbst beruhende Ideologie*, also ein Gefüge von Gedanken und Ideen. Wert und Fülle dieses Gefüges sind abhängig von der Einstellung des Urteilenden. So mag der eine an einer solchen Ideologie billigen, dass sie versucht, möglichst enge Verbindungen mit der Wirklichkeit zu halten und sich in all ihren Teilen auf das zu beschränken, was die sogenannte Wirklichkeit vorschreibt. Das versuchen die sogenannten Naturphilosophen. Ein anderer wird die Ideologie anerkennen, die sich absichtlich über die Wirklichkeit erhebt, sie missachtet oder sogar verachtet und verneint, die ihm aber Auskunft erteilt über letzte Dinge, wie Gott, Kosmos, ewige Seligkeit und ewige Verdammnis. Wieder einer verlangt von einer ihm gemässen Ideologie eine Aufklärung über die Natur des Menschen, über den Sinn des Lebens, er fordert eine Begründung der Ethik, der Aesthetik, der Gesellschaftslehre.

Funktion der philosophischen Bildwerke

Gegen das Tun der Denker soll damit nichts gesagt sein, denn der Mensch hat zu allen Zeiten, die wir historisch übersehen und erschliessen können, den Drang nach einem zusammenhängenden, sein eigenes Dasein erklärenden Weltbild gezeigt. Dabei ist es im Sinne der Lebenspraxis völlig gleichgültig, ob in einem solchen Weltbild die Tendenz sichtbar wird, alles Bekannte oder Denkbare in ein System zu bringen, oder ob es sich um reine Dichtung handelt. Nachdem wir festgestellt haben, dass alle Weltanschauungen auf

(Fortsetzung S. 18)

Weltmarken zum MIGROS-Preis

(Fortsetzung von S. 17)

ungeprüften Voraussetzungen beruhen, für die man weder aus der Logik noch aus der Mathematik heraus Anerkennung durch die Vernunft erzwingen kann, ist damit die wahre Freiheit des schöpferischen Geistes fundiert. Jetzt braucht man nicht mehr zu fragen, ob eine Philosophie richtig oder falsch ist, jetzt darf man sie mit vollem Recht danach beurteilen, in welchem Masse sie das Lebensgefühl zu steigern und wen sie mehr oder weniger stark in ihren Bann zu ziehen vermag. In dieser Hinsicht gleichen solche philosophischen Bildwerke den Religionen und den Dichtungen. Und solche Philosophien sind Ausdruck des Zeitgeistes, selbst dann, wenn sie versuchen, eine Tradition zu stützen oder zeitlos zu reden.

Legitimität der Philosophien

Die Philosophien können als Phantasiegebilde noch so unsinnig und unwahrscheinlich ausfallen – sie behalten ihren Wert, solange sich jemand an ihnen freut, solange jemand an sie glaubt und in ihnen eine Erklärung und Erhöhung des Daseins findet. In dieser Beziehung stehen sie in einer Reihe mit den Kunstwerken, vor allem der Dichtung, von denen ja auch neuerdings nicht einmal Glaubwürdigkeit, Natürlichkeit, Formvollendung und innere Wahrhaftigkeit verlangt wird. Deshalb gewinnt die Meinung, die im Anfang dieser Darlegungen ausgesprochen wurde, nämlich dass die Philosophien ihren Wert durch die Persönlichkeit erhalten, die aus ihnen spricht, an Geltung. Die Philosophie eines Genies ist, mag sie noch so »falsch« sein, wertvoller als die Fleissarbeit eines Adepten oder kleinen Propheten, mag sie noch so viele »richtige« Gedanken enthalten. Ebenso wenig, wie es ein allgemeingültiges Kunstwerk gibt, gibt es eine allgemeingültige Philosophie. Ebenso wie sich in der Kunst Zeitströmungen und damit Wandlungen im menschlichen Wesen spiegeln, ebenso sind die grossen philosophischen Systeme zeitgebunden und zeitbedingte Spiegelungen der Entwicklung der Menschheit. Daraus folgt: legitim ist jede Philosophie, die sich darauf beschränkt, den Menschen und Gott zu erklären oder zu deuten – legitim jede Philosophie, die versucht, einen Ueberblick zu gewinnen über unser heutiges Wissen und es auf einheitliche Grundlagen zurückzuführen. Aber hier gilt schon eine Einschränkung, nämlich dass die Philosophie nicht legitimiert ist, den Einzelwissenschaften Vorschriften zu machen, wie es am klarsten in der Scholastik der Fall war und bis in die jüngste Zeit hinein geübt wird. Vor allem ist die Philosophie nicht legitimiert, verbindliche Postulate aufzustellen, Normen zu setzen für unser Erkennen, Urteilen und Handeln.

Aufruf an die demokratische Ideologie

Man sollte, solange man nicht alles Religiöse, alle Sehnsucht nach metaphysischen Bindungen und kosmischer Geborgenheit über Bord wirft, philosophisch-ideologische Bemühungen hoch einschätzen. Man soll sich aber gegen sie wehren, wenn sie es darauf anlegen, eine Macht zu stützen, die alle kritischen und anders gearteten Einstellungen unterdrückt. Es ist ein allererstes Erfordernis der sogenannten demokratischen Ideologie, dass sie für jede Geistesrichtung geschützte Räume schafft, dass jeder Gedanke, jede Richtung die *Freiheit* hat, für sich zu werben und damit gegebenenfalls Kritik zu üben an andern, gegnerischen Bestrebungen. Man kann nicht ohne innere Unwahrhaftigkeit und bösen Willen dem einen zugunsten des andern den Mund verbieten. Diese Forderung ist bislang eine Utopie geblieben. Der Kampf der Geister geht oft genug in einen Kampf der Fäuste über. Das ist eine unverkennbare Seite des menschlichen Wesens. Märtyrer der Ueberzeugung hat es in verschiedenen Formen zu allen Zeiten und in allen Völkern gegeben, und es ist nicht abzusehen, dass die Menschheit einmal wirklich Ernst macht mit ihrer Parole von der Freiheit, von der Freiheit des Geistes.

Eduard Wildhagen

Verhaltensforschung

Die Liberale Studentenschaft bildet eine neue Arbeitsgruppe

Beruht die Aggression auf einem angeborenen Trieb oder wird sie durch Frustrationen erzeugt, die sich aus repressiven Gesellschaftsordnungen ergeben? Ist der Nationalismus ein biologisch verankertes Territorialverhalten oder die Folge einer gesellschaftlich bedingten Perversion der natürlichen Anlagen des Menschen?

Die Lösung der vielfältigen Probleme des Zusammenlebens, die sich den heutigen und zukünftigen Generationen stellen, erfordert in wissenschaftlicher Hinsicht zunächst Klarheit darüber, welche *Verhaltensweisen* des Menschen *ererbt* und welche von der Umwelt *geprägt* und *anerzogen* sind. Denn die ersteren müssen als Gegebenheiten hingenommen werden – es sei denn, es gelänge, das Erbgut gezielt zu verändern. Ungünstige Prägungen des Verhaltens durch die Umwelt sollten sich dagegen verhindern, günstige fördern lassen und das Verhalten, das lediglich anerzogen ist, lässt sich wohl durch Erziehung auch weitgehend wieder verändern. Die Verhaltensforschung vermag daher einerseits einen wesentlichen Beitrag zur schlüssigen Beantwortung der Frage zu leisten, *wie weit der Mensch manipulierbar und wie weit er manipulationsresistent*, wie weit er »besserungsfähig« und wie weit er »unverbesserlich« ist. Anderseits vermag dieser moderne Zweig der Forschung auch Anhaltspunkte dafür zu liefern, welche Institutionen sich allenfalls bewähren können und welche naturnotwendig zu unlösbaren Konflikten führen müssen.

Diese Ueberlegungen haben die LSZ bewogen, eine Arbeitsgruppe *»Verhaltensforschung«* zu bilden, an deren Arbeiten nicht nur Mitglieder, sondern auch Aussenstehende – einschliesslich im Berufsleben stehender Akademiker – teilnehmen können. Bedingung der Teilnahme ist nur, dass der Interessent *mindestens eines der nachfolgend angeführten Bücher gelesen hat* und bereit ist, die von der Arbeitsgruppe bis zu seinem Eintritt erarbeiteten Unterlagen zur Kenntnis zu nehmen, bevor er in die Diskussion eingreift.

Die erste Sitzung wird am *Montag, den 29. Juni 1970, um 20.00 Uhr, im ORL-Institut der ETH, Weinbergstrasse 98, stattfinden.*

Interessenten sind freundlich eingeladen, sich vorher mit dem untenstehenden Talon anzumelden, damit wir die nötigen organisatorischen Massnahmen treffen können.

LSZ

Literaturangaben:

– Robert Ardrey, The Territorial Imperative, Collins, London, 1967
– Arthur Koestler, Das Gespenst in der Maschine, Molden, 1968
– Konrad Lorenz, Das sogenannte Böse, Wien, 1963
– Alexander Mitscherlich, Die Idee des Friedens und die menschliche Aggressivität, Surkamp, 1969
– Arno Plack, Die Gesellschaft und das Böse, List, 1969
– Eibel-Eibesfeld, Liebe und Hass, Piper, 1970

Ich interessiere mich für die LSZ-Arbeitsgruppe »Verhaltensforschung« und werde am 29. Juni an der 1. Sitzung teilnehmen:

Name:

Vorname:

Adresse:

Beruf od. Studienrichtung:

Einzusenden an:
Willy Burkalter, Zeltweg 75, 8032 Zürich, oder an Postfach 168, 8028 Zürich

echo

Ist Schütte Parteiideologe?

Nochmals zu »Bewusstseinsstufen und Volkscharaktere« im zs Nr. 1

Südafrika ist sehr bemüht, aus der Isolation herauszugelangen, und dazu sind ihm offensichtlich alle Mittel recht. Ein Paradebeispiel ist das als Wissenschaft getarnte Geschreibe von Dr. H. G. Schütte im »zürcher student«.

Herr Troxler bezeichnet den Erguss als »psychologische Erklärung für den Unterschied zwischen Weissen und Schwarzene. Ist das wahr? Lassen wir doch noch einmal Herrn Schütte selber den Kernpunkt seiner Gedanken vorstellen: »Er (nämlich Hudson) erörtert die Möglichkeit nicht, dass auch die genetische Anlage eine Rolle spielen könnte.(...) Trifft das zu, so könnte eine Mutation zum perspektivischen Bewusstsein als stammesgeschichtlich bedingt angesehen werden. Sie scheint sich nur in der weissen Rasse mit grosser Häufigkeit eingestellt zu haben.« Ich wage zu behaupten, dass Herr Schütte seine Behauptung kaum einmal in Japan oder China experimentell überprüft hat. Jedenfalls scheinen in diesen beiden Ländern zwei politisch verschiedene Entwicklungen auf die Schüttesche Mutation sehr fördernd gewirkt zu haben.

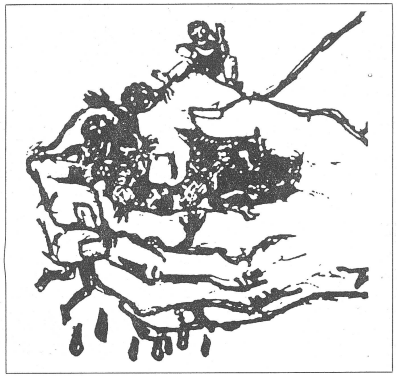
Natürlich bemüht sich Herr Dr. Schütte, sein wahres Gesicht zu verbergen. Wenn man aber näher hinschaut, so kann er uns nicht täuschen. Hören wir ihm zu: »Das Problem, das sich für Südafrika aus der Beziehung von Bewusstseinsstufen und Volkscharakteren ergibt, ist von der Regierungspartei Südafrikas zwar gelöst (zumindest im Prinzip gelöst), aber als ein Problem eben dieser Beziehung vielleicht noch gar nicht erkannt.« *Ist Schütte Parteiideologe?* Er könnte es jedenfalls sein! Er wird noch deutlicher: »Wird ihnen (den Bantu) perspektivisches Denken zugemutet, bevor sie dazu reif sind, so kommt es zu Fehleistungen, Frustration, Minderwertigkeitskomplexen und Versuchen, die Minderwertigkeitskomplexe zu kompensieren. Dazu bleibt den armen, überforderten Menschen oft kein anderer Ausweg als der von Gewalttaten und Verbrechen. Der weisse Mensch tut übel daran, die Bantu in seine eigene Krise hineinzuziehen. Die Apartheidpolitik ist ein Weg, dieses Hineinziehen der Bantu in die Krise der Weissen zu vermeiden, und darin sehe ich ihren hauptsächlichen, moralischen Wert.« Hier wird deutlich versucht, dem Leser zu suggerieren, der Befreiungskampf der Afrikaner im Sambesital sei das Werk von frustrierten Verbrechern. Auf der anderen Seite sind natürlich die Konzentrationslager der Weissen nur Ausdruck einer Bewusstseinskrise.

Schliesslich erhalten wir eine Lektion in neuerer Menschheitsgeschichte in südfrikanischer Sicht. Danach sind Marxismus und Nationalismus zwei gleichwertige Irrwege in verschiedener Richtung. Ortega y Gasset weist den Weg zur Befreiung des Menschen, und Südafrika setzt seine Philosophie in die Tat um. Herr Schütte tritt dann auch selber als Apostel dieser Befreiung auf: Er schreibt: »Um es deutlicher auszusprechen: Wir brauchen ein Menschenbild, welches den wahren Kern des Entwicklungsgedankens, die Bedeutung der Vererbung, die Weisheit der christlichen Ueberlieferung und der Ueberlieferung anderer Völker (man achte auf die Reihenfolge und die Formulierung! Wer sind die Christen, wer die anderen Völker? Der Verfasser), das allgemein Menschliche (ach wie nett! Der Verfasser) und die Bedeutung der Gliederung der Menschheit in Völker verschiedener Bewusstseinsstruktur zusammenschaut. Wir brauchen ein die Menscheit wieder verbindendes Menschenbild.«

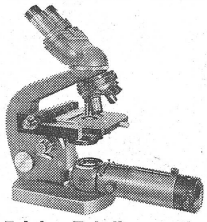
Offenbar die Apartheid. Hören wir aber noch einem anderen Apostel zu, nämlich G.Cronjé: »Nachdem nun ein Entwurf zu solchem Bilde (fundiertes Menschenbild) vorliegt, darf unsere Betrachtung nicht bei erneuter Betonung dieses Bedürfnisses stehenbleiben. Doch gebietet die Vorsicht zu melden, für wen dieser Entwurf geschrieben ist. Ortega y Gasset unterschied ‚die grosse Mehrheit derer, die am Hergebrachten festhalten', und ‚eine geringe Minderheit, die wachen Seelen, die in der Ferne unerschlossene Gebiete wittern'!« Selbstverständlich gehört der jeweilige Leser immer zur zweiten Gruppe, woraus sich die Popularität dieser Philosophen erklärt.

Nehmen wir uns vor solchen Herren in acht. Es gibt genügend Profiteure, welche allzu gerne mit Südafrika zusammenarbeiten möchten und welchen jede moralische Rechtfertigung der Apartheid gelegen kommt.

A. Thalmann



OLYMPUS -Mikroskope



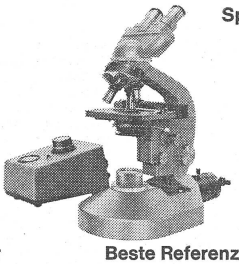
OLYMPUS -Mikroskop, Mod. EC-BI-1

binokular mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensor N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10x, (Grossfeld), mit Plastik-Haube, Holzschrank, Augenmuscheln und **Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W,** inklusive Birne, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto **nur Fr. 1865.—**

5 Jahre Fabrikgarantie

Spezialofferte an Studenten



OLYMPUS -Forschungs-Mikroskop Mod. EHC-BI-1

binokular, Stativ EH mit 5er Revolver, mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokular-Tubus 1:1, Kondensor zentrierbar N.A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x, und 100x (Oelimmersion), Okular-Paar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln, im Sockel eingebaute **Köhler-Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W,** inklusive Spezialbirne, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto **nur Fr. 2078.—**

Sofort ab Lager lieferbar

Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.

Erhältlich auch bei der Zentralstelle der Studentenschaft

Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: **Weidmann + Sohn,** Abt. Präzisions-Instrumente, **Gustav Maurerstr. 9, 8702 Zollikon,** Telefon 051 654800

Vor und nach dem Kolleg
eine Erfrischung im

Café Studio
Zürich, beim Pfauen

Und für verwöhnte Ansprüche

Hotel Florida
Bar, Restaurant, Sitzungszimmer
Seefeldstrasse 63

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

Chemie

Vorbereitung auf
Propädeutikum, Vordiplom

Dr. Cantieni
Untere Zäune 21. Zürich 1
Tel. 34 50 77

500 m oberhalb der Uni
montieren wir Ihnen

PNEUS

zu günstigen Preisen
(Alle bekannten Marken)

PNEUHAUS W. H. KLEINHEINZ, 8033 ZÜRICH
Culmannstr. 83 (hinter Hotel Rigihof), Tel. 28 37 15

Tradition und Fortschritt

heisst bei uns, auf der soliden Grundlage von Erfahrungen, gewonnen aus Jahrzehnten zielgerichteter Tätigkeit, ständig weiterforschen, weiterentwickeln, Neues und noch Besseres schaffen.
Von den rund 3200 Mitarbeitern der Zellweger-Gruppe, die im In- und Ausland am Erfolg unserer Produkte beteiligt sind, arbeiten 2400 in Uster.

Zellweger
GRUPPE
Nachrichtentechnik / Textiltechnik / Mess- und Regeltechnik

Zellweger AG
Apparate- und Maschinenfabriken Uster, 8610 Uster

«Super»-Entspannung...
«Super»-Genuss...
PARISIENNES SUPER
Sie ist wirklich «Super»...
darum mit Abstand die Beliebteste!

✱ Parisiennes Super: natürliche Milde
✱ «Super»: ihr reiches, reines Aroma
✱ «Super»: ihr perfektionierter «PS»-Filter

Freihofer AG

Universitätsstrasse 11, 8006 Zürich
Telephon 47 08 33 / 32 24 07

Buchhandlung
für
Naturwissenschaft und Technik
Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare Buch
Grosse Auswahl an englischsprachigen Titeln

Schweden auf dem Wege zur demokratischen Gesellschaft

2. Teil des Schwedenberichts / Von Hans Werder

Bemerkenswerterweise geht die Reformbewegung an den schwedischen Hochschulen weder von den Studenten noch von den Professoren, sondern hauptsächlich von der Regierung aus. Die Sozialdemokraten verfolgen eine ausgesprochen dynamische Reformpolitik und versuchen, neue Ideen möglichst rasch mit Hilfe von sorgfältig geplanten Experimenten in die Wirklichkeit umzusetzen. Es besteht eine enge und gute Zusammenarbeit mit den Studenten, wobei diese kaum dazu kommen, eigene Vorschläge zu machen, und sich im allgemeinen auf die Kritik an den Regierungsvorlagen beschränken. Von seiten der Professorenschaft scheint bisher kaum ein nennenswerter Widerstand gegen die zum Teil sehr weitgehenden Reformen gekommen zu sein.

Wie viele andere Bereiche der schwedischen Politik spielt sich auch die Hochschulreform im Spannungsfeld zwischen technokratischen und demokratischen Ideen ab. Ein grosser Teil der bisherigen Reformen hat sich mit der Straffung des Studiums und mit der kontinuierlichen Leistungskontrolle befasst und entspricht ziemlich genau dem, was man bei uns als »*Verschulung*« bezeichnet. Es darf aber nicht ausser acht gelassen werden, dass es ohne diese technokratische Reform niemals möglich gewesen wäre, die Universität *allen Schichten zugänglich* zu machen und die *Studentenzahlen* innerhalb eines Jahrzehntes zu *verdreifachen*. Die Straffung des Studiums und die Erhöhung der Erfolgsquote sind bei derart riesigen Bildungsausgaben einfach ökonomische Notwendigkeiten. Es sei aber nicht verschwiegen, dass es über diese Zusammenhänge hinaus heute in Schweden sehr starke Tendenzen gibt, die gesamte Hochschulausbildung ausschliesslich auf den Arbeitsmarkt auszurichten und zentral nach den jeweils prognostizierten Bedürfnissen zu steuern.

Anderseits ist die schwedische Regierung aus ihrer ideologischen Grundhaltung heraus sehr offen für die *Demokratisierung der Universität*. Studentische Forderungen in dieser Richtung finden offene Ohren und werden oft in erstaunlich kurzer Zeit in die Wirklichkeit umgesetzt. Seit dem Sommer 1968 werden in verschiedenen Instituten in ganz Schweden sorgfältig vorbereitete Experimente mit verschiedenartiger Zusammensetzung der Entscheidungsgremien durchgeführt. Die Erfahrungen sind im allgemeinen gut – abgesehen von da und dort auftretenden Schwierigkeiten, die studentischen Aemter zu besetzen. Man rechnet damit, dass die Regierung in nächster Zeit in allen Instituten das Modell: 4 Professoren, 4 Studenten, 1 Assistent, 1 Personalvertreter einführen wird.

An verschiedenen Universitäten haben die Studenten Einsitz im Senat und in den Studienkommissionen. Zur Diskussion stehen im Moment die *Beteiligung bei der Wahl des Rektors* und vor allem das »*one man – one vote*«-*System*. Dieses sieht vor, dass jedes Mitglied der Universität (ob Student oder Dozent) eine Stimme besitzt bei der Wahl der Abgeordneten in die Instituts-, Fakultäts- oder Universitätsversammlungen, wobei dann keine festen Paritäten oder Anteile für die verschiedenen Gruppen mehr bestehen. Die Studenten, von denen dieser Vorschlag kommt, rechnen fest damit, dass dieses System in den nächsten fünf Jahren Wirklichkeit werden wird. In diesem Zusammenhang darf natürlich nicht vergessen werden, dass bei der geringen Autonomie der schwedischen Universitäten der Bereich der Mitbestimmung naturgemäss etwas eingeschränkt ist.

Es wird interessant sein, die weitere Entwicklung der schwedischen Hochschulreform im Spannungsfeld zwischen technokratischen und demokratischen Tendenzen zu verfolgen. Es ist nicht zu verkennen, dass heute in Schweden starke Kräfte gerade in der Sozialdemokratie darauf hinwirken, die ganze Gesellschaft und vor allem das Bildungswesen allein unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Wachstums zu organisieren und zu formieren. Anderseits bilden doch die in allen Parteien auf breiter Basis geführten Grundsatzdiskussionen über die Ziele der Politik und die sehr starken Demokratisierungstendenzen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein starkes Gegengewicht gegen eine technokratisch formierte Gesellschaft.

Konservative, Radikaldemokraten und Maoisten

Die politischen Studentengruppen in Schweden lassen sich im wesentlichen in drei grosse Tendenzen unterteilen:

- Die *Konservativen* wollen die Studentenpolitik auf *reine studentische Interessenvertretung innerhalb der Universität* beschränken. Sie lehnen das »Politische Mandat« ab und wollen eine sachlich orientierte Politik im Interesse aller Studenten betreiben. Sie haben die Idee einer demokratischen Universität übernommen, verhalten sich aber skeptisch gegenüber relativ weit gehenden Vorschlägen wie z. B. dem »one man – one vote«-System. Ihre Hauptfunktion innerhalb der Hochschulreform sei – wie mir ein Vertreter erklärte – die Regierung in ihrem allzu ungestümen Reformeifer zu bremsen und die Interessen der Studenten an einem geordneten Studium zu vertreten.
- Die *radikalen Demokraten*, die aus Studenten liberaler und sozialistischer Richtung bestehen, streben eine *gesellschaftsbezogene und voll demokratisierte Universität* an. Sie haben das »one man – one vote«-System vorgeschlagen. Gesellschaftspolitisch verlangen sie absolute Gleichheit aller Menschen und internationale Solidarität, vor allem mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.
- Die dritte Gruppe besteht aus den verschiedensten Varianten der *revolutionären Linken* und gleicht sehr stark den entsprechenden Gruppierungen auf dem europäischen Kontinent. Diese unzähligen, stark aufgesplitterten Gruppen spielen aber nur eine verschwindend kleine Rolle im politischen Leben der Universitäten. Fest davon überzeugt, dass Schweden nach wie vor eine Klassengesellschaft ist und die regierenden Sozialdemokraten lediglich Diener des Kapitals sind, sehen sie die einzige Hoffnung in einer Revolution, auf die sie mittels Basisgruppen in- und ausserhalb der Universität hinarbeiten.

Zur Zeit meines Besuches waren an den meisten Universitäten wie auch im Nationalverband die Konservativen an der Macht; die Radikaldemokraten befanden sich in Opposition, währenddem die extreme Linke mindestens in der Studentenpolitik nicht in Erscheinung trat.

Bemerkenswert an der schwedischen Studentenpolitik ist der im Vergleich zu den schweizerischen Verhältnissen *gigantische Apparat, der den Studentenschaften zur Verfügung steht*. So beschäftigt z. B. die Studentenschaft Uppsala (ca. 20 000 Studenten) allein in ihrer Zentralverwaltung über 20 nichtstudentische Angestellte, und der schwedische Nationalverband kommt auf eine ähnliche Zahl, wobei etwa die Hälfte dieser Angestellten ausgebildete Akademiker sind. Selbst wenn man berücksichtigt, dass der Staat den lokalen Studentenschaften gewisse Aufgaben (z. B. psychologische und medizinische Beratung der Studierenden) übertragen hat, sind diese Zahlen enorm. Die Finanzierung erfolgt im Unterschied zu den Jugendorganisationen, die staatliche Subventionen erhalten, ausschliesslich durch die Beiträge der Studenten (35–60 Fr. pro Semester, davon ca. 14 Fr. für den Nationalverband). Bereits wird aber von seiten der Radikaldemokraten als Vorbereitung auf die totale universitäre Demokratie die Auflösung der lokalen Studentenschaften und die Uebertragung ihrer sozialen Dienste an den Staat gefordert.

Wie schon erwähnt, fehlen eigentliche studentische Vorschläge zur Studienreform; die Studenten beschränken sich meist auf eine Kritik der in rascher Abfolge einlaufenden Regierungsvorlagen. Wohl verlangen auch die schwedischen Studenten vermehrte Förderung des kritischen Denkens und gesellschaftlichen Bezug der Wissenschaft. Sie bleiben aber meist bei allgemeinen Deklarationen stehen und sind bisher kaum zu konkreten Vorstössen gelangt. Die Studentenbewegung beschäftigt sich viel weniger mit der Studienreform und der Rolle der Wissenschaft als mit allgemeinen *gesellschaftlichen Problemen und mit der internationalen Solidarität*. Insbesondere sind wissenschaftstheoretische Ueberlegungen, wie sie in Deutschland und der Schweiz angestellt wurden, praktisch unbekannt. Die Reform der Universität wird denn auch nicht von der Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft her angegangen; Ausgangspunkt sind vielmehr immer *die Ideale der Gleichheit und der totalen Demokratie*. Gerade vom Demokratiegedanken aus wird auch die Autonomie der Universität abgelehnt, da es Aufgabe der gesamten Gesellschaft sein müsse, über Forschung und Wissenschaft zu entscheiden. Natürlich lässt sich auch der Numerus clausus auf diese Weise begründen, wie wir gesehen haben. Ob sich die schwedischen Studenten deshalb bisher nicht gegen Zulassungsbeschränkungen gewandt haben, bleibe dahingestellt. Jedenfalls ist bis heute von studentischer Seite kaum Opposition gegen den Numerus clausus erwachsen.

Studentenunruhen sind bis dahin in Schweden praktisch unbekannt geblieben. Die Studenten haben ein *gutes Verhältnis zum noch sehr jungen Erziehungsminister* und wissen, dass ihre Vorschläge offen aufgenommen und meist innert kurzer Zeit in die Tat umgesetzt werden. Endlose Diskussionen über Evolution und Revolution finden in Schweden kaum statt. Studenten mit politischen Ideen, die in der Schweiz als ausgesprochen radikal, wenn nicht revolutionär gelten würden, sind vollständig davon überzeugt, dass sie ihre Ziele über Parteien und Parlament erreichen können.

Sozialdemokraten – seit 40 Jahren in der Regierung

Die Parteienkonstellation in Schweden ist deshalb besonders interessant, weil die Sozialdemokraten seit 1932 praktisch ununterbrochen an der Regierung sind und also während fast 40 Jahren die Politik des Landes zu einem so grossen Teil beeinflusst haben wie kaum eine andere Partei in den westlichen Ländern. Die Ergebnisse dieser langjährigen sozialdemokratischen Politik sind deshalb nicht nur für Schweden aufschlussreich. Wir wollen im folgenden noch einmal kurz die wesentlichsten Unterschiede herausstreichen, die zwischen Schweden und den übrigen westlichen Industriestaaten bestehen:

- Die soziale Demokratie ist in Schweden bedeutend *weiter fortgeschritten als in jedem andern Land:* Es besteht ein ausreichendes System sozialer Sicherheit für wirklich jedermann und die Chancengleichheit im Bildungswesen wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert.
- Schweden ist wie kaum ein anderes Land heute in der Lage, seine Zukunft in den Griff zu bekommen, Umwelt und Gesellschaft *bewusst* zu gestalten und die verfügbaren wirtschaftlichen und technischen Mittel sinnvoll einzusetzen. Schweden ist im Unterschied etwa zur Schweiz fähig, notwendige Reformen tatkräftig und innert kurzer Zeit durchzuführen. Der gewaltige Vorsprung, den dieses Land auf dem Gebiet der Schulreform, der Stadtplanung, der Umweltsgestaltung usw. besitzt, ist kein Zufall. Schweden hat sich die notwendigen Instrumente geschaffen, um neue Probleme rechtzeitig zu erkennen und zu lösen.
- Schweden besitzt den *höchsten Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt* in der ganzen westlichen Welt. Der schwedische Staat übt durch diesen grossen öffentlichen Sektor und durch stark erweiterte Befugnisse einen beträchtlichen Einfluss auf alle Bereiche aus, vor allem natürlich auf die (nach wie vor privatwirtschaftlich organisierte) Wirtschaft.

Natürlich stellt sich hier sofort die Frage nach den Zusammenhängen: Wie weit ist soziale Sicherheit, Chancengleichheit und bewusste Gestaltung der Zukunft von einem grossen öffentlichen Sektor und von stark erweiterten staatlichen Kompetenzen abhängig? Die sorgfältige Beantwortung dieser Frage könnte interessante Konsequenzen gerade für das extrem privatwirtschaftliche System der Schweiz nach sich ziehen.

Wie stellen sich nun die bürgerlichen Oppositionsparteien zur heutigen schwedischen Gesellschaft und zur sozialdemokratischen Politik? Ohne die wertvolle Korrektur- und Kontrollarbeit herabwürdigen zu wollen, die diese Parteien in den letzten 40 Jahren geleistet haben, kommt man doch nicht um die Feststellung herum, dass sie heute keine Alternative zur sozialdemokratischen Politik zu formulieren vermögen. Sie bejahen alle den heutigen Wohlfahrtsstaat und die gesellschaftspolitischen Reformen der Sozialdemokraten und beschränken sich darauf, vor einem übertriebenen Tempo zu warnen und einzelne Korrekturen anzubringen. Gerade die Liberalen unterscheiden sich heute nicht mehr sehr stark von den Sozialdemokraten und haben z. B. der vor kurzem erfolgten Verstaatlichung der Apotheken zugestimmt. Es war im übrigen die liberale Partei, die als erste die Forderung nach Mitbestimmung in der Industrie erhob und so Sozialdemokraten und Gewerkschaften zwang, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Erstes Resultat der bisherigen Diskussion über die Mitbestimmung ist ein Abkommen zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften, in dem – wie könnte es in Schweden anders sein – eine mehrjährige »Experimentierphase« in verschiedenen Betrieben beschlossen wird. Bezeichnend ist, dass von Unternehmerseite her keine grundsätzlichen Widerstände gegen die Mitbestimmung vorgebracht wurden.

Schweden hat auch eine Tradition, aber auch eine Zukunft:

Funktionssozialismus – der schwedische Weg zur Gleichheit

Obwohl die Sozialdemokraten in Schweden nun seit fast 40 Jahren an der Macht sind, gibt es nur sehr wenige verstaatlichte Unternehmungen **(ca. 5%** im Industriesektor). Staatseigentum dürfte in Schweden eine bedeutend kleinere Rolle spielen als in verschiedenen kontinentalen Ländern, z. B. in Frankreich oder Italien.

Nichts kennzeichnet das pragmatische und undoktrinäre Vorgehen der schwedischen Sozialdemokraten besser als die folgende Stelle aus ihrem Parteiprogramm: »*Die Sozialdemokratie will in jedem einzelnen Falle prüfen, welche Formen des Eigentums, der Unternehmen und des Neuschaffens dem materiellen Fortschritt und dem menschlichen Wohlstand am besten dienen. Sie erhebt die Forderung nach Gemeineigentum oder öffentlicher Kontrolle ... in dem Ausmasse, welches erforderlich ist, um wichtige Interessen der Mitbürger wahrzunehmen ... Sie will private Unternehmen anregen auf den Gebieten, auf welchen es sich erweist, dass sie Effektivität und Fortschrittswille mit Verantwortung gegenüber Verbrauchern, den Arbeitnehmern und der Gesellschaft vereinigen können. Tüchtigkeit und Initiative sollen Spielraum erhalten.*«

Die Sozialdemokraten versuchen so, die Effektivität und Flexibilität der Privatwirtschaft zu erhalten, sie aber ihren gesellschaftlichen Zielen zu unterwerfen. Die schwedische Art von Sozialismus ist oft als »*Funktionssozialismus*« bezeichnet worden. Diese Bezeichnung geht von der Tatsache aus, dass das Eigentum nicht unteilbar ist, sondern dass es aus verschiedenen Funktionen besteht, die von einander getrennt werden können. Die schwedischen Sozialisten beschränken sich nun darauf, die für die Gesellschaft wichtigsten Eigentumsfunktionen zu sozialisieren und so die private Verfügbarkeit soweit als nötig einzuschränken. Durch seine verschiedenen wirtschaftspolitischen Instrumente, die von der Steuerpolitik bis zu direkten gesetzlichen Einschränkungen des Eigentums (Bodeneigentum, Bankwesen usw.) reichen, ist es dem schwedischen Staat gelungen, die Wirtschaft zu kontrollieren und für seine Ziele einzusetzen, ohne zu eigentlichen Verstaatlichungen greifen zu müssen.

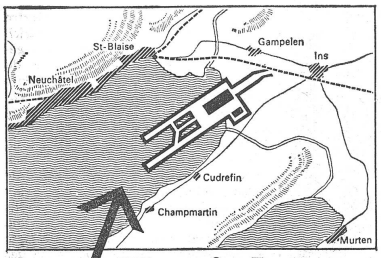
Der Begriff *Gleichheit* dominiert heute absolut die politische Diskussion in Schweden. »*Als ein Glied in der Befreiung des Menschen erstrebt die Sozialdemokratie eine grössere Gleichheit in der Verteilung von Eigentum, Einkommen und Macht sowie Zugang zu Ausbildung und Kulturwerten*«, heisst es im Parteiprogramm der Sozialdemokraten, und auch in den andern Parteien steht die Gleichheit im Mittelpunkt des Interesses. Ueber das Mass der Gleichheit bestehen natürlich verschiedene Ansichten. Einig ist man sich aber doch in weiten Kreisen darin, dass die heute erreichte Gleichheit (die im Vergleich zum Kontinent beträchtlich ist) *noch nicht genügt*. Durch einen weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates und der Chancengleichheit im Bildungswesen sollen die Voraussetzungen für eine noch grössere Gleichheit geschaffen werden. Den liberalen und sozialistischen Studentengruppen genügt aber auch das noch nicht. Sie verlangen heute gleichen Lohn für alle Schweden, unabhängig von ihrer Arbeit und Ausbildung. Wie weit diese doch eher utopischen Postulate die praktische Politik, z. B. die Steuerpolitik beeinflussen werden, bleibt abzuwarten. Vorläufig jedenfalls scheinen sie in der Mehrheit der schwedischen Bevölkerung keine grosse Gegenliebe zu finden.

Totale Demokratisierung?

Wir haben weiter oben gesehen, dass heute kaum mehr wesentliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien bestehen und dass sich Sozialdemokraten und Liberale einander stark angenähert haben. Auch zwischen den sozialistischen und liberalen Jugend- und Studentengruppen scheinen auf den ersten Blick keine Unterschiede mehr zu bestehen. Beide werfen der sozialdemokratischen Regierung vor, dass sie ihre Reformen zu langsam durchführe und dass insbesondere die Gleichheit viel weiter getrieben werden müsse. Erst wenn man die eigentlichen gesellschaftspolitischen Fernziele dieser Gruppen ins Auge fasst, werden Unterschiede deutlich; Unterschiede, die sich vielleicht einmal in der politischen Praxis auswirken können.

Den *liberalen Jugendgruppen* schwebt als Idealbild eine Art *sozialistische Marktwirtschaft* vor (nach dem Modell

(Fortsetzung auf S. 23)



Zürichs Flughafen auf dem Neuenburger-See?!

Ein Aprilscherz, denken Sie? Irrtum: Das schlagen die Gegner des Flughafens Zürich heute allen Ernstes vor. Früher verlangten sie ein Entschädigungsgesetz. Jetzt, da der Entwurf vorliegt, zeigen sie endlich, was sie wirklich wollen:
Sie wollen — trotz anderen Beteuerungen — überhaupt keinen Ausbau von Kloten.

Billige Ausflucht

Das «Neuenburger-Phantom» ist lediglich eine billige Ausflucht. Alle wichtigen Fragen wurden offengelassen:

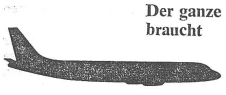
- Wieviele Milliarden würde ein solcher Grossflughafen kosten, der aus dem Nichts gestampft werden müsste?
- Wann würde er bereit sein?
- Was sagen die Neuenburger, die Berner und die Swissair dazu?
- Welches wäre der finanzielle Anteil des Kantons Zürich?
- Welche Schäden entstünden für das zürcherische Gewerbe, für unseren Handel und Fremdenverkehr?
- usw. usw.

Offensichtliche Verzögerungstaktik

Dies alles können uns die Gegner nicht sagen. Weil ihr Projekt ein Phantasie-Gebilde ist. Weil es sich bei ihrem Vorschlag um nichts anderes als um Verzögerungstaktik handelt. Der Ausbau Klotens soll hinausgeschoben werden, bis der Anschluss verpasst ist.

Dabei brauchen wir dringend einen voll einsatzfähigen Flughafen. Kloten kann mit relativ bescheidenen Mitteln so ausgebaut werden, dass er den Bedürfnissen des modernen Luftverkehrs entspricht. Jedermann weiss, dass unser Flughafen Probleme stellt. Aber wir können diese Probleme nicht einfach exportieren. Es geht jetzt nicht darum, von einem Grossflughafen zu träumen, sondern darum, jetzt und hier zu den konkreten Vorschlägen der Regierung Stellung zu nehmen, damit der Stimmbürger endlich seine Meinung sagen kann!

Der ganze Kanton Zürich braucht



Kloten – Zürichs Tor zur Welt

Komitee «Weltoffenes Zürich» 70.140.2.11

DIAVOX

INSTITUT MODERNE DE LANGUES
1000 LAUSANNE
avenue de Beaulieu 19, Tél. (021) 34 78 34

Méthode audio-visuelle –
Laboratoire de langues
Français - Anglais - Allemand

Notre particularité:
Pour chaque heure de classe 1 heure de laboratoire de langues.

Stages complets et intensifs de 8 et 11 semaines (240 et 330 heures)

Cours à la demi-journée
Externat: tous âges dès 16 ans

Jedes Jahr arbeiten gegen hundert Studenten während der Semesterferien oder bei anderer Gelegenheit als

Securitaswächter

bei uns. Die Arbeit des Wächters ist abwechslungsreich und interessant. Der monatliche Verdienst beträgt Fr. 1250.— bis Fr. 1450.—.

Suchen auch Sie eine Ferienbeschäftigung?

Wenn Sie sich für mindestens vier Wochen vollamtlich zur Verfügung stellen können, so nimmt unser Personalchef Ihre Anmeldung gerne entgegen. Für nähere Angaben können Sie sich jederzeit an ihn wenden.

SECURITAS AG
Schweizerische Bewachungsgesellschaft
Filiale Zürich
Militärstrasse 24, 8021 Zürich, Tel. 27 43 10

30% Studentenrabatt:

Der Tages-Anzeiger freut sich, dass seine Zeitung und sein farbiges Magazin gerade von den kritischsten Schweizern gelesen werden.

«Das Reflectiren ist das Hinausgehen über eine einzelne Bestimmung, ihr Vergleichen mit anderen und das Zusammenfassen derselben in eine bestimmte.» (F. Hegel: Philosophische Propädeutik, dritter Kursus, zweite Abteilung, dritter Teil: Wissenschaft des Geistes, § 167.)

Reflektieren, Interpretieren und Kritisieren sind Vermögen, die das Lesen von Zeitungen aller Richtungen erspriesslich und vergnüglich machen.

Die Redaktoren des Tages-Anzeigers waren vor ein paar Jahren auch noch Studenten. Heute denken sie, dass es nur etwas gibt, das noch mehr Spass macht als das Reflektieren, Interpretieren und Kritisieren beim Zeitungslesen: das Reflektieren, Interpretieren und Kritisieren beim Zeitungsschreiben. Das werden Sie merken, wenn Sie den Tages-Anzeiger lesen. Wenn Sie lesen, was alles an politischer, wirtschaftlicher und kultureller Information in ihm steckt. Wenn Sie samstags dazu noch ein Magazin erhalten, das die Umwälzungen in der Welt widerspiegelt.

Der Tages-Anzeiger gibt auf den Tages-Anzeiger und sein farbiges Wochen-Magazin 30% Studentenrabatt.

Denn er freut sich, wenn anspruchsvolle und kritische Leser ihn lesen. Und auch Kritik an ihm üben.

Tages-Anzeiger

Coupon

☐ Ich möchte gerne den Tages-Anzeiger und sein Magazin gratis, drei Wochen zur Ansicht erhalten.

☐ Ich möchte von Ihrem Spezialangebot Gebrauch machen und bestelle ein verbilligtes Abonnement. (Die ersten drei Wochen sind auch gratis.) Das kostet:

☐ Fr. 3.25 statt 4.60 für 1 Monat ☐ Fr. 18.50 statt 26.40 für 6 Monate
☐ Fr. 9.35 statt 13.35 für 3 Monate ☐ Fr. 36.55 statt 52.20 für 12 Monate

Name _____

Strasse _____

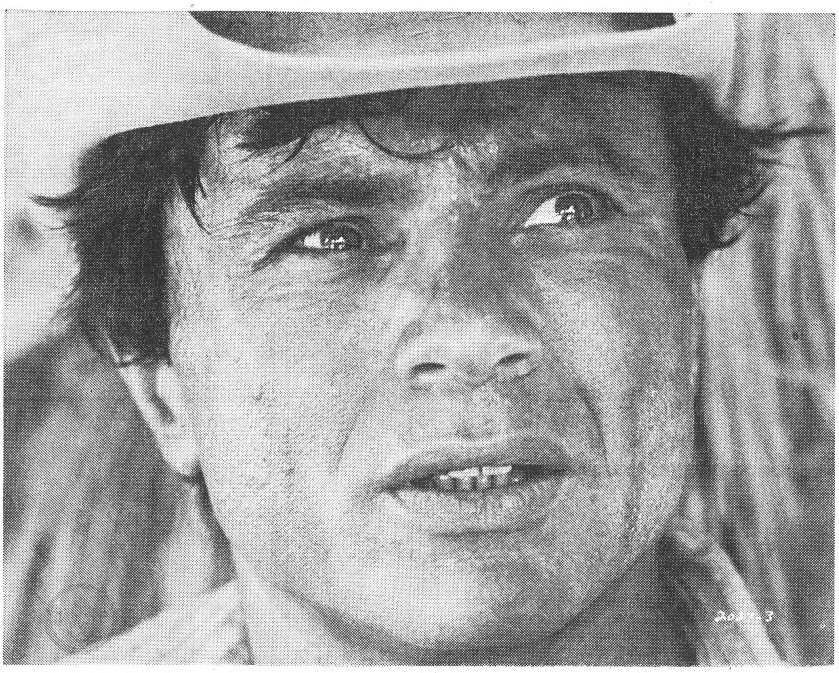
Fakultät _____ Semester _____

Postleitzahl/Ort _____ 7070

Tages-Anzeiger Vertriebsabteilung Postfach 8027 Zürich

Hinweise auf einen Film

Willie Boy (Tell Them Willie Boy is Here); USA 1968; Regie: Abraham Polonsky; Buch: Abraham Polonsky nach dem Roman »Willie Boy in der Wüste Manhut« von Harry Lawton; Kamera: Konrad Hall; Musik: David Grusin; Darsteller: Robert Blake (Willie Boy), Katharina Ross (Lola), Robert Redford (Cooper), Susan Clark (Dr. Elizabeth Arnold); Technicolor Panavision; Produktion und Vertrieb: Universal; Dauer: 96 Minuten.



»Die Verbindung von Oekonomie und Rasse ist das wichtigste Problem unserer Zeit«

Dass Abraham Polonsky kaum bekannt ist, hat er sich nicht selbst zuzuschreiben. Universal stellt ihn so dar: »Wären Schlagworte wie Avantgardismus und ‚Neue Welle' nicht so abgenutzt, könnte man sie auf den Regisseur Abraham Polonsky anwenden ... Ursprünglich hatte Polonsky Jura studiert, alle Examina bestanden und doch weiterhin seiner geheimen Leidenschaft gefrönt – nämlich der Schreiberei. Literatur interessierte ihn mehr als Paragraphen, und der Erfolg gab ihm recht. So ist es auch kein Zufall, dass er die Geschichte des Indianers Willie Boy verfilmte. Polonsky sieht den Mann vor sich, der an der Gesellschaft scheitert, und der Hintergrund einer Sache interessierte ihn immer besonders. Er hat viele Filmdrehbücher geschrieben, für Rundfunk und Fernsehen ... und hat manche Auszeichnung nach Hause tragen können. Er hat einen trockenen Humor ... Hollywood-Skandale kennt Polonsky nicht. Er will keine hören, und von ihm gibt es keine zu berichten. Er hat seine Jugendliebe geheiratet, lebt zurückgezogen mit ihr in Los Angeles und – schreibt weiter.«

Aus dem Munde Polonskys, der um den Skandal, den Hollywood darstellt, weiss, sieht das so aus: »Ich habe mich rumgetrieben, wie üblich: gang (East Side); Schuljunge (32. Volksschule); Lehrer (Columbia College New York, Examen); Jura (Columbia); Amateurpolitiker (demokratisch, anarchistisch, radikal, verwirrt). Von 1932 bis zum Krieg lehrte ich am City College. Ich habe Erfahrungen in den akademischen Berufen (Pädagogik und Jura), den landläufigen (Seefahrt, Farm, Fabrik) und den ewigen (Ehe, Vaterschaft, Kunst, Wissenschaft). Der grösste Schock in meinem Leben: nicht der Krieg, den ich überlebte, sondern die Filme, die ich nicht gemacht habe. Ich habe immer geschrieben, sehr wenig Beachtung gefunden und nie aufgehört zu reden ... Den ersten Kuchen verdiente ich bei Paramount ... Das Guerilla-Leben, das ich im Krieg nur simuliert hatte, spielte ich als geächteter Schriftsteller dann im Dschungel des Fernsehens, mit zeitweiligem Spass und fortwährendem Ekel. Ebenso beim Film ... Bevor ich (aus den USA) wegfuhr, sagte mir Thomas Mann, er fürchte, bald von neuem emigrieren zu müssen, der Faschismus sei in den USA unvermeidlich ... Ich ging zurück nach Hollywood und kam mit Sol Siegel von der Twentieth überein, einen Film zu schreiben und zu inszenieren, aber die schwarze Liste kam dazwischen ... Hinter der schwarzen Liste stand der kalte Krieg, und es war jeder beteiligt von der politischen Rechten bis zu den Unpolitischen. Es war wie die Kollaboration unter den Nazis.«

★

Stand Polonsky jemals vor dem Kongressausschuss für Unamerikanische Aktivitäten?

»Ja.«

Was war und ist die schwarze Liste?

»Während der schlimmsten Zeit des kalten Krieges, des McCarthyismus, gab es eine schwarze Liste. Im Film hat diese Liste zwanzig Jahre gewirkt, bis sich die gesellschaftlichen Bedingungen verändert haben. Also sind die Ueberlebenden wieder wertvoll, verwendbar geworden, wenn sie es noch wollen und genug Kraft haben, es zu wollen. Wirklich sind viele tot, verschwunden, umgebracht von der schwarzen Liste, denn wenn man ein Fremder im eigenen Lande geworden ist, fällt das Ueberleben schwer ... Aber auch heute gibt es noch schwarze Listen, andere tückischere schwarze Listen. Wenn man beispielsweise für den Frieden in Vietnam ist; oder wenn man Student ist und die Polizei verhaftet und registriert einen, bekommt man keine Arbeit. In diesem Sinne gibt es in allen Ländern immer eine schwarze Liste. Sie ist das Werkzeug der Gesellschaft, jeder Gesellschaft. Die die Gesellschaft lenken, die, die an der Spitze sind, die, die sich wohl fühlen, verteidigen sich, verteidigen ihre Stellungen, indem sie Beschäftigung, Arbeit und selbst die Freiheit denen verweigern, die nicht mit ihnen einverstanden sind.«

Abraham Polonsky hat 1948 »Force of Evil« gedreht, dann »Tell Them Willie Boy is Here« im Jahre 1968. 1961 sagte er über sich: »Wäre ich jünger, könnten sie sagen, ich sei eine Hoffnung.«

Polonskys Pläne für seine nächsten Filme: »Mein nächster Film ist schon vorbereitet, und er wird viel komplizierter und ambitionierter sein als die beiden anderen ... Er wird das Leben in den Vereinigten Staaten, in Mississippi, einen Monat vor dem Beginn des Bürgerkrieges behandeln, das Leben zwischen schwarzen und weissen Bürgern. Auch da werde ich versuchen, die Gründe aufzudecken, die Ursachen der Situation, in die wir gekommen sind. Harry Belafonte hat mit mir an dem Film gearbeitet, aber ich werde ihn selbst produzieren und inszenieren. Ich möchte, dass der Film mehr einem Krieg als einem Kunstwerk gleicht« (Juli 1968).

»Jetzt möchte ich ein zeitgenössisches Thema behandeln: Drei amerikanische Soldaten kommen aus Vietnam zurück, und für sie geht der Krieg weiter, weil sie ihre Landsleute als »gooks« betrachten. Wir Amerikaner sind es nicht gewöhnt, auf die Art behandelt zu werden, und sind, ohne es zu wissen, Gefangene oder Opfer unserer Mythen. Wir denken, das auserwählte Volk zu sein, wir glauben, dass Gott uns alles gegeben hat, weil er uns liebt« (Dezember 1969).

Abraham Polonsky ist 1910 geboren.

Er hat »Willie Boy« bei Universal drehen können: »Das Studio dachte, dass der Film gehen würde, weil die Geschichte sehr dicht, sehr dramatisch, voller ‚starker Momente' ist, weil sie zu tun hat mit Empfindungen, die die Leute heute zeigen, was die Frage der unterdrückten Völker angeht. Die Geschichte betrifft die Befreiung des Menschen, das ist heute ein Gemeinplatz, auf den alle Welt sich einigen kann. Andererseits gibt es physische Aktionen, ein Mann rennt, andere verfolgen ihn. Aus diesen Gründen hoffen die Produzenten, dass der Film Anklang finden wird, und ich hoffe es auch.«

Polonsky hat im System Hollywoods einen Film gegen Hollywood gemacht, weil er nicht an die Effektivität irgendeines Untergrunds, irgendeiner Neben- oder Gegengesellschaft innerhalb der bestehenden glaubt: »Nehmen wir zum Beispiel den Fall der Hippies. Die Nebengesellschaft, die sie bilden, ist ein Reflex auf die Gesellschaft, der sie entkommen sind. Ihre Metaphysik ist alt, überholt ihre Philosophie. Die Gründe, weshalb sie so etwas machen, verstehe ich gut, die Vorstellung, eine freie Nebengesellschaft zu schaffen, ist ohne Zweifel eine gute Idee, aber vor allen Dingen eine Utopie. Zu jedem Zeitpunkt können sie in unsere Gesellschaft zurückkehren. Ich glaube, dass die Veränderungen nur kommen, wenn man gezwungen ist, zu verändern. Die Armut, die den Leuten durch ihre sozialen Bedingungen auferlegt ist, ist eine wahre Kraft, während die Armut, die man in einer Gruppe als Form der Gesellschaft wählt, nur ein Lebensexperiment ist. Ich missbillige das nicht, ich sage jedoch, wenn auch noch so viele junge Leute eine Nebengesellschaft bilden, in der sie die Werte der gegenwärtigen Gesellschaft verweigern, ist das weder eine Lösung ihrer Probleme noch der der Gesellschaft. Es kann bestenfalls eine psychologische Vorbereitung zur Veränderung sein, aber es ist noch keine wirkliche Veränderung.«

★

Filmkritik sollte aufhören, wie eine schlechte Sportreportage am Fernsehschirm daherzukommen. Es gilt nicht, etwas zu beschreiben, was der Zuschauer sowieso sieht. Dass der Ball durch einen satten Schuss im Tor landet, ist ebenso deutlich zu erkennen, wie die durchlöcherten Schuhe Willie Boys. Nicht sichtbar ist jedoch, dass der Torschuss ein verunglückter Flankenball war, dass in der auf authentische Berichte gestützten Romanvorlage für »Tell Them Willie Boy Is Here« der Indianer sich den Nachstellungen seiner Verfolger entzieht und nicht erschossen wird.

»The fire next time« wird man hier *denken*, während man dort die blosse Antizipation schon längst hinter sich gelassen hat.

The fire this time! *Hans Fellner*

La cause du peuple?

Selbst wenn morgen Jean-Paul Sartre die Einladung annähme, sich in Zürich ein wenig über das jetzt von ihm geführte Maoisten-Blatt »La cause du peuple« auszusprechen, bekämen hier einige Herren in Amt und Würde feuchte Hände, ehe sie überlegten, wie sie das verhindern könnten. Als Rudi Dutschke aus Westberlin in Zürich ein bisschen was erzählen wollte, bekamen hier einige Herren in Amt und Würde feuchte Hände und überlegten, wie man das wohl verhindern könnte. Das Schicksal, wie die Herren in Amt und Würde so zu denken pflegen, entledigte sie der Peinlichkeit, am Tage nach der Vorstellung Dutschkes nicht die von ihnen prophezeite Revolution in der Schweiz ausbrechen zu sehen. Wenn morgen ein kambodschanischer Roter Khmer, das sind, zur Information der Herren in Amt und Würde, kommunistische Nationalrevolutionäre, in Zürich darstellen wollte, warum das Eindringen der südvietnamesischen und US-Truppen nach Kambodscha eine Intervention ist, für die die Herren in Amt und Würde in ihrer trockenen rechten Hand allzeit den Begriff der »Breschnew-Doktrin« bereit haben, dann käme dieser Rote Khmer kaum in die Schweiz hinein, um hier, wie sich die Herren in Amt und Würde auszudrükken pflegen, seine Hetzparolen, denen es an Objektivität mangelt, zu verbreiten. Als Vertreter des Vietcong ... Nun, man weiss, wie das ablief. Und wollte morgen vielleicht gar Eldridge Cleaver der Schweiz auf seiner Flucht vor dem FBI einen Besuch abstatten, um hier vor einigen wenigen Interessierten über Black Power überhaupt und die Black Panther Party im besonderen zu referieren, vielleicht auch noch, um einige Jaffa-Orangen zugunsten der Black Panther Party zu verkaufen, dann würden die Herren in Amt und Würde zwar gewiss nicht mit einem Brecht-Zitat, aber sinngemäss identisch Cleaver so den Eintritt verweigern: »Die Schweiz ist ein Land, das berühmt dafür ist, dass sie dort frei sein können. Sie müssen aber Tourist sein.«

Und doch, wer hätte es nicht für möglich gehalten: »Black Power' in Zürich.« Schlimmer noch: »Black Power' verhindert Theateraufführung.« Da lässt sich nur noch resümieren: »Schwarze Agitprop löst Betroffenheit aus«.

Wie denn das nun? Schlafen die Herren in Amt und Würde? Darf man jetzt wirklich? Und auch jeder? Haben die Eidgenossen plötzlich den Genossen in sich entdeckt? Gibt es plötzlich auch hier – die WM liegt das Bild nahe – auch ausserhalb des Fussballplatzes geduldete Linksaussen, die mit flinken Läufen die gegnerische rechte Deckungsseite aufreissen?

Was hat denn Black Power, ausser eine Theatervorstellung zu verhindern, noch in Zürich getan? Wie kommen sie überhaupt dazu, hier eine Theatervorstellung zu verhindern? Haben sie – wer überhaupt? – verkündet, dass wir alle einen Krieg gegen die Reichen brauchen? Haben sie sagen dürfen, frei sagen dürfen: »Action is all that counts now«?

Aber mitnichten.

Chelsea Theater aus New York war hier und hat unter dem Patronat der Herren in Amt und Würde einmal »The Slaveship« von Ameer Baraka gespielt.

Aber das ist doch Kultur!

Eben!

Deshalb war auch Black Power in Zürich genehm.

La cause du peuple?

(Für die ganz kulturgeilen Revolutionäre, also auch diese Herren, sei noch erklärt, dass Ameer Baraka identisch ist mit LeRoi Jones. Er hat seinen weissen Namen nicht mehr so besonders gern.)

Karl Hessler

Schweden's Weg zum Sozialismus

(Fortsetzung von S. 21)

von Ota Sik). Die Betriebe sollen in das Gemeineigentum der Arbeiter überführt werden und untereinander in einem freien Wettbewerb konkurrieren. Auf diese Weise hofft man eine übermässige Machtzusammenballung sowohl in den Händen einiger weniger Privater wie auch des Staates vermeiden zu können. Als ersten Schritt verlangen die Jungliberalen die Mitbestimmung in den Betrieben, eine Forderung, die von der liberalen Partei übernommen worden ist.

Die *Jugendgruppen der Sozialdemokraten* lehnen das Sik-Modell ab, da es auf dem Markt aufbaut und verlangen eine *Verstaatlichung der Produktionsmittel*. Die Art und Weise, wie der Markt über die Produktion und Verteilung entscheide, sei undemokratisch und nicht rational. Die Entscheidung darüber, was produziert werden solle, müsse in einer rationalen Diskussion aller Beteiligten gefällt werden (z. B. durch Konsumentenräte) und könne nicht einfach einigen autonomen Produktionsbetrieben, die miteinander im Wettbewerb stehen, überlassen werden.

Dass heute noch keine klaren Vorstellungen über die praktische Durchführung dieses Systems bestehen, ist kein entscheidendes Argument dagegen. Wesentlicher scheint mir ein anderes Problem zu sein: Die Idee, dass über alles in einer demokratischen Diskussion der Beteiligten entschieden werden soll, setzt doch voraus, dass alle jederzeit bereit und fähig sind, rational zu diskutieren und sich einem rational einsehbaren Entscheid zu unterstellen. Was aber, wenn die totale Rationalität des Menschen, die hier vorausgesetzt wird, durch Gefühle und Empfindungen in den Hintergrund gedrängt wird? Oder wenn persönliche Interessen und Ambitionen stärker werden als das rational einsehbare Gesamtwohl? Die totale Demokratie könnte dann leicht in eine bürokratische Herrschaft einiger Funktionäre ausarten.

Wenn man von diesem eher skeptischen Menschenbild ausgeht, wird man Demokratie nicht nur als rationale Diskussion aller Beteiligten, sondern auch als ein System gegenseitiger Kontrollen und Abgrenzungen verstehen. Man kommt dann wie die jungen Liberalen zu einem Wirtschaftssystem, das zwar vielleicht nicht total rational ist, das aber zu grosse Machtkonzentrationen verhindert und den Einzelnen und Gruppen abgegrenzte Freiheitsräume zugesteht.

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG
WURZEL
Mühlegasse 19 bei der Zentralbibliothek Telephon 32 14 80
DIE FACHBUCHHANDLUNG
FÜR WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG
Wir besorgen auf schnellstem Wege alle lieferbaren Bücher und Zeitschriften in jeder Sprache

Akademische
Buchhandlung

WURZEL

Mühlegasse 19
bei der
Zentralbibliothek
Tel. 32 14 80

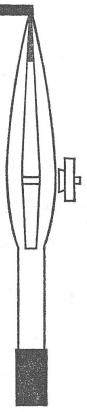
SWISSAIR

Einige Studenten arbeiten jeweils am Samstag und Sonntag als Gepäckarbeiter auf dem Flugplatz

Sie interessieren sich auch? Wir senden Ihnen gerne ein Anmeldeformular.

Swissair, Personaldienst/PBB,
8058 Zürich, Tel. 83 56 11, intern 4071

SIRIUS



SIRIUS ist der Markenname eines satinierten Zeichenkartons von extrem hoher Lichtbeständigkeit und bester Radierfähigkeit. Zeichenpapiere mit dem Qualitätszeichen SIRIUS eignen sich für alle technischen Arbeiten, die sauber, präzis und zeitbeständig sein müssen. Erhältlich in Bogen und Rollen.

SIHL

SIHL, Zürcher Papierfabrik an der Sihl, Zürich
Telefon 051/36 44 11

Besser geht's mit Coca-Cola

TRINK Coca-Cola SCHUTZMARKE Coke SCHUTZMARKE LIMONADE GAZEUSE

COCA-COLA und COKE sind eingetragene Marken

REFRESCA AG, ZÜRICH, konzessionierter Fabrikant für die Rayons Zürich und St. Gallen

gestern heute morgen

Seit der Jahrhundertwende hat sich Landis & Gyr zum größten Unternehmen des Kantons Zug entwickelt: aus einer kleinen Werkstatt mit 12 Leuten zu einem Großunternehmen mit gegen 13 000 Beschäftigten in aller Welt; in Zug allein sind rund 5200 Personen tätig. Heute ist Landis & Gyr die größte Apparatefabrik der Schweiz und schafft Arbeit für mehr als einen Drittel der gewerblich tätigen Bevölkerung des Kantons Zug.

DIE INTERNATIONALE BEDEUTUNG

Die rund 180 Produkte aus den Bereichen Elektrizitätszähler, Fernwirktechnik, Wärmetechnik, Rundsteuerung und Kernphysik werden in über 80 Länder verkauft. Etwa 75 % der Produktion des Unternehmens Zug werden exportiert. Eigene Werke und Verkaufsgesellschaften in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, den Niederlanden, Österreich, den USA, Belgien und Australien unterstützen die weltumspannende Verkaufsorganisation in ihrer Arbeit.

AUF DER HÖHE DER ZEIT

Die Ausdehnung des Unternehmens in den vergangenen Jahren und die Aufgaben, die die Zukuft stellen wird, erfordern eine Führung nach modernsten Grundsätzen. Das gilt nicht nur für den Einsatz neuzeitlicher Betriebsmittel. Ebenso wichtig ist der richtige Einsatz der Mitarbeiter aller Stufen. Das mannigfaltige Fabrikationsprogramm und die zentralen Aufgaben, die Landis & Gyr, Zug, im Rahmen des Konzerns zu bewältigen hat, erfordern einen großen Stab an qualifizierten Mitarbeitern. Zur Zeit umfaßt er rund 400 Absolventen technischer Hochschulen und höherer technischer Lehranstalten; der technische Fortschritt und das Wachstum des Unternehmens schaffen ständig neue Arbeitsplätze.

AN DER SCHWELLE DER ZUKUNFT

Landis & Gyr hat in der elektromechanischen Meßtechnik Pionierarbeit geleistet. Die Herstellung von Elektrizitätszählern bildete die Grundlage für den erfolgreichen Aufbau aller weiteren Arbeitsgebiete. Es wurden Steuerungen und Regulierungen für die Elektrizitätsversorgung entwickelt, Regel- und Steuergeräte für Heizung und Lüftung und — als jüngster Zweig — Geräte für die Messung von radioaktiver Strahlung. Die stürmische Entwicklung der Technik stellt neue Aufgaben und verlangt neue Lösungen für das Messen, Regeln, Steuern und Überwachen; mehr und mehr nimmt die Elektronik den Platz der Elektromechanik ein.
Die Zukunft verpflichtet:
Landis & Gyr will ein Pionier bleiben und die Qualität seiner Produkte hochhalten.

Fabrikationsprogramm:
Elektrizitätszähler, Fernwirktechnik, Wärmetechnik, Rundsteuerung, Kernphysikalische Meßgeräte

Landis & Gyr AG
Zug

LANDIS & GYR

9637 S